

Alle Springer Verlag AG, Postl. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wiedergabe von Texten der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-11
Anzeigenabteilung: Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 947-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 4
Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,20
Norwegen 6,50 nkr., Österreich 15 s., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 S
Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 8,00 L

Heute in der WELT

WELT REPORT



Messen
und Kongresse

Auf strahlende Bilanzen verweisen - wieder einmal - die deutschen Messgesellschaften. Es wird stark expandiert und die gestiegene Internationalität verleiht Pflair. Ein WELT-Report beleuchtet auf 32 Seiten die deutsche Messe- und Kongresslandschaft. Wie kommt es, daß jährlich viele Millionen Besucher zu den Messen eilen? Der Report behandelt dieses und andere aktuellen Messthemata.

Zehn Wünsche an die neue Bundesregierung

Die Weichen in eine neue Zukunft müssen gestellt werden. Weichensteller wird die neue Bundesregierung sein. An sie richtet der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Siegfried Mann, zehn Wünsche der Wirtschaft. Wenn sie erfüllt würden, ließen sich tiefgreifende Veränderungen der Weltmärkte, das neue Tempo des technischen Fortschrittes, die Auswirkungen des Geburtenmangels und das Rentenproblem lösen. Seite 12

POLITIK

Südafrika: Mit massiver Kritik an Pretoria hat die Bundesregierung auf Berichte über die Internierung von Kindern in Südafrika reagiert. Bonn forderte, die Inhaftierungen sollten unverzüglich aufgehoben werden. Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Prinzipien würden verletzt. (S. 5)

Neue Heimat: Nach Serien von Verhandlungen mit den 150 Gläubigerbanken will der ehemalige Vorstandschef der Hessischen Landesbank, Heinz Sippel, morgen bekanntgeben, ob er den Vorsitz der NfA-Auffanggesellschaft übernimmt. Gleichzeitig tagt die Gewerkschaftsholding BGAG.

Frankreich: Französische Studenten halten an der für heute geplanten Großdemonstration fest, obwohl das umstrittene Hochschulgesetz zurückgezogen ist. Der Protest gilt auch dem Vorgehen der Polizei. (S. 2 und 5)

Medien: Im Vorfeld der am 18. Dezember in Bonn anstehenden Ministerpräsidenten-Gespräche über einen Medienstaatsvertrag erwägt Baden-Württemberg eine Kündigung des Staatsvertrags über die Rundfunk-Gebühren.

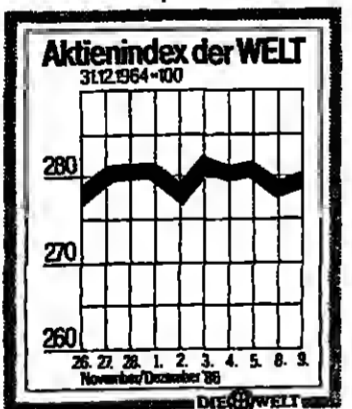
Sambia: Drastische Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel haben in den Zentren des Kupferbergbaus zu schweren Unruhen mit Plünderungen geführt. Die Regierung in Lusaka hat eine Nachrichtensperre verhängt.

Untergetaucht: Der bulgarische Geheimtrottel-Weltmeister Naum Scalamanzov hat sich am vergangenen Wochenende nach dem Weltcup im australischen Melbourne von seiner Mannschaft abgesetzt und ist untergetaucht.

WIRTSCHAFT

Zypern: Die Insel schreibt ihre wirtschaftliche Erfolgsstory fort. Seminare in Frankfurt und Hamburg fanden großen Zulauf, das Off-shore-Geschäft blüht ebenso wie der Tourismus. Nur eine Lösung des Zypern-Problems, die Überwindung der Teilung ist zwölf Jahre nach dem türkischen Einmarsch weiter entfernt als je zuvor. - Ein WELT-Report.

BHF-Performance-Index 108,209 (108,200). **Dollarmittelkurs** 2,0100 (2,0099) Mark. **Goldpreis** je Feinunze 386,80 (389,60) Dollar.



Börse: An den deutschen Aktienmärkten war die Tendenz gestern bei ruhigem Geschäft uneinheitlich. Auf dem Rentenmarkt hielten sich die Kurse der öffentlichen Anleihen und DM-Auslandsanleihen auf Vortagesniveau. WELT-Aktienindex 279,74 (280,42). BHF-Rentenindex 106,606 (106,627).

KULTUR

Christine Brückner: Sie ist mit beginnendem Alter nicht strenger, sondern weicher und weicher geworden. Ihre „Desdemona“ wurde für viele zur Lieblingslektüre. Der 65. Geburtstag. (S. 19)

Nobel: Die Schecks, die Ernst Ruska und andere Preisträger heute entgegennehmen, werden einen um elf Prozent höheren Betrag ausweisen als 1985. Die Stiftung bleibt grundsollide. (S. 19)

SPORT

Tennis: Ivan Lendl bleibt unangefochten bester Spieler der Welt. Im Finale des Masters-Turniers besiegte er Boris Becker mit 6:4, 6:4, 6:4 und gewann damit das Turnier zum vierten Male. (S. 8)

Sporthilfe: Josef Neckermann wurde in seinem Amt als Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe bestätigt. Stellvertreterin ist Erika Dienstl, Präsidentin des Fechter-Bundes. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Karibik: Das prächtige Hotel, in dem einst das Leben bis in die Nächte pulsierte, steht leer. Verstaubt sind die Räume des Oloffson (Foto) auf Haiti, das seine Blütezeit in den 50er Jahren erlebte, was Prominenz schier belagert war und nun vergamelt. „Das alte Oloffson ist tot“. (S. 20)

Bräutkleider: Ein Traum in Tüll für tausendundeinen Tag. Arabische Länder werden zum gewinnbringenden Markt für Modemacher. Reich bestickte Bräutkleider sind gefragt. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien Seite 7
Fernsehen Seite 10
Wettr: Freundlich und trocken Seite 20

Westmächte bremsen Diepgens Pläne für Reise zu Honecker

Frankreichs Außenminister: Nichts tun, was die Teilung verewigen könnte

H.-R. KARUTZ, Berlin
Für Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sind zur Zeit die Chancen, Erich Honeckers Einladung zum „DDR“-Staatsakt beim Berlin-Geburtstag am 23. Oktober 1987 anzunehmen, auf Null gesunken: Die drei Schutzmächte sind gegenwärtig offenbar nicht bereit, einem solchen Unternehmen zuzustimmen. Zu dieser Analyse fügte Frankreichs Außenminister Jean-Bernard Raimond jetzt in einer Grundrats-Rede in Berlin einen weiteren Mosaikstein: Er mahnte Diepgen indirekt, bei allen Schritten „mit doppelter Sorgfalt“ darauf zu achten, alles zu unterlassen, „was die Teilung der Stadt verewigen könnte“.

Dies war die unmißverständliche Botschaft der Berlin-Passage, die Raimond am Montagabend bei seiner Rede während des traditionellen Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz“ vortrug. Dabei ging Raimond auch deutlich auf Diepgens dynamische Interpretation „des Berlin-Status ein. Raimond: Es ist falsch, zu behaupten, die Zeit könne Verträge brüchig machen und ihre Auswirkungen

gen (können) durch Druck vermindert werden.“
Diepgen hatte in Paris mit seiner Formulierung Verwunderung erregt, der Status müsse - wie ein Haus - „ah und zu mal eine Modernisierung“ vertragen. Sämtliche künftige Generationen der Enkel-Generation und beschließen: „Wir reißen es ab.“

Raimond ließ keinen Zweifel daran, daß Frankreich seine „Rechte und Verpflichtungen uneingeschränkt“ wahrnehme. Nach den Bindungen zum Bund, zur EG und den westlichen Staaten setzte Raimond erst ans Ende der Aufzählungen das, was für Berlin bedeutsam sei, seine „unmittelbare Umgehung“.

Wie Staatspräsident Mitterrand bei seiner Berlin-Visite 1985 vermindert Raimond damit die Bezeichnung „DDR“. Indirekt betonte Raimond den Vorrang von Vorteilen für die Berliner in beiden Teilen der Stadt gegenüber Begegnungen von Politikern auf der Ost-West-Ebene: „Die Erfahrung der letzten 15 Jahre hat gezeigt, daß es möglich ist, Abmachungen zu treffen, die in erster Linie

der Berliner Bevölkerung zugute kommen.“
Raimond fuhr fort: „Unser Wunsch für Berlin ist, daß alles, was unternommen werden kann, auch unternommen wird, aber mit doppelter Sorgfalt, nämlich nichts zu tun (rien faire), was die Teilung der Stadt verewigen könnte, und hingegen alles zu tun, damit ihre Einwohner das Gefühl bewahren, an derselben Gemeinschaft (même communauté) Anteil zu haben.“ Frankreichs Berlin-Präsenz sei „kein Überbleibsel der Vergangenheit“. Raimond beschwor die „Zukunft der wiedererlangten Einheit Berlins“, zu der auch Frankreichs Anwesenheit an der Spree beitragen würde.

Die hochpolitische, auf Europas Eigengewicht angelegte Rede Raimonds spiegelte den erstrangigen Stellenwert Berlins in der französischen Außen- und Deutschlandpolitik wider.

Die kühle Reaktion der Schutzmächte auf die Senatspläne war auch Inhalt eines Gesprächs zwischen Außenminister Genscher und dem Berliner FDP-Chef Rasch in Berlin.

Shultz wirbt um Vertrauen Europas

McFarlane bringt US-Außenminister aus der Schußlinie / Poindexter verweigert Aussage

FRITZ WIRTH, Washington
Der amerikanische Außenminister George Shultz ist zuversichtlich, daß er auf seiner Europareise den außenpolitischen Vertrauensverlust seiner Regierung wegen der Iran-Affäre wettmachen kann. Eine wichtige Hilfe bedeutet für ihn dabei der Ausgang der jüngsten Kongreßanhörungen. Sie machten deutlich, daß das Operationszentrum des Iran-Debakels im Weißen Haus lag, das besonders in den vergangenen zehn Monaten das amerikanische Außenministerium in dieser Affäre wiederholt ausschaltete oder umging. Shultz lag daran, dies offen zu demonstrieren. Das ist der Grund, warum er den außergewöhnlichen Weg wählte, in seiner Kongreßanhörung einen Eklat zu inszenieren und herauszustellen, daß sein Botschafter in Libanon hinter seinem Rücken vom Weißen Haus in diese Affäre eingespant wurde.

Ziel dieser Enthüllung, die im Weißen Haus Verärgerung auslöste, war es nicht nur, seine eigene Integrität zu unterstreichen, sondern auch die seiner Außen- und Anti-Terrorismuspolitik. Es herrscht allgemein Übereinstimmung in Washington darüber, daß Shultz gestärkt aus dieser Anhörung herausgekommen ist, obwohl es in der republikanischen Partei immer noch einflußreiche Stimmen gibt, die seinen Rücktritt fordern.

Eine wichtige Hilfe war für Shultz die Aussage des ehemaligen Sicherheitsberaters McFarlane, daß Shultz nur im Anfangsstadium dieser Initiative in die Vorgänge eingeweiht und im Jahre 1986 praktisch aus dem Entscheidungsprozeß um das Iran-Geschäft ausgeschlossen war. Vor wenigen Wochen noch hatte McFarlane Shultz mit der Behauptung belastet, er sei in dieser Affäre ständig auf dem Laufenden gehalten worden.

Aufsehen erregte McFarlane, der wie Shultz unter Eid aussagte, mit der Feststellung, daß Präsident Reagan bereits im August 1985 indirekte Waffenlieferungen an Iran autorisiert habe. Bisher hatte das Weiße Haus behauptet, daß der Präsident erst im

nachhinein von der ersten Lieferung an Iran erfahren habe. Mit stoischer Miene erklärte McFarlane, das Ziel dieses Unternehmens sei zunächst gewesen, einen Dialog zu den gemäßigten Kräften Irans herzustellen.

Der von Reagan entlassene Vize-Admiral Poindexter weigerte sich, vor dem Kongreß auszusagen. Die zunehmende Distanzierung des Außenministeriums von dieser Affäre hat im Weißen Haus eine Art Belagerungsmentalität geschaffen, die sich in einem erstaunlichen Artikel des Kommunikationsdirektors Ronald Reagans, Patrick Buchanan, in der „Washington Post“ widerspiegelt. Buchanan greift darin scharf das Verhalten des republikanischen Establishments an und wirft „dem ganzen verfluchten Haufen“ vor, sich in Deklung begeben zu haben. Sie fordern den Rücktritt des Stabschefs Donald Regan und meinen in Wahrheit Präsident Reagan, schreibt Buchanan und spricht von einem „klassischen Porträt der Undankbarkeit“.

„DDR hat Schießbefehl nicht gelockert“

Windelen: Blutige Zwischenfälle ein Signal nach innen / „Wir kaufen keine Kriminellen frei“

DIETHART GOOS, Bonn
Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat vor Vermutungen gewarnt, die „DDR“ habe ihren Schießbefehl gelockert. Die Zwischenfälle in jüngster Zeit mit getöteten Schülern auf Flüchtlingen lieferten den klaren Beweis, daß der Schießbefehl weiterhin geteilt und uneinheitlich angewendet werde, sagte der CDU-Politiker, der gestern die Bilanz seiner Arbeit zog.

Die Häufung blutiger Grenzschneefälle werte der Minister gestern als „Signal nach innen“. Die SED-Führung habe damit der eigenen Bevölkerung unweiduldig klargemacht, daß jeder Fluchtversuch mit einem tödlichen Risiko verbunden sei.

Offensichtlich habe Ost-Berlin dem Eindruck entgegenwirken wollen, der Schießbefehl sei gelockert worden. Angehörige der „DDR“-Grenztruppen hatten nach ihrer Flucht davon berichtet. Diese Meldungen waren auch von den Fernsehkanälen der Bundesrepublik Deutschland

verbreitet worden, deren Programme in der „DDR“ verfolgt werden. Diese Berichte über absichtliche Fehlschüsse der Grenzsoldaten hätten, wie Windelen berichtete, offenbar Besorgnis im SED-Politbüro ausgelöst und zu Weisungen auf strikte Einhaltung des Schießbefehls geführt.

In diesem Jahr haben nach Angaben des Ministers etwa 200 Flüchtlinge Mauer und Stacheldraht überwinden können. Weitere 2000

SEITE 2: Ungeschminkter Systemvergleich

„DDR“-Bewohner gelangten über Drittländer in die Bundesrepublik. Etwa 20 000 Personen wurde von der „DDR“ die Übersiedlung in die Bundesrepublik genehmigt.

Der Minister teilte Einzelheiten über den Freikauf politischer Häftlinge aus „DDR“-Zuchthäusern mit: Nach Angaben von Windelen wurden im vergangenen Jahr 2500 Häftlinge freigekauft. In diesem Jahr sei mit einer geringeren Zahl zu rechnen, da

die Bundesregierung die Kriterien für politische Häftlinge strenger auslege. Sie wolle jenen Menschen helfen, „die nach unserer Rechtsordnung unschuldig sind“ und nicht Kriminelle freikaufen. Auch müsse darauf geachtet werden, keine „Begehrlichkeit der DDR“ zu wecken.

Der CDU-Politiker bezeichnete die in der Öffentlichkeit genannte Zahl von 6000 bis 8000 politischen Häftlingen in der „DDR“ als zu hoch gegriffen. Für diese Annahme habe die Bundesregierung „mehr als nur Indizien“, sagte Windelen. Nach Bonner Erkenntnissen befinden sich gegenwärtig etwa 3000 „DDR“-Bewohner in Haft, die aus politischen Motiven abgeurteilt worden sind.

Vor der Bundestagswahl will Ost-Berlin nach Darstellung Windelens die ausgehandelten Abkommen über Umweltauschustausch sowie Wissenschafts- und Technologieaustausch nicht unterzeichnen. Nach dem 25. Januar werde sich das Verhandlungsklima wieder verbessern, meinte der innerdeutsche Minister.

Angebot der Chemie-Arbeitgeber

DW, Frankfurt

Die Chemiearbeitgeber sind bereit, im kommenden Jahr mit der IG Chemie einen sogenannten Entgelttarif zu vereinbaren, der die Unterschiede zwischen den Arbeitern und Angestellten verringern soll. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie schrieb in seinem gestern in Frankfurt veröffentlichten „Informationsbrief für Führungskräfte“, die bestehenden Diskrepanzen zwischen Arbeitern und Angestellten seien vielfach nicht mehr gerechtfertigt.

Die Verhandlungen für die rund 600 000 Beschäftigten sollen im Frühjahr aufgenommen werden. Sollte dieser seit Jahren diskutierte „Jahrhundertvertrag“ zustande kommen, wäre die Chemieindustrie die erste große Branche in der Bundesrepublik, die Arbeiter und Angestellte mit einem vergleichbaren Entgelt bezahlen würde. Bislang haben sich Arbeitgeber und die IG Chemie auf 13 Entgeltgruppen geeinigt.

RAF verfügt über „Bombenwerkstatt“

W.K./DW, Bonn/Karlsruhe

Die linksterroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) verfügt nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft vermutlich wieder über eine zentrale Werkstatt für Bombenhüllen und Container für Sprengsätze. Bei mehreren Anschlüssen waren jeweils quaderförmige Bomben-Mantel mit auffällig gleichartiger Konstruktion verwendet worden.

Bereits unter Andreas Baader besaß die RAF in Frankfurt eine „Bombenwerkstatt“. Nach mehr als drei Jahren Fahndung war 1975 ein Maschinenbauer als Lieferant für Baader verhaftet worden. Über Mittelsmänner hatte die RAF zunächst Aufträge ohne terroristischen Hintergrund erteilt und den Hersteller danach erpreßt. Nach seiner Verhaftung legte der Metallbildhauer ein Geständnis ab, mit dem die Terroristen Baader und Meinhof als Auftraggeber einer Bombenserie im Mai 1972 überführt werden konnten.

Höfner gegen jede Hilfe für Rebellen

DW, Tegucigalpa

Die katholische Kirche in Deutschland verurteilt nach den Worten des Kölner Kardinals Joseph Höfner sowohl die Hilfe für die Rebellen in Nicaragua als auch für die linke Gruppierung in El Salvador. Beide Kräfte könnten die Spannungen in Mittelamerika nicht lösen, sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa.

Es sei „nicht gerecht, nicht nobil und nicht gut“, daß zwei Großmächte ihre Politik auf dem Rücken von Mittelamerika austragen, betonte der Kardinal angesichts der sowjetischen Unterstützung für die Sandinisten und der US-Hilfe für die in Nicaragua kämpfenden Contras.

Die industrialisierten Nationen seien verpflichtet, den Ländern Zentralamerikas bei der Überwindung der Schwierigkeiten zu helfen, jedoch durch Hilfestellung und nicht durch Beherrschung.

DER KOMMENTAR

Späte Gerechtigkeit?

CARL GUSTAF STRÖHM

Wenn eine weit verbreitete kommunistische Zeitschrift Jugoslawiens die Rehabilitierung von Milovan Djilas zur Diskussion stellt, dann kann von einer politischen Sensation gesprochen werden. Djilas, der heute 75 Jahre alt ist und in Belgrad lebt, ist nicht nur der Urvater aller Dissidenten und Regimekritiker des Kommunismus. Er gehört auch zu jenen seltenen Menschen, die um ihrer Überzeugung willen bereit sind, auf Macht und Karriere zu verzichten - und, wenn notwendig, ihr Leben zu opfern.

Er, der seinen Weg als kommunistischer Revolutionär, als Partisanenführer und als Vertrauter Titos und Gesprächspartner Stalins begann, nahm ein Jahrzehnt Einkerkerung und den tiefen Absturz in persönliche Einsamkeit und Verleumdung auf sich, weil er sich zum Anhänger pluralistischer, demokratischer und liberaler Ideen gewandelt hatte.

Die kommunistischen Führer Jugoslawiens halten Djilas auch Jahre nach dem Tode Titos -

der dem „Abtrünnigen“ wie ein enttäuschter Vater mit persönlichen Rachegefühlen gegenüberstand - in einem Zustand halber Gefangenschaft. Sie verweigern ihm einen Reisepaß. Sie belegen ihn mit einem Publikationsverbot in Jugoslawien. Dabei hat einer der prominentesten jugoslawischen KP-Führer, der jüngst verstorbene Vladimir Bakaric, Djilas in einem Beitrag für die „Encyclopedia Britannica“ als einen der zwei bedeutendsten zeitgenössischen Schriftsteller Jugoslawiens charakterisiert. Kann sich das moderne Jugoslawien auf die Dauer leisten, einen solchen Mann als „Unperson“ zu behandeln?

Die Schlachten, um die es zwischen Djilas und seinen einstigen Gesinnungsfreunden ging, sind längst geschlagen. Die Gefährten, die ihm später so böse Mitspieler, sind fast alle ins Grab gesunken - allen voran Tito. In Belgrad aber wartet ein Mann immer noch darauf, daß ihm Gerechtigkeit widerfährt.

Aus der KP ein Plädoyer für den Dissidenten Djilas

Aber Belgrad fürchtet die Folgen einer Rehabilitierung

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Die politische Rehabilitierung des wohl ersten Dissidenten der kommunistischen Welt wird gegenwärtig in Belgrad gefordert. Milovan Djilas, ehemals Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawiens und einer der engsten Vertrauten Marschall Titos, wird - wie das jugoslawische Nachrichtenmagazin „Danas“ berichtet - von einem namentlich nicht genannten prominenten Parteimitglied zur Rehabilitierung vorgeschlagen.

Das besagte Parteimitglied habe der kommunistischen Parteiführung zahlreiche Dokumente vorgelegt und gefordert, neben Djilas - der sich vom überzeugten Kommunisten zum Regimekritiker wandelte - auch den gleichfalls bei Tito in Ungnade gefallenen und inzwischen verstorbenen ehemaligen Polizeichef Aleksandar Rankovic zu rehabilitieren. Begründung: Es handle sich hier um zwei Persönlichkeiten, ohne deren Einsatz die jugoslawische Revolution „verarmen“ würde.

„Die Frage der Rehabilitierung einzelner Persönlichkeiten läßt sich nicht mehr von der Tagesordnung der

Parteiorgane absetzen“, erklärt das Zagreber Nachrichtenmagazin. Das Blatt nennt auch die Namen mehrerer jugoslawischer Kommunisten, die damals verfolgt worden seien, weil er obwohl sie einzelne Entwicklungstendenzen - etwa die Frage der albanisch-serbischen Spannungen im Kosovo - besser erkannt hätten als die Parteiführung und Tito selber.

Es gebe aber, wie „Danas“ schreibt, in der KP Angst vor den möglichen Folgen dieser Rehabilitierungen. Das müsse zur „Disqualifizierung“ jener Parteimitglieder führen, welche die Ausschaltung und die politische Verurteilung der nun zu Rehabilitierenden aktiv betrieben hätten.

Das Zagreber Blatt gibt in der gleichen Ausgabe zu verstehen, daß gegenwärtig in der KP Jugoslawiens drei gegensätzliche Fraktionen im Spiel seien: eine Gruppe, die ein titostisches Wirtschaftsmodell anstrebe, eine weitere, die eine „Wirtschaft der Solidarität“, also gleichmäßige Verteilung zwischen Armen und Reichen - und eine dritte, die eine „klassische Marktwirtschaft“ für Jugoslawien wünsche.

Antes legt Geständnis ab

DW, Berlin

Der ehemalige CDU-Baustadtrat von Berlin-Charlottenburg, Wolfgang Antes, hat gestern überraschend ein Geständnis abgelegt. Vor der 10. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts räumte Antes erstmals ein, sich der Bestechlichkeit schuldig gemacht zu haben und gab zu, rund 300 000 Mark erhalten zu haben. Ihm sei klar gewesen, daß die Gelder nicht völlig isoliert von seinen Amtshandlungen zu betrachten seien und daß er sie nicht hätte annehmen dürfen. Seite 4: Antes zermüht

Kennedy darf nicht nach Polen

DW, Warschau

Die polnische Regierung läßt den amerikanischen Senator Edward Kennedy nicht ins Land. Er wollte Weihnachten den beiden Regimegegnern Adam Michnik und Zbigniew Bukaj Menschenrechtspreise überreichen. Regierungssprecher Jerzy Urban sagte, der für den 22. bis 25. Dezember geplante Besuch könne wegen der Überfülle bereits vorgesehener politischer Veranstaltungen nicht stattfinden. Kennedy hatte geplant, auch mit Arbeiterführer Lech Walesa zu sprechen.

Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine frohe Botschaft

Von Peter Gillies

Gerechter Zorn packt alljährlich Millionen von Arbeitnehmern, wenn sie ihre Lohnabrechnung über das Weihnachtsgeld erhalten (falls sie eines erhalten). Von den Segnungen der Gratifikation bleibt oft nur ein magerer Bodensatz übrig, denn zuvor haben sich Finanzamt und Sozialversicherungen daran schadlos gehalten. Steuerfrei sind lediglich 600 Mark; die Ballung von normalem Lohn und Gehalt mit der Sonderzahlung läßt die Abgabenlast emporschnellen.

So liegt die Forderung, das Weihnachtsgeld steuer- und abgabenfrei zu stellen, auf der Hand. Sie politisch zu erheben, mag populär sein, ist jedoch wenig seriös. Der Einnahmeverzicht für den Staat überstiege locker zweistellige Milliardenbeträge. Wie soll das finanziert werden? Wer das Gesetz einbringen will, muß nicht nur für die Mehrheit, sondern auch für die Deckung sorgen. Beides ist nicht abzusehen (wiewohl erstrebenswert, angesichts der zögerlichen Steuerentlastungspolitik jedoch leider unwahrscheinlich). Hinzu kommt die absurde Regelung, daß dieser Freibetrag nur Arbeitnehmern zusteht, nicht aber Freiberuflern (als glaube das Finanzamt, daß Selbständigkeit die Feier unterm Christbaum ausschliesse).

Politiker, die vorschnell Versprechungen abgeben, täten besser daran, die Steuerlast nicht nur zu Weihnachten verringern zu wollen, sondern das ganze Jahr über. Sie ist in der Bundesrepublik viel zu hoch getrieben worden und gehört dringend abgebaut. Wenn dies endlich kraftvoll und spürbar geschähe, hätten die Menschen auch mehr von ihrem Lohn - und das sogar zur Sommerzeit.

Das jährliche Erschrecken über die fiskalische Gier ausgerechnet zu Weihnachten ist ein Lehrstück über die Wirkungsweise der Steuerprogression. Sie ist zu rüde, im Verlauf zu steil. Sie entmutigt und fördert die Schwarzarbeit. Die Bürger haben das sehr gut begriffen. Sie müssen jedoch wissen, daß weniger Geld für den Staat auch bedeutet, weniger von ihm zu fordern. Gewiß ist der beste Aufbewahrungsort für das verdiente Einkommen die Brieftasche des Verdieners, aber er muß es sich abschminken, seine Forderungen an öffentliche Leistungen, Subventionen und Fürsorge aufrechtzuerhalten oder gar aufzustocken.

Weniger für die Bauern

Von Hans-Jürgen Mahnke

Minister und Präsident gehen inzwischen pfleglich miteinander um. Constantin Freiherr Heereman greift Ignaz Kiechle nicht mehr an, wenn dieser die Situation in der Landwirtschaft aus dem Blickwinkel der Bundesregierung etwas rosiger darstellt als der Bauernverband. Denn einige Verbesserungen werden ja doch sichtbar - und offenbar auch anerkannt.

Aus dem Umstand, daß die Einkünfte der Landwirte im Wirtschaftsjahr 1985/86 gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahres noch um 0,4 Prozent nominal gesunken sind, zieht der Verband den Schluß, die Situation habe sich verschlechtert. Das ist verständlich, und nicht nur, wenn man in Betracht zieht, daß der Einkommensabstand zu dem größer geworden ist, was außerhalb der Landwirtschaft verdient wird; da stiegen die Realeinkommen um etliche Prozentpunkte jedes Jahr.

Richtig ist auch, daß nach den vorliegenden Berechnungen über einen längeren Zeitraum die Einkünfte der Landwirte nicht stiegen, sondern real abgenommen haben. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel darüber, ob die Betriebe, die vom Verband in der Rechnung berücksichtigt werden, repräsentativ sind.

Wichtiger aber ist die Frage, ob es im laufenden Wirtschaftsjahr besser wird oder nicht. Der Verband meint nein; Ignaz Kiechle ist sicher, daß es besser wurde. Er weist darauf hin, daß die Bauern auch bei den Sozialabgaben entlastet werden. Das schlägt sich zwar nicht im Gewinn nieder, aber doch in den Kassen. Und darauf kommt es doch letztlich an.

Daß die Einkommenssituation der Bauern sich bisher so wenig erfreulich entwickelt hat, lag in erster Linie daran, daß wegen der gewaltigen Überschüsse weitere Preisanehörungen in der EG nicht mehr finanzierbar sind. Wenn es jetzt darum geht, die Grundlagen für höhere Preise durch eine Reform der EG-Agrarpolitik zu schaffen, dann ziehen Minister und Verband an einem Strang. Allerdings muß sich erst noch zeigen, ob sie die anderen EG-Partner - und darum geht es in Brüssel - mitreißen können.

Neubeginn an der Seine

Von Peter Ruge

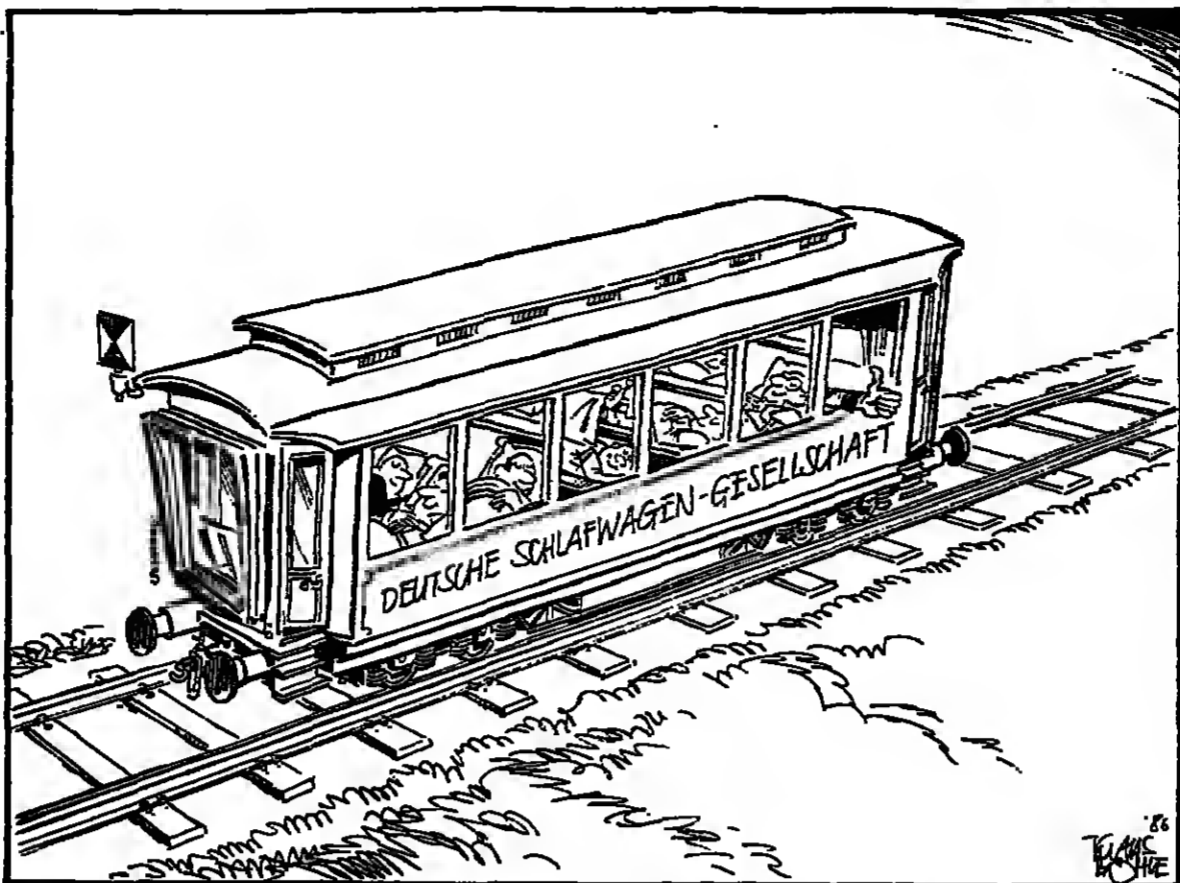
In der V. Republik lecken sich alle die Wunden. Ein Neubeginn wird erkennbar. Ein Dialog über die Universität von morgen ist jetzt in Frankreich möglich.

Die Studenten manifestieren zwar heute noch einmal. Aber ihr Verlangen nach einem Generalstreik hat einem Aufruf zum Gedächtnismarsch für den umgekommenen Kommilitonen Platz gemacht. Die Parole ist ausgegeben, in Würde, in Ernsthaftigkeit, in Sicherheit die Veranstaltung ablaufen zu lassen. Statt Aufrühr setzt Rückbesinnung ein: "Wir haben einen zu hohen Preis für die Rücknahme des 'Plans Devaquet' bezahlt - ein Toter ist zuviel für ein bißchen Tinte auf einem Stück Papier."

Die Regierung hat nun auch ihren Hochschulminister preisgegeben. Doch der Schaden ist damit nicht eingegrenzt. Die Reputation der bürgerlichen Mehrheit hat gelitten, als sie über Tage sich mit Teiltrübsätzen zu retten suchte. Jacques Chirac handelte schließlich konsequent, aber zu spät. Der Premierminister, der mit so viel Schwung und Energie sein Land reformieren wollte, muß mit einer Enttäuschung fertig werden, die ihm ausgerechnet eine Jugend bereitete, für deren Zukunft er seine Politik durchsetzen wollte. Das ist die wohl bitterste Lehre aus den Pariser Unruhen.

Diese Jugenderhebung war zielgerichtet auf ein Projekt. Versuche der Linken, daraus einen Protest gegen die bürgerliche Mehrheit zu formen, schlugen fehl. Versuche der Gewerkschaften, die Arbeiter zu mobilisieren, scheiterten ebenfalls. Das läßt den Schluß zu, daß diese V. Republik über eine stabile Basis in der nachwachsenden Generation verfügt.

Wer aber eine kritische Jugend bejaht, muß ihr auch das Recht zugestehen, sich Gehör zu verschaffen. Einen Fehler macht, wer die Jugend auf zu großen Abstand hält oder Partnerschaft als eine Einbahnstraße von oben nach unten ansieht. Daß sich der Geist der V. Republik in diesem Sinne wandeln könnte, ist gerade für viele Alt-Gaullisten schwer verdaulich. Jacques Chirac hat soeben klargemacht, daß er bereit ist, sich auch darin von der Erblast seiner Vorgänger zu trennen.



Wahlkampf-Zug unter Dampf

KLAS BÖHLE

Der Wandel im Auswärtigen

Von Herbert Kremp

Bundeskanzler Kohl hat den kleinen Parteitag der CDU dazu genutzt, ein nachbarschaftliches Wort an die Sowjetunion zu richten. Er verwies auf die vergangenen vier Jahre, in denen sich seine Regierung um mehr Sicherheit und bessere bilaterale Beziehungen bemüht hat, sagte aber gleichzeitig, daß weitere Fortschritte vom Verhalten Moskaus abhängig seien.

Die gemessene, balancierte Art, in der er sich äußerte, unterscheidet sich merklich von einem Interview seines Außenministers am gleichen Tage. Hans-Dietrich Genscher rückt die deutsch-sowjetischen Beziehungen immer auffälliger in den Rang einer Priorität, für die das westliche Bündnis gewissermaßen einen zuverlässigen Service zum Arrangement von Abrüstungsforen bereitstellen hat. Sind das nur Nuancen, die ein Spiel mit verteilten Rollen ermöglichen, oder sind das widersprüchliche Positionen in der deutschen Außenpolitik?

Wie dem auch sei - verschiedene gefärbte Töne dieser Art enthalten für den Zuhörer Sowjetunion Informationen, die dort falsch eingeschätzt werden können. Von Moskau aus betrachtet, gliedert sich die Bundesrepublik in vier Einfluß-Gruppen: In die „Kanzler-Gruppe“, die man gegenwärtig mit der zeitlichen Sündenstrafe des Kontakt-Boykotts überzieht; die „Außenminister-Gruppe“, der man mitteleuropäische Ambitionen im Gesamtkomplex eines „europäischen Hauses“ (Gorbatschow) unterstellt; die „Oppositions-Gruppe“, die man als Stichwortgeber benutzt, um in den Wahlkampf eingreifen zu können (Beispiel: Am Wochenende warf die SPD der Regierung vor, sie wolle - bei Kurzstreckensystemen - nachrücken, am Montag wurde dieser „Vorwurf“ lautverstärkt in der sowjetischen Presse wiederholt); schließlich die „Industriellen-Gruppe“, der die Sowjets unterstellen, sie würde bestimmter Geschäftsinteressen wegen (nach Art der Schwerindustrie der Weimarer Zeit) Richtungsdruck auf die Bonner Politik ausüben.

Man kann nicht sagen, daß die Gruppen-Aufteilung und die damit verbundene spezifische Gruppen-



Zeitliche Sündenstrafe: Gorbatschow. FOTO: POLY PRESS

Beeinflussung überhaupt nichts bewirken würden. Es entstehen punktweise lebhaftere innenpolitische Diskussionen, die aber im gegebenen Fall keineswegs im Sinne sowjetischer Erwartungen verlaufen. Der Bundeskanzler wirkt weithin glaubwürdig mit seinen wiederholten Bekundungen, daß er um gute Beziehung zur Sowjetunion bemüht sei. Er stellt sie in das zeitliche Bezugsfeld des westlichen Bündnisses, das für ihn selbstverständlich Priorität genießt, und der nationalen Aufgabe, ein „freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa“ (Kleiner Parteitag der CDU) zu verwirklichen.

Der Außenminister erwähnt die nationale Zielsetzung, die auf das Verhältnis zur Sowjetunion nicht ohne Einfluß bleiben kann, höchstens beiläufig. Seine Politik konzentriert sich auf Abrüstung und - in zweiter Linie - auf Menschenrechte, erreicht aber nicht mehr den Rang einer langfristigen, unerbittlichen Strategie für Deutschland. Die Opposition der SPD und der Grünen wiederum möchte die Bundesrepublik aus dem Bezugsfeld des Bündnisses und der deutschen Freiheit herauslösen.

Wie kommt es nun, daß Helmut Kohl, der als Kanzler ja auch die Richtlinien der Außenpolitik bestimmt, für sein Bild der Bundesrepublik in den Ganzheits-Bezügen bei der Mehrheit der Deutschen (einschließlich der Mitteldeutschen) so regen Zuspruch findet? Es genügt, zwei Gründe dafür zu nennen: 1. Kohls Konzeption, die ein Europa ohne Hegemonie zum Ziel hat, erscheint als ein sinnhaftes und werthafes Vorhaben, das eine langfristige Anstrengung lohnt. Es mutet kreativ, phantasievoll und gleichzeitig maßvoll an, wie alles, was sich mit dem Begriff der Freiheit definieren läßt. 2. Die Angst, die in der Bundesrepublik geisterte, seit dem Ende der großen Nachrüstungsdebatte von 1983 keine Kategorie der Außenpolitik mehr. Sie hat sich auf Umweltprobleme verlagert (das war die Wende von Tschernobyl).

Die auf Abrüstungsfragen konzentrierte Politik des Außenministers ist ein Restbestand aus dieser Ära, vermag aber nicht mehr politische Ganzheitsstrategien zu behindern. Die Gleichung „Spannung kommt aus Rüstung“ hat sich aufgelöst zugunsten der Gleichung „Rüstung ist die Folge ungelöster politischer Probleme“. Das außenpolitische Denken in der Republik besitzt damit ein neues Prinzip.

Es kann sein, daß die sowjetischen Taktiken der Beeinflussung diesem Wandel, der sich aus der Wende entwickelte, noch nicht gefolgt sind. Sie gehen offenbar nach wie vor von einem „Gruppen-Disens“ aus, der in der Bundesrepublik jedenfalls in Gestalt einflussreicher politischer Formationen nicht mehr existiert. Dies sollte uns nicht zur Ungeduld verleiten. Die russische Politik wirkte stets gewaltig (seit Preußens Zeiten), hat sich aber oft zu langsam bewegt - auf allen Gebieten. Sie ist „ein Jahr und eine Idee“ zu spät - von der „Armee“ würde heute auch Rivaroli in diesem Zusammenhang nicht reden. Ihr Versuch, durch ausgewählte Mißfallensäußerungen das deutsche Gemüt zu beeinflussen und zu ängstigen, ist offenkundig zum Scheitern verurteilt.

Die Bundesrepublik benötigt in Zukunft jedoch eine am Bild der Ganzheitsbezüge orientierte, unverbraucht administrierende Außenpolitik, die sich mit dem Bundeskanzler identifiziert und durch klare Begriffe die Fehleinschätzungen der sowjetischen Politik auf das Niveau des Unvermeidlichen senkt.

Endlich wieder ein ungeschminkter Systemvergleich

Materialien zur Lage der Nation, östlicher Teil, für das Windelen-Ministerium / Von Diethart Goos

Dieser Tage stellte ein Bundestagsabgeordneter die Regierung zur Rede: von welchem Wissensstand Bundeskanzler Kohl von Tausenden politischen Gefangenen in der „DDR“ habe sprechen können. Es klang, als habe der Fragesteller noch gar nicht mitbekommen, daß es in der „DDR“ überhaupt politische Gefangene gibt.

Die Antwort - daß der Bundesregierung 1025 politische Häftlinge in Honeckers Zuchthäusern namentlich bekannt sind und daß darüber hinaus Tausende inhaftiert sind, deren Namen man „auf Grund der Gegebenheiten“ nicht ermitteln könne - erhielt der Antragsteller vom Innerdeutschen Ministerium. Hat sie ihn überrascht? Er war nämlich nicht der neue Abgeordnete des Wahlkreises Krähwinkel, sondern der frühere Justizminister und dann deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Schmude (SPD).

Sein Gegenüber, der Innerdeutsche Minister Heinrich Windelen, ist jedenfalls kein Freund geschöner Bilanzen. Wer die Sperranlagen

sinki hingewiesen hat. Natürlich versuchte der „DDR“-Vertreter in Wien, die Bonner Demarche am Konferenzstisch als Einmischung in innere Angelegenheiten abzutun. Windelen sagt mit Recht, daß der Schießbefehl ein eklatanter Verstoß der „DDR“ gegen das Friedensgebot ist; mit Recht kündigt die Bundesregierung an, auch künftig diese Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Offenbar geht es Ost-Berlin darum, trotz aller internationalen Verachtung klarzumachen, daß jeder Fluchtversuch über Mauer und Stachelndraht ein lebensgefährdendes Risiko ist und bleibt.

Dennoch wählten in diesem Jahr wiederum etwa zweihundert sogenannte Sperrbrecher den direkten Weg, um vom unfreien in den freien Teil Deutschlands zu gelangen. Ihr Wagemut läßt sich aus der Sicht des innerdeutschen Ministers nur mit einer ausweglosen Lage nach mehrfach abgelehnten Ausreisearbeiten erklären. Die Bilanz des CDU-Politikers hat aber auch positive Seiten. Ohne jeden Stolz

wußte er von etwa zweihunderttausend „DDR“-Bewohnern zu berichten, die in diesem Jahr - ohne das Rentenalter erreicht zu haben - in dringenden Familienangelegenheiten für durchschnittlich zehn Tage in den Westen reisen durften. Das ist eine Verdreifachung der Besucherzahl gegenüber 1984.

Auch die freigekauften politischen Häftlinge sind für Windelen kein Tabu. Mehr als zweieinhalbtausend waren es im letzten Jahr, 1986 werden es wohl einige weniger sein. Das liegt aber nicht an mangelnder Zahlungsbereitschaft der Bundesregierung. Bonn will den politischen Häftlingen helfen und setzt entsprechende Maßstäbe. Kriminelle sind beim Freikauf unerwünscht.

Dies ist ein überaus sensibles Gebiet der innerdeutschen Beziehungen. Windelen spricht vom „äußerst schmalen Grad Bonner Einwirkungsmöglichkeiten“. Auch dürfte man mit großzügiger Freikaufbereitschaft Ostberliner Begehlichkeiten nicht leichtfertig heraufbeschwören. Der nahezu unstillbare

IM GESPRÄCH Heinz Schemken

Kolping heißt lernen

Von Gernot Facius

Die katholischen Verbände waren über Jahrzehnte hinweg Trainingsstätten für politische Talente, die sich später in Bund und Ländern entfalteten. In den fünfziger und sechziger Jahren erwuchs der politische Impetus jedes zweiten Politikers in Bonn aus religiösen Bindungen und aus Erfahrungen in der Jugendbewegung, im Kolpingwerk, der Katholischen Arbeiterbewegung und anderen Verbänden. Das ist Vergangenheit, auch wenn das Kolpingwerk stolz auf zehntausend Mandatsträger in Gemeinde, Land und Bund verweisen kann. „Wir müssen aber“, so der neue Kolping-Zentralvorsitzende Heinz Schemken, „möglichst viele Kolpingsöhne in der Politik haben, denn Kolping muß in den politischen Raum hineinwirken, wenn wir den von uns vertretenen Werten größere Wirkung verschaffen wollen.“

Schemken (51), der seine politische Laufbahn im Rat der Stadt Velbert begann und seit 1983 dem Bundestag als CDU-Abgeordneter angehört, greift auf des „Gesellenraters“ Adolf Kolping zentrales Ziel zurück: Qualifikation im Beruf. „Diese Aufgabe müssen wir noch höher veranschlagen.“ Bundesweit sollen durch Förderung der Aus-, Fort-, Weiterbildung und Umschulung zwanzigtausend junge Menschen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Für den Vater von drei erwachsenen Kindern steht „die junge Familie und ihre finanzielle Förderung im Mittelpunkt“. Schemken: „Im Jahre 2030 werden 25 Millionen Deutsche älter sein als 60 Jahre. Nichts wäre schlimmer als ein Verteilungskampf unter den Generationen. Uns geht es um eine Versöhnung der Generationen.“ Sein politisches Mandat, so hofft Schemken, werde nicht zu einer Interessenkollision mit dem Vorsitz in dem katholischen Verein führen. Im Gegenteil, er spricht von der Möglichkeit, „noch einmal an den Inhalten zu arbeiten und diese auch in die



Fortbildung, Gentechnik, Kernenergie: Neuer Kolpingchef Schemken. FOTO: DIE WELT

Politik einzubringen, aber umgekehrt auch die Politik auf die Arbeit im Kolpingwerk wirken zu lassen.“ Denn in der Tat besteht die Gefahr, daß Entscheidungen sich immer weniger an religiösen Wertvorstellungen orientieren.

Der Politiker und Verbandsvorsitzende sagt „ja zur Technik“, wenn sie dem Humanum dient. Die Entwicklung der Gentechnologie verfolgt er mit großer Sorge. Die Politik werde Grenzen ziehen müssen. Und dem Kolpingwerk bleibt, wie allen Verbänden, die Auseinandersetzung um die Kernenergie nicht erspart. Immerhin forderte die Zentralversammlung kürzlich in Mainz einen „bedingten Ausstieg“ in Ost und West und unterstützte eine verstärkte Förderung alternativer Energiequellen.

Mit Frau und Kindern hat der gelernte Kunst- und Bauschlossermester vor seiner Kandidatur („Ich habe mich nicht danach gedrängt“) sehr eingehend alles besprochen“, Schemken: „Schließlich möchte ich nicht über etwas reden, was ich selbst nicht praktiziere, nämlich Familie.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Demonstrationen in Frankreich wurden in vielen Büffern kommentiert:

LE FIGARO

Jacques Chirac hatte solide Gründe, dem Druck der Straße nachzugeben. Hier seien zwei genannt: Die Spannung in Paris wurde unerträglich. Es war nicht möglich, die Ausweitung von Provokation und Repression weiter andauern zu lassen. Nichts ließ auf ein Ende der Gewalt hoffen. Offensichtlich war ein Teil der Regierungsmehrheit dabei, Chirac fallenzulassen ... Die Reform ist jedenfalls begraben. Die heutigen und künftigen Studenten werden als erste die Folgen zu tragen haben. Das ist schade, aber es ist ihre Wahl, und sie können weder von ihrem Fehler überzeugt werden, noch können sie gezwungen werden, ihn einzugestehen. Um so schlimmer für sie. (Paris)

LIBERATION

Es reicht nicht zu verlieren, man muß auch die Niederlage nutzen können. Jacques Chirac hat es nicht verstanden. Er wird in den nächsten Stunden und Tagen einen grausamen Vergleich bestehen müssen. Auch Mitterrand hat eine ideologische und politische Niederlage bei der Privatschule einstecken müssen. Auch er hat sein Projekt zurückziehen müssen. Daraus hat er aber mit dem „Vollentscheid über den Volkstschneid“ das Sprungbrett für einen politischen Gegenangriff gemacht und vor allem die Regierung gewechselt. Fabius folgte Mauroy und änderte allein schon durch diese Tatsache das Bild der Linken. Chirac hat diese Möglichkeit nicht. Er kann das Bild der Regierung nicht ändern, er kann

nicht einmal seine Minister wechseln, da sein parlamentarischer Spielraum zu klein ist. Für ihn hat die Niederlage einen bitteren Geschmack. Im Unterschied zu Mitterrand ist er ihr Gefangener. (Paris)

THE TIMES

Die Glaubwürdigkeit des französischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac hat durch seine zwiespältige Haltung gegenüber dem Terrorismus im eigenen Lande nicht so stark gelitten wie im Ausland. Gestern jedoch wurde die Schwäche des den starken Mann spielenden in eigenen Wahlkreis offenbar ... Gelegentlich wird die Regierung auf das Thema der Universitätsreform zurückkommen müssen. Bis dahin wird sie vielleicht aus ihren jetzt gemachten Fehlern gelernt haben. Im Augenblick hat sie sich sowohl Studenten als auch Eltern entfremdet. Sie hat die legitime Aufgabe einer Ausbildungsreform geschwächt. Auch hat sie die Wesensart der Regierung selbst in Frage gestellt. (London)



Da hat einer sein Leben lang hart gearbeitet, jede Mark dreimal umgedreht, sich was aufgebaut, einen Laden aufgemacht in Frankfurt. Und dann kommt da eine Meute Chaoten und schlägt ihm alle Scheiben kaputt. Ein Scheiterbaufen in Frankfurt, weil sich politische Fanatiker nicht mit Ereignissen in Paris abfinden wollen. Aber was haben Frankfurter Geschäftsleute mit französischer Politik zu tun?

Die endlose Tragödie - Ugandas Rückfall in die Steinzeit

Hoffnung keimte auf, als vor fast einem Jahr der Bürgerkrieg in Uganda zu Ende ging. Doch die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung irrt. Guerrilla-Kämpfe, Bandenkriege und Stammesfehden verwandeln vor allem den Norden in ein Totenreich.

Von WILLY LÜTZENKIRCHEN

An Straßensperren nördlich von Kampala kontrollieren Kinder Soldaten die Pässe, durchsuchen Busse und Lastwagen. Knirpsen in Kampfform, 13 oder 14 Jahre alt, geben die Befehle zur Weiterfahrt mit hiterrensten, wachsamem Mienen, die Kalaschnikow geschultert. Nördlich der Hauptstadt beginnt eine Landschaft des Todes, viele Städte und Straßen existieren nur noch auf der Karte.

Neben der Schlammsteine werden Menschenschädel und Skelettreste zu Knochenhaufen geschichtet oder auf Bastmatten gereiht. Reliquien eines mörderischen Befreiungskrieges, Knochenpyramiden, die mattgrau im Regen schimmern. Noch immer werden jeden Tag neue Massengräber entdeckt, in den Ruinenstädten, den verwilderten Feldern, im Sumpf, an den wenigen freigeschlagenen Wegen.

Zerschossene, kaum noch lesbare Blechschilder weisen zu Ortschaften, Schulen, Kliniken und Betrieben, Farmen und „Tea Rooms“, die längst nicht mehr existieren. Im Busch versinken die Wracks von Bussen, Autos und Panzern, zerstörte Maschinen, Brunnen, Zuckermöhlen und Kirchen. Aus der herankriechenden Pflanzenmasse ragen die Reste einer „Caltex“-Tankstelle wie die Ruinen eines anderen Zeitalters. Daneben stehen Kinder vor den Gebeinen ihrer Eltern und Geschwister, schmutzverklebte Totenschädel, auf Stöcke gespießt oder zu langen Reihen geordnet, schwarzgraue Leichen- und Skelettbündel, oft noch mit Kleidungsresten. Mahnmale eines erst vor Monaten beendeten Krieges, die wie Altäre einer prähistorischen Jägerkultur wirken.

In Stoffetzen, gekleidete Männer mit Speeren tauchen für Augenblicke auf dem Fahrweg auf, verschwinden als Schemen im Dschungel. Zerlumpte Kinder klettern aus dem Wrack eines abgeschossenen Panzers, strecken mit hungrigen Blicken die Hände aus. In den Ruinen einer namenlosen Ortschaft irren Halbwüchsige mit fieberigen Augen herum, auf der Suche nach Erbitterter Beute in Vogelnestern und Termitenbauten, verstörte Waisen und Krüppel, die sich ohne Eltern und Schule seit Jahren durch die Wildnis schlagen.

In den Trümmern der Städte wie Kapaka und Nakaseke haben sich Aaskäfer, Hornissen, Termiten und Schlangen eingenistet. Die Menschen, die überlebt haben, sind aus den Ruinen geflohen und verkrüppeln sich in winzigen, kugelförmigen Grashütten am Rand ihrer schmalen, aus dem Busch gebrannten Felder, wo sie Mais- und Cassava anbauen. Von den früher 30 000 Einwohnern Kapakas sind zwei Drittel ermordet, verhungert, vertrieben. Die Stadt ist



Reliquien aus der Zeit des Bluttrouschees: Von vielen Orten blieb kaum mehr als solch ein Mahnmahl. FOTO: PETER SCHICKER

eine zerschossene, geflederte Ruinenwelt, die langsam vom Dschungel erstickt wird. Gegen Abend tönt aus dem Busch das rasende Gebell der verwilderten Hunde, die in den Leichenbergen jahrelang ihre Nahrung fanden.

In den sumpfigen Niederungen flackern die Feuerstellen wie Grablichter auf einem Friedhof. Im Luwero-Dreieck nördlich von Kampala ist buchstäblich jede Ortschaft zum Trümmerfeld, zum Massengrab geworden. Zwischen den Hügelkämmen sind ganze Landstriche verkollet und verwüstet, Felder und Plantagen eingeseichert oder verwildert. Das fruchtbare, früher dichtbesiedelte Herzstück Ugandas erlebte einen Rücksturz in die Steinzeit. Handel und Verkehr, die Versorgung mit Strom, Trinkwasser und Treibstoff sind zusammengebrochen.

1980 lebten im Luwero-Distrikt etwa 750 000 Menschen. Am Ende des Bürgerkrieges, im Januar 1986, waren noch etwa 100 000 Menschen übriggeblieben. Etwa 300 000 bis 350 000 Zivilisten sind nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen hier ums Leben gekommen, der Rest gilt als vermisst, vertrieben, verschleppt. Luwero hat sich bis heute nicht von den Gewaltorgien erholt, die den ugandischen Bürgerkrieg zum Völkermord werden ließen.

Zwei Millionen starben durch Gewalt und Hunger

Die Truppen der gestürzten Machthaber Milton Obote und seines Nachfolgers Tito Okello hatten sich hier gegen die vorrückenden Guerrillas der „Nationalen Widerstandsbewegung“ von Yoweri Museveni verschanz. In seiner letzten Phase hatte sich der Krieg in einen hemmunglosen Bluttrouschee gesteigert - und in eine Abrechnung zwischen den verfeindeten Nord- und Süd-Stämmen Ugandas, aus denen sich die Soldaten Obotes und Musevenis rekrutierten. Die Machtkämpfe in Uganda haben einen für Afrika beispiellosen Bluttrouschee gefordert. Seit 1971, dem Machtantritt Idi Amins, sind in Uganda durch Krieg und Hunger etwa zwei Millionen Menschen getötet worden, schätzen Mitarbeiter von UNO-Hilfsorganisationen in Kampala. Im Januar wurde Yoweri Museveni zum neuen Präsidenten ernannt, nachdem der „Nationale Widerstand“ die Hauptstadt Kampala erobert hatte. Ende März konnten die von Libyen unterstützten Rebellen die letzten,

noch von Regierungstruppen Obotes und Okellos gehaltenen Distrikte im Norden einnehmen. Für ein paar Monate schien es so, als ob der listerliche, charismatische Buschkämpfer Museveni den blutigen Reigen von 15 Jahren Terror, Massenmord, Chaos und Anarchie beenden könne. „Licht am Ende des langen Tunnels“, meldeten westliche Diplomaten, die sich mit Waffen, Funkgeräten, Stacheldraht und Leibwächtern in ihren Villen auf dem Kolo-Hügel verschanzt hatten. Nach der Ausrottungspolitik Obotes erschien Museveni als der „Retter Ugandas“, der den „nationalen Wiederaufbau“ des rünierten Landes versprach.

Knapp ein Jahr nach der Machtübernahme durch Museveni haben sich viele Hoffnungen zerschlagen. Die politischen Hypothesen, an denen seine Vorgänger scheiterten, lähmen auch den neuen Präsidenten. Die ugandische Tragödie nimmt kein Ende: Die Gegensätze zwischen den Bantu-Bauern des Südens und den nilotischen und nilohamitischen Völkern des Nordens, Viehzüchter und teilweise noch Nomaden mit islamischem oder animistischem Glauben, haben einen neuen Krieg entfacht.

Die Anhänger der gestürzten Machthaber Amin, Obote und Okello haben den Kampf gegen Musevenis Armee, die aus dem Süden und Südwesten rekrutiert wurde, nicht aufgegeben. In ihren Stammesgebieten im Norden Ugandas wütet ein hitziger Guerrilla- und Bandenkrieg gegen die Truppen der neuen Regierung: Städte und Garnisonen, Schulen, Grenzposten, Kliniken und Lkw-Konvois werden überfallen, Beamte, Lehrer und Polizisten erschossen. Mindestens 5000 Rebellen stehen unter Waffen, greifen Städte wie Gulu und Kitgum an, plündern die Dörfer, rauben Vieh und Ernten, lähmen den Verkehr. In Süd-Sudan sollen 10 000 weitere Guerrillas für den Kampf bereitstehen, angeblich unterstützt von Ex-Diktator Idi Amin, der im saudi-arabischen Dschidda im luxuriösen Exil sitzt.

Völlig chaotische, vorkoloniale Zustände sind im Stammesgebiet Karamoja, im Nordosten, ausgebrochen. Die Regierung hat jede Kontrolle über die 350 000 Nomaden, Stammeskrieger und professionellen Viehdiebe verloren. Die als „wilde Bergmenschen“ geachteten Karamojong, nach Ansicht des britischen Völkerkundlers Colin Turnbull ein „Volk ohne Liebe“, rächen sich an ihren Nachbarn und für die zivilisatori-

schen Zwangsmaßnahmen früherer Regierungen.

Ganze Stammesgruppen waren für die Gründung des Kidepo-Nationalparks zwangsweise umgesiedelt worden, die Regierung verbietet das Tragen von Pfeilen und Speeren, das nackte Auftreten, die Jagd und das Weiden von Vieh im Nationalpark. Junge Männer wurden zu Tausenden für die Regierungstruppen zwangsrekrutiert, nach Aussagen von Landeskennern als „Kanonenfutter“ für die Schlachten Obotes und Okellos. Damit fielen den räuberischen Bergstämmen automatische Waffen in die Hände. Munitionslager wurden geplündert. Jetzt terrorisieren die Karamojong ihre verhassten Nachbarstämme und rauben nicht nur Vieh, das nach Kenia, Sudan, Somalia und Äthiopien verkauft wird.

„Die Bevölkerung fühlt sich völlig alleingelassen“

Sie rächen sich mit brutalen Beutezügen, greifen Dörfer, Lkw-Transporte, Polizeiposten und Versorgungslager an, verschleppen Frauen und Kinder, die in den Bergen als Sklaven und Konkubinen mißbraucht werden. Ein deutscher Missionar: „Über dem ganzen Gebiet liegt ein Gefühl der Angst und Unsicherheit. Man sieht weit und breit keine Soldaten oder Polizisten. Die Bevölkerung fühlt sich völlig alleingelassen. In den meisten Schulen sind viele Lehrer und Schüler erschossen worden. An der Grenze verbreiten 5000 bewaffnete Karamojong-Viehräuber Furcht und Schrecken und bringen die Bevölkerung zur Verzweiflung.“

Neben den politischen Wirren haben alle Plagen Afrikas das Land zu gründe gerichtet, das nach der Unabhängigkeit mit Wirtschaftskraft, Industrie, Verkehrserschließung und Bildungswesen einen Spitzenplatz auf dem Kontinent einnahm. Heute sind fast alle Infrastrukturen und öffentlichen Einrichtungen zerstört. Jährlich sterben etwa 70 000 Kinder an Hunger und Krankheiten. Malaria und Schlafkrankheit haben sich wieder rasend ausgebreitet.

Im Elend der verwüsteten Landschaft des Luwero-Dreiecks blüht ein schwunghafter Handel mit Menschenschädeln, die nach Kenia und Zaire geschmuggelt werden. Hexer in Zaire und Hochschulen im Ausland sollen Uganda als Quelle für den Schädel- und Skeletthandel entdeckt haben.

Ein Wechselspiel zwischen Prediger und Volkstribun

Er kämpft für seine Partei, die SPD. Den Kandidaten erwähnt er kaum. Oskar Lafontaine im Wahlkampf, das ist eine Mischung aus Machtpolitiker, Visionär und Realist.

Von ULRICH REITZ

Seine früheren Klassenkammeraden aus dem bischöflichen Konvikat haben sich auf die hinteren Bänke der schmucklosen Stadthalle am Ortsrand zurückgezogen. Oskar Lafontaines ehemalige Mitschüler sind wohl keine potentiellen SPD-Wähler, auch wenn es jetzt ein leibhaftiger Ministerpräsident versucht - im Eifelstädtchen Prüm ein nicht alltäglicher Anblick. „Wir haben eine andere Meinung als er“, sagt einer. Schnell fügt er hinzu: „Aber wir sagen Ihnen nichts über ihn.“

Auch heute noch, nach mehr als 20 Jahren, ist die Gemeinschaft der ehemaligen Schulkameraden lebendig. Ein Grund, warum der als Wahlkämpfer angesehene Lafontaine, als er in die „Bühne“ steigt, zunächst einmal seine Zuhörer darauf vorbereitet, „daß wir hier schnell machen, damit ich mit meinen Freunden noch einen trinken gehen kann“. Zwei Stunden Einstimmung auf „den Besten für Deutschland“, Johannes Rau (dessen Name aus dem Mund Lafontaines nur einmal fällt, ohne Temperament, das bei ihm sonst innere Überzeugungen begleitet, hingeworfen), werden es dann schließlich doch.

Der SPD-Linke streitet nicht vorrangig für den Mann auf dem Plakat, das hinter ihm an den allerschwarzen Vorhang gepinnt worden ist. Er streitet für die SPD, die Willy Brandt - der Lafontaine von einem Konterfei am anderen Ende der Halle zulächelt - verkörpert. Der Gast aus Saarbrücken macht Wahlkampf nur mit hundespaltigen Themen. Zur Enttäuschung so mancher Genossen, die einige Worte zur Unterstützung ihres wenig charismatischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Mai, Rudolf Scharping, erwartet hatten.

Wenn Lafontaine über die Wirtschaftspolitik spricht, dann über seine Lieblingsthemen Kernenergie und Rüstung, schließlich auch über das Verhältnis der SPD zu den Grünen. Dann präsentiert er sich als Vordenker, erweckt den Eindruck, das Saarland werde für ihn nur eine - wenn auch wichtige - Episode bleiben. Ein, wie er hinterher sagt, ungewollter Eindruck: „Sie wissen ja, daß ich mich nicht nach dem Joh dränge.“ Der Joh, das ist die Kanzlerkandidatur oder der SPD-Vorsitz nach der Ära Brandt, für den ihn Niedersachsen Oppositionsführer Schröder schon ins Gespräch brachte.

Überhaupt, Schröder: „Dazu sage ich nichts“, erklärt Lafontaine, der allerdings nicht unglücklich darüber zu sein scheint, daß ihn aus dem Auditorium niemand danach fragte. Aus seinem Umfeld belegt man den Vorstoß des zweiten Brandt-„Enkels“ hingegen mit drastischen Vokabeln: „Das war Sch...“, heißt es. Und dann wird der Verdacht geäußert, Schröder, von dem man im Saarland glaubt, daß er auf eine entsprechende Offerte nicht mit Nein antworten würde, wolle Lafontaine damit aus dem Rennen werfen.

Als Hors d'oeuvre seines Wahlkampfmenüs serviert Lafontaine Wirtschaftspolitik, weil, wie er später sagt, „leider“ das Gefühl ökonomischer Prosperität die Wähler-Entscheidung bestimmt. Und er tut es im Stil seines Parteigenossen

Helmut Schmidt - kühl, ohne Pathos. Dozierend, so als müsse er seine Zuhörer in die Grundbegriffe sozialdemokratischen Wirtschaftens einführen, referiert Lafontaine über Preisstabilität („von jedermann zu begrüßen“) und Wachstum („kann ohnehin in einer exportorientierten Wirtschaft von nationaler Politik nur begrenzt beeinflusst werden“).

Ohne die Stimme auch nur um einen Ton zu heben, sagt er mit Blick auf das „Heer der Arbeitslosen“: „Wir weigern uns, von erfolgreicher Wirtschaftspolitik zu sprechen, solange wir nach wie vor die höchste Arbeitslosigkeit nach dem Krieg haben“ - spärlicher Applaus. Emotionslos empfiehlt er Arbeitszeitverkürzungen, mehr öffentliche Investitionen und ein öffentliches Nachfrageprogramm, „wie uns das die Japaner vorgemacht haben“.

Nur zehn Minuten benötigt er für den ökonomischen Parforce-Ritt. Dann schwingt er sich zu „seinen“ Themen auf, legt die Rolle des Maçbers ab wie einen alten Rock und schlüpft jetzt abwechselnd in die des Predigers und die des Volkstribuns. Totenstill wird es im Saal, als Lafontaine mit kaum noch hörbarer Stimme die seiner Meinung nach drohende Gefahr für die Menschheit heraufbeschwört: „Sind wir nicht dabei,

abgelehnt. Der Wähler hat sich schließlich für eine absolute Mehrheit der SPD entschieden“. Der SPD-Regierungschef stellt, um die eigene Partei aus der Schullinie zu hringen, selbst die „Koalitionsfrage“ an die Grünen: „Ihr habt den Klärungsprozeß, ob ihr Regierungsverantwortung tragen wollt oder nicht, noch nicht abgeschlossen.“ Deshalb sei „im Moment“ der Boden nicht da für „solche Überlegungen“.

Wenn Lafontaine den politischen Gegner beim Portepée packt, dann will er ihn mit den eigenen Mitteln schlagen. Er, der Verfechter von „Grundwerten“, der sich, wie Erhard Eppler (welcher allerdings nicht über Lafontaines Machtmotiv verfügt), als „wertekonservativ“ versteht, sich auf die „Schöpfung“ beruft und damit auch seine schulische Herkunft nicht verleugnet, hält den Christdemokraten polemisch das „C“ vor: „Machen die christliche Politik, die sich als Waffenhändler profilieren?“ fragt er und hat dabei die Blaupausen für Südafrika im Visier.

Und er fährt fort: „Am Morgen in der Dritten Welt darf man nicht verdienen wollen. Das muß doch auch eine christliche Partei akzeptieren.“ Zum ersten Mal kocht der Saal. Lafontaine hat sich in Rage geredet, setzt gleich noch eins drauf, wertet gegen Reagan und Kohl: „Der Bun-



Kanzlerkandidat Johannes Rau und sein Parteifreund Oskar Lafontaine: „Der Beste für Deutschland“ FOTO: AP

immer größeren Katastrophen entgegenzugehen?“

Lafontaine ist um Glaubwürdigkeit bemüht, spricht von seinem persönlichen Anschauungs-Wandel: „Als ich mein Physikstudium aufnahm, glaubte ich, die Kernenergie würde alle Probleme lösen.“ Das habe sich geändert, „Plutonium hat eine Halbwertszeit von 500 000 Jahren. Noch nie haben wir die politische Verantwortung einer Entscheidung für die nächsten 500 000 Jahre gehabt.“

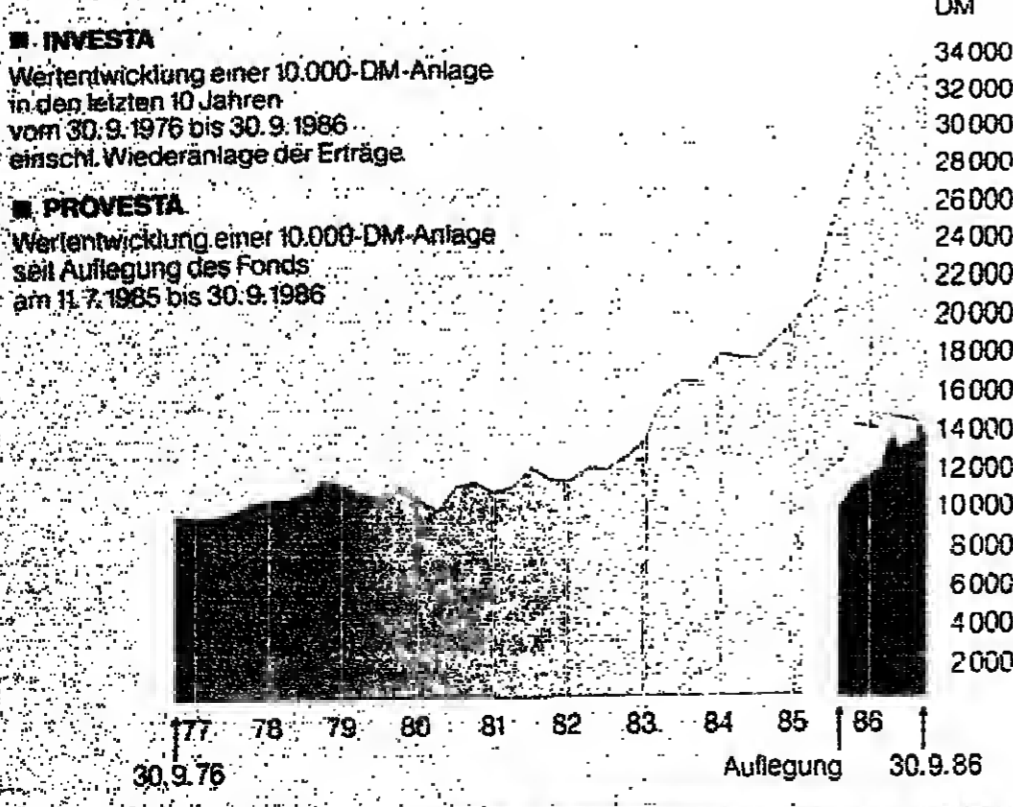
Später von einem Grünen gefragt, warum er dann nicht aktiv „Widerstand“ leiste, findet Lafontaine, der Machtpolitiker so geschickt mit Visionen zu koppeln vermag, zu den Grenzen des Möglichen zurück, verweist auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, die nun einmal nicht so seien. Den Grünen im Saal ruft er zu: „Sorgen Sie dafür, daß diese Bundesregierung nicht im Amt bleibt, dann sorge ich dafür, daß die Kernenergie-Ausbaupolitik gestoppt wird.“

In seinem Verhältnis zu den Grünen ist Lafontaine geprägt von den Erfahrungen des saarländischen Wahlkampfes. Da hat er, wie er sagt, den Grünen ein Verhandlungsangebot gemacht, „doch die haben das

deskanzer sagt schneller ja, als Reagan irgendeine Forderung aufstellt.“ Freiheit bedeute einen Partnerschaft, und „die Wahrnehmung nationaler Interessen erschöpft sich nicht im Hinsingen der Nationalhymne“.

Lafontaine, der überhaupt nichts dagegen hat, wenn man sein Denken mit dem de Gaulles vergleicht, fordert die „Souveränität für die Bundesrepublik, das Recht, selbst über einen Kriegseintritt zu entscheiden“. Die militärische NATO-Integration sei der Schlüssel zu dieser Frage. Er beruft sich auf Frankreich und Spanien und ruft dann seine „persönliche Meinung“ in den Saal: „Ich bin für die Aufhebung der militärischen Integration.“ Die Zuhörer, in der Mehrzahl Genossen, jubeln dem Regierungschef von der Saar zu. Der christdemokratische Parteichef von Prüm nimmt es zur Kenntnis.

Und Johannes Rau? Lafontaine hat viel von „Grundwerten“ gesprochen. Und ohne den inneren Zusammenhang zu seinen Ausführungen läßt er den Satz abfallen: „Rau steht zu den Grundwerten, versucht auf dieser Basis, Antworten zu geben.“ Lafontaines einzige Antwort an diesem Abend zu diesem Thema.



INVESTA und PROVESTA: Zwei dynamische Aktienfonds für Ihre Geldanlage.

Nutzen auch Sie die Chance der Geldanlage in sorgfältig ausgesuchten Aktien. Der DWS-Fonds Investa beteiligt Sie an führenden deutschen Publikumsgesellschaften, Provesta an mittleren und kleineren deutschen sowie weiteren europäischen Unternehmen. Sie brauchen sich um die Verwaltung Ihres Aktienvermögens nicht zu kümmern: Das erledigen wir für Sie! Das aktive DWS-Management überwacht Ihre Anlage ständig auf Kurschancen und Mischung. Sprechen Sie über diese interessante Vermögensanlage mit einem Anlageberater unserer Gesellschafterbanken. Dies sind die Deutsche Bank AG und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 · 6000 Frankfurt 1

Mehr finanzielle Unabhängigkeit.

Verständnis in der Union für SALT-Beschluß

Die sowjetische Forderung, die USA sollten sich weiterhin an die Bestimmungen des SALT-2-Vertrages halten, ist für den verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, völlig unverständlich. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Bessmertnych hatte Entsprechendes in Moskau verlangt und hinzugefügt, die UdSSR werde sich „vorläufig“ nach dem Vertrag richten. Wimmer hatte in der vergangenen Woche Gespräche mit Vertretern der US-Administration und des Kongresses in Washington geführt. Daraufhin sagte er gestern vor Journalisten in Bonn, die USA hätten die Sowjetunion viele Male auf die von ihr zu verantwortenden Vertragsverletzungen hingewiesen. Dabei sei der Krenl auch aufgefordert worden, Wege vorzuschlagen, wie die Bestimmungen des Vertrages

Berufs-Chancen sind Zukunfts-Chancen. Darum einfach 0130-6060 anrufen!

Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT. Mit dem größten Stellenfeld für Fach- und Führungskräfte und mit vielen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

künftig wieder Geltung erlangen könnten. Nach Wimmers Angaben haben die USA die Sowjets bereits im April unterrichtet, sie würden den 131. B-52-Bomber - neu ausgerüstet mit nuklear bestückten strategischen Marschflugkörpern - im Herbst wieder in Dienst nehmen, wenn sie bis dahin keine befriedigende Antwort zur SALT-Problematik erhielten. Darauf hätten die Sowjets jedoch nicht geantwortet. Nicht nur deshalb sei das Verhalten der USA für die deutsche Seite „gut zu verstehen“.

NRW-Mediengesetz noch vor der Wahl?

Die SPD will das umstrittene nordrhein-westfälische Mediengesetz nun doch noch in der kommenden Woche verabschieden. Der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Rau sowie SPD-Fraktionschef Farthmann befürchten offenbar, bei einem Aufschub bis nach der Bundestagswahl ihren von dem linken Parteiflügel abgelehnten Entwurf nicht mehr durchsetzen zu können. Nun scheinen auch die Düsseldorf Oppositionsfraktionen CDU und FDP erneut eine Kompromißlinie zu suchen. Mehrere Verfassungsrechtler haben inzwischen die Auffassung vertreten, daß das geplante „Zwei-Säulen-Modell“ - Programmgestaltung und Finanzierung sind strikt getrennt - in seiner jetzigen Gesetzesform kaum einer Klage standhalten dürfte.

Bonn will Privattfunk weiter unterstützen

Der Bund wird auch zukünftig dafür eintreten, daß die Existenzbedingungen des privaten Rundfunks verbessert werden. Das versicherte der Medienbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, bei einer Begegnung mit Medienpolitikern sowie Vertretern von Verlagen, Verbänden und Fernsehanstalten. Einigkeit bestand darüber, daß die Länder jetzt dringend einen gemeinsamen Medienstaatsvertrag abschließen sollten.

Der Bundestag als „Lernort“

Der Bund Deutscher Zeitungsverleger hat sich gestern beim Präsidium des Deutschen Bundestages für die Zusammenarbeit an dem Projekt „Zeitung in der Schule“ bedankt. EDZV-Geschäftsführer Volker Schulze wies darauf hin, daß der Bundestag seit 1982 über 2000 jungen Zeitungslesern in 40 Seminaren die Möglichkeit gegeben habe, mit dem Bundestagspräsidenten und Abgeordneten aller Fraktionen über politische Themen zu diskutieren. Als Ergebnis dieser Bildungsarbeit überreichte Schulze die Dokumentation „Lernort: Deutscher Bundestag“, mit dem der BDZV und das projektbegleitende „Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren“ Partnerschaft über die Kooperation von Presse und Parlament ablegen.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 37,00 per annum. Distributed by Gorman Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zermürbt legte Antes vor Gericht ein Geständnis ab

Baustadtrat kassierte 300 000 Mark Bestechungsgelder

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Zehn Stunden vor dem Berliner Wahlkampfabstecher von CDU-Chef Helmut Kohl konnte die Berliner Union gestern einen politischen Mittelpunkt abhaken: Ex-Mitglied Wolfgang Antes, weit über Berlin hinaus unheimlich bekannt gewordene Skandalfigur, legte gestern als „Weihnachtsgeschenk“ für Gericht und Öffentlichkeit ein Geständnis ab: Er räumte ein, 300 000 Mark an Bestechungsgeldern kassiert zu haben - zwar auch für „persönliche Parteiliebe“, aber in erster Linie für die eigene Tasche.
Schon am Freitag fällt das Gericht sein Urteil - vermutlich mehr als fünf Jahre Freiheitsstrafe. Morgenstund hatte gestern für die „Nebelungen“-Strafkammer des Landgerichts unter Richter Hagen Hillebrand Gold im Mund: Denn was sich in den vergangenen Tagen als Raunen hinter den Berliner Justizkulisen vernehmen ließ, trat ein. Am 43. Prozeßtag - knapp acht Monate nach dem Verfahrenstart am 25. April - gab der 42-jährige Ex-Baustadtrat auf, zermürbt von Krankheit, Operation und Depressionen.
Nach wochenlangem Abwesenheit - Antes mußte unter das Messer und erholte sich im Universitätsklinikum - verlas der Diplompolitologe und Ex-Chef der Charlottenburger CDU in der Anklagebank ein vierseitiges Geständnis. Mit seinem Geständnis räumte Antes selbst seine mühsam errichteten Notkonstruktionen für den Geldfuß aus Bauherrentaschen ein.
Ihm sei, so sagte Antes, gestern morgen „insbesondere auch in den letzten Monaten, eindeutig bewußt geworden, daß es in meiner damaligen Stellung einfach nicht möglich sein konnte ... und auch nicht mög-

„Den DDR-Kommunen nicht anbieten“

Frankfurter CDU rät bei Partnerschaften zur Zurückhaltung

D. GURATZSCH, Frankfurt
Der Frankfurter CDU-Fraktionsvorsitzende Gerhard Wenderoth hat zu einer „kritischeren Betrachtungsweise“ beim Abschluß von Städtepartnerschaften mit „DDR“-Kommunen aufgerufen. Einen Tag, nachdem der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Wundenle (CDU), im Saarländischen Rundfunk weitere Städte der Bundesrepublik zu Partnerschaften ermuntert hatte, rief Wenderoth in einem Gespräch mit der WELT, sich „nicht anbieten“. Frankfurt jedenfalls, das wie einige andere Städte an einer Partnerschaft mit Leipzig interessiert wäre, werde „nach wie vor Zurückhaltung“ üben.
Wundenle hatte zwar auf die unterschiedliche Interessenslage westdeutscher und mitteldeutscher Städte beim Abschluß von Partnerschaften hingewiesen und betont, für „DDR“-Städte seien außenpolitische Aspekte wichtig, für Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland stünden dagegen Begegnungen mit Bürgern im Vordergrund. Dennoch hatte der Minister erklärt, die Bilanz der ersten derartigen Partnerschaft zwischen Saarland und Eisenhüttenstadt sei „positiv“. Es habe sich gezeigt, daß die Vorteile die möglichen Belastungen überwiegen.
Demgegenüber meinte Wenderoth, der Minister habe sich hier offenbar „etwas weiter vorgewagt, als es die bisherige Politik der Bundesregie-

Der Stimmenwilderer von Dachau lädt wieder durch

Von PETER SCHMALZ

Von Beruf ist Hans Hartl Rechtsanwalt wie Ludwig Thoma, der in Dachau im gleichen Anwesen wohnte, das heute Hartls Adresse ist. Und wie Thoma weniger durch seine advokatische Brillanz denn durch seine Briefe des Abgeordneten „Josef Filser“ bekannt wurde, so macht auch Hartl eher durch seine politischen Streiche von sich reden: Er wird „Stimmenwilderer“ gescholten, weil er als SPD-Kandidat zur Landtagswahl mit einer teuren Werbekampagne eine Million Bürger in Oberbayern um ihre Zweitstimme bat und sich damit vom aussichtslosen 27. auf den sechsten Listenplatz vor- und in den Landtag hineindrängte. Ein Genosse empfing den Dachauer in der ersten Fraktionssitzung mit dem derben Ausruf: „Du bist ein Schwein.“
Das gab einen Ordnungsruf, aber keinen Widerspruch. Seither sind knapp sieben Wochen vergangen, doch der Grant der Genossen über den Dachauer hat sich keineswegs gelegt. Daß der interne Streit mit Hartl mitten im Bundestagswahlkampf jetzt sogar einen neuen, peinlichen Höhepunkt erreichte, wurde durch eine Anzeige verursacht, die in zwei großen oberbayerischen Tageszeitungen nahezu 500 Quadratzentimeter bedeckte und deren fetter Schlagzeile lautete: „Wehret den Anfängen! SPAL/TET sich die SPD!“ Rechts unten, nach den Namen von

30 sozialdemokratischen Funktionsträgern, ist das offizielle Emblem der bayerischen SPD zu erkennen.
Aufgegeben wurde sie vom SPD-Unterbezirk Dachau, dem Hans Hartl vorsteht. Er meinte gestern gegenüber der WELT: „Ich gehe davon aus, daß die Annahmen von der Partei bezahlt werden.“ Das aber ist schon deshalb pikant, weil dadurch die SPD-Gelder öffentlich ein Institut attackiert wird, die sich mit sozialdemokratischer Prominenz wie Vogel, Glotz, Schöffberger und Hiersemann schmücken kann.
„Forum Republik - Kulturforum der Sozialdemokratie Dachau“ nennt sie und wurde nach Hartls Ansicht unter so dubiosen Umständen gegründet, daß er in der Anzeige die Frage formulierte: „Würden von der süd-bayerischen SPD damit die Weichen für eine Spaltung der SPD gestellt?“
Dies alles erscheint auf den ersten Blick verwirrend, weshalb eine Rückblende angebracht ist: Es war 1980, als Hartl, ein gehürter Dachauer, von der CSU über ein rasch verschiedenes „Bürgerforum“ zur SPD kam und sich mit Methoden an die Spitze

Deserteure werden für Moskau zum Problem

Schüsse am Todesstreifen auf Sowjetsoldaten könnten Friedensfeiern zum Berlin-Jubiläum konterkarieren

WERNER KAHL, Bonn
Unter den Bewohnern grenznaher Gegenden in Mitteldeutschland geht ein Gerücht um, über das jetzt auch prominente Besucher in Bonn berichten. Die Leute spekulieren dort, ob sowjetische Truppen wie schon bei Kriegsende 1945 wieder zur Sicherung der innerdeutschen Demarkationslinie am Todesstreifen eingesetzt werden. Dabei wäre es ihr Auftrag, sowohl sich in letzter Zeit wieder mehrere Fluchtaktionen von „DDR“-Bewohnern zu vereiteln als auch Deserteuren aus sowjetischen Kampfverbänden den Weg in den Westen zu verlegen.
Neue Nahrung dürften solche Mutmaßungen durch die offenbar zunehmenden Desertionen bei den Sowjets erhalten. Zum Wochenbeginn glückte zwei sowjetischen Soldaten die Flucht nach Niedersachsen (WELT vom 9. 12.). Eine Stunde vor Sonnenaufgang hatten die beiden 19-jährigen Deserteure am Sonntag den Durchbruch gegenüber der Harz-Heide-Straße geschafft. In englischer Sprache hatten die aus Estland stammenden Flüchtlinge den Landwirt Miebe im Grenzort Rodkum (Landkreis Wolfenbüttel), die Polizei zu rufen. „Intelligente Bur-schen“, sagte die Bauersfrau der WELT. Nur mit Hose und Anorak bekleidet, hatten sie in der Nacht die tiefgestaffelten Sperranlagen überwunden.
Es handelt sich um Angehörige der 3. „Stoß-Armee“, des stärksten Kampfverbandes der Russen, im Raum Magdeburg. Die Armee ist mit vier Panzerdivisionen entlang der Transitstrecke von Niedersachsen über Helmstedt-Marienborn nach West-Berlin eingezogen.
Bei der Übergabe der Grenzsicherung unmittelbar an der Demarkations-



West-Fernsehen und West-Sender Sowjetsoldat in der „DDR“

onslinie zu Westdeutschland 1946 an die deutsche „Grenzpolizei“, Vorläufer der heutigen Grenztruppen, gingen die Sowjets von der Strategie aus, die Masse ihrer Truppen zur Wahrung der politischen Ordnung in ihrer Besatzungszone einzusetzen. Deshalb sind Moskaus Streitkräfte in der Regel erst in einer Entfernung von etwa 50 Kilometern von der innerdeutschen Grenze tief gestaffelt. Viele Kasernen befinden sich in früheren Garnisonen der Reichswehr.
Wie ein Damoklesschwert muß jetzt die Jahreszahl 1987 über Beratungen zwischen der „DDR“-Führung und dem Sowjet-Oberkommando schweben. Die protzigen Feierlichkeiten des Regimes zum 750-Jahr-Stadtjubiläum Berlins im kommenden Jahr stellen Armee und Staatssicherheitsdienst vor das Problem, Fluchtaktionen zu vereiteln, ohne Blut zu vergießen.
Die Sowjets drückt dabei die Sorge, eine auch nur vorübergehende stillschweigende Aufhebung des Schießbefehls könnte auch bei ihren Einheiten ein sprunghaftes Ansteigen der Desertionen auslösen. Denn die Stimmung in den Garnisonen ist nach allem, was trotz größter Geheimhaltung nach außen dringt, hundsmiserabel. Den Soldaten wurde verboten, westliche Fernsehprogramme zu empfangen oder Radiosendungen aus dem Westen zu hören. Die Politoffiziere verdächtigen

besonders das Werbefernsehen, die Soldaten zu demoralisieren. „Das macht einfach Appetit auf westliche Lebensart“, sagte der frühere Oberstleutnant der „DDR“-Grenztruppen, Dietmar Mann, der WELT. Der im Sommer unweit der Stelle, an der am Sonntag die beiden Sowjetsoldaten die Grenze überwandern, nach Niedersachsen geflüchtete Bataillons-Kommandeur weiß, wovon er spricht.
In 18 Jahren Militärdienst hatte er stets Kontakte mit den Russen. Dennoch nimmt Dietmar Mann nicht an, daß die Sowjets die „DDR“-Organe bei der Grenzsicherung in vorderster Linie ablösen werden. Die Deutschen hätten sich bei der „Druckschleibe“ bewährt, auch wenn einige Posten offensichtlich Flüchtlinge nicht bemerken wollen und absichtlich danebenschießen.
Die Sowjets sähen sich aber auch nicht in der Lage, die Funktionen des elektronischen Sicherungsapparates entlang der innerdeutschen Grenze zu garantieren. Dieses hochtechnische Sperrsystem sei erstmals aus „DDR“-eigener Produktion aufgebaut worden, erklärte Mann der WELT. Den Russen fehle für die reibungslose Kontrolle und Wartung der logistische Apparat. Es mache sich bemerkbar, daß es an Fachleuten, gut ausgebildeten Handwerker und Technikern, in der Truppe mangelte. Die Personaldecke der Nachschub- und Reparatureinheiten sei zu dünn. „Wenn die Sowjets direkt an der Grenzlinie auf Posten ziehen, würden viel mehr Russen fliehen“, meinte Ex-Kommandeur Mann. Vor seiner Flucht wurden die Jagdkommandos monatlich drei bis vier Razzien nach sowjetischen Deserteuren im Hinterland der Grenze alarmiert.

Neues Abrüstungsangebot an den Warschauer Pakt

Frankreich nimmt an Verhandlungen teil / KSZE-Untergruppe

RÜDIGERMONIAC, Bonn
Am kommenden Freitag wird die NATO am Schluß der Brüsseler Tagung der Außenminister ein neues Angebot an den Warschauer Pakt zur Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in ganz Europa unterbreiten. Der neue NATO-Ansatz für die konventionelle Abrüstung „von Atlantik bis zum Ural“ geht auf eine alte französische Idee zurück. Er wird wahrscheinlich dazu führen, daß die bisherigen Konferenzen, die sich wie die Wiener MBFR und die Stockholmer KVAE-Runde mit konventioneller Abrüstung und Vertrauensbildung in Europa befaßten, in einer noch nicht genau erkennbaren Form in eine neue Konferenz integriert werden dürften.
Aus westlicher Sicht entscheidend dabei ist, welche Rolle in der neuen Konferenz Frankreich als „spiritus rector“ des europaweiten Ansatzes spielen kann. Dies war dem Vernehmen nach bis vor kurzem noch innerhalb der NATO strittig. Paris achtet streng darauf, zwar politisch der Allianz anzugehören, militärisch will es aber eigenständig sein.
Inzwischen aber besteht Paris nicht mehr darauf, daß sich die europäische Abrüstungskonferenz ausschließlich im Rahmen des KSZE-Prozesses der 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten bewegt, dies als Ergebnis der Schlußakte von Helsinki auch die neutralen und un-

SPD will Ausschub zur U-Boot-Affäre

p. p. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion will heute die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen, durch den der Verkauf von U-Boot-Plänen an Südafrika behandelt werden soll. Oppositionsführer Vogel erklärte, es sei wichtig, die Akten sicherzustellen. Die SPD vermutet diese im Kanzleramt, dem Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium. Es gehe um die Aufklärung eines rechtsverdrängten Geschäfts, wobei „Helmut Kohl die Zentralfigur“ sei und „immer tiefer“ verstrickt zu sein scheine, sagte Vogel.

„Nicht die besseren Unternehmer“

DW, Stuttgart

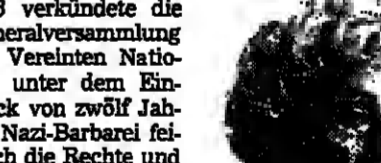
IG-Metall-Chef Steinkühler hat die Gewerkschaften aufgefordert, „über den Abschied von der Gemeinwirtschaftsdeologie nachzudenken, weil sie ihre reale Grundlage schrittweise verloren hat“. Auf einer für das kommende Jahr geplanten Sonderkonferenz der Metaller zur Gemeinwirtschaft könne verdeutlicht werden, „daß wir die Illusion von den Gewerkschaften als den besseren Unternehmern fallenlassen können und die Funktion der Gewerkschaften als der besten Interessenvertretung bedingungslos verteidigen müssen.“

Zum Vertrauen gehören auch die Menschenrechte

Von ANNEMARIE RENGER

Heute ist der Tag der Menschenrechte. Auch heute werden wieder fast überall auf der Welt Tausende von Menschen geknechtet, entwürdigt, gequält, ermordet. Frieden ist aber mehr als das Schweigen der Waffen. Frieden setzt Vertrauen voraus, und Vertrauen ist nur möglich, wenn überall die Menschenrechte gewahrt werden.
Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Eindruck von zwölf Jahren Nazi-Barbarei die Rechte und Freiheiten des Menschen. Zu den verkündeten Freiheiten gehörten unter anderem der Anspruch jedes Menschen auf wirksamen Rechtsschutz gegen Handlungen, die sein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit verletzen, das Recht auf Freizügigkeit, die Religions- und Meinungsfreiheit.
38 Jahre danach werden mehr Menschen als damals die Menschenrechte vorenthalten. Häufig genannte Staaten wie Afghanistan, Chile, Iran und Südafrika sind nur plakative Beispiele, über die die traurige „Normalität“, die alltägliche weltweite Menschenrechtsverletzung, nicht vergessen werden sollte.
Öffentliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen tut not. So hat der ehemalige Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Menschenrechtsgruppe, Professor Jurij Orlow, deutlich gemacht, daß in der Sowjetunion die laute Kritik an den Menschenrechtsverletzungen Wirkung zeigt. Sie ist der sowjetischen Führung, die auf ihre internationale Reputation bedacht ist und nicht gerne im Rampenlicht internationaler Mißbilligung steht, unangenehm. Deshalb bringt sie oft Erleichterungen für die Inhaftierten mit sich, die bis zur Freilassung politischer Häftlinge gehen. Dazu müssen die Kritiker allerdings Namen und Fakten nennen.
Orlow, der bei einer Diskussionsveranstaltung des Deutschen Helsinki-Menschenrechtskomitees in Bonn über seine Erfahrungen mit sowjetischen Menschenrechtsverletzungen berichtete, wies darauf hin, daß die

Moskauer Führung im jetzt abgelaufenen Jahr 17 der 830 politischen Häftlinge freigelassen habe. Diese Zahlen belegen, daß von einer echten Verbesserung nicht die Rede sein kann. Wenn die kritisierten Staaten Entspannung wirklich ernst nehmen, dürfen sie ihren Bürgern auch das Recht nicht streitig machen, die Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land zu überwachen.
Unsere Aufgabe ist es, die Regierungen aus ihrer Verantwortung für die Menschenrechte nicht zu entlassen. Immerhin konnte 1985 bei der KSZE-Folgekonferenz in Ottawa - zehn Jahre nach Zeichnung der Helsinki-Schlußakte - der westliche Standpunkt gegenüber den Teilnehmerstaaten aus dem Warschauer Pakt durchgesetzt werden, daß Kritik an der Menschenrechtspraxis anderer Staaten keine Einmischung in deren innere Angelegenheit bedeutet.
Bedingung für eine erfolgreiche Menschenrechtspolitik ist die eigene Glaubwürdigkeit nach innen und außen. Die Bundesregierung ist deshalb aufgerufen, selbst praktische Schritte im Dienste der Menschenrechte zu unternehmen. Dazu gehören Zeichnung und Ratifizierung aller internationalen Rechtsinstrumente zur Abschaffung von Folter und Todesstrafe. Der Bundestag hat hier das Seine getan, indem er die Regierung vor fast zwei Jahren einstimmig dazu aufgefordert hat, die Folterkonvention des Europarates zuzustimmen.
Gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland sollten aufgrund unserer eigenen geschichtlichen Erfahrung besonders sensibel gegenüber jeglicher Menschenrechtsverletzung sein, auch wenn die Menschenrechte bei uns nicht nur von der Verfassung garantiert, sondern selbstverständliche Wirklichkeit geworden sind.
Erfolge werden sich nicht gleich morgen einstellen. Aber wiederholtes Mahnen, der ständige Zeigefinger in der Wunde, kann auf die Dauer den notwendigen Fortschritt bringen, der dann auch ein solides Fundament für eine internationale Entspannung schafft.



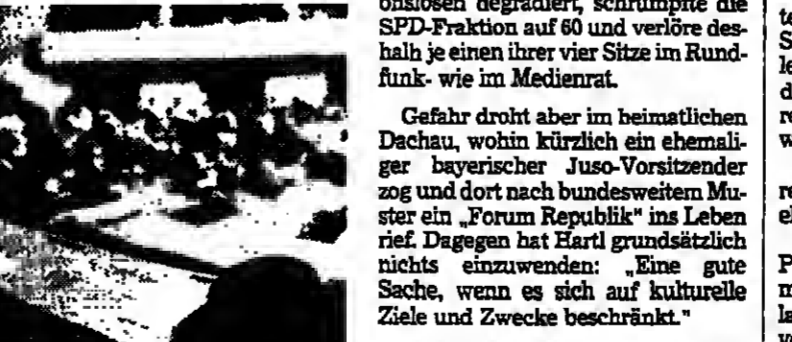
Annemarie Renger (SPD) ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Als einziger SPD-Abgeordneter mit Jancker und Hut zur konstituierenden Sitzung

Hans Hartl

des dortigen Unterbezirks boxte, die zwar von einigen Genossen mit dem Wort „Machtübernahme“ umschrieben wurden, die aber sehr ähnlich jenen waren, mit denen ein Jahrzehnt zuvor wilde Linke die Münchner SPD sich geküßelt gemacht hatten. Schon nach kurzer Zeit brachte Hartl 15 der 17 Ortsvereine des Dachauer Unter-

bezirks auf seine Seite, während einige altgediente Sozialdemokraten der Partei enttäuscht den Rücken kehrten.
Ersten Ärger bekam er aber erst, als er mit seiner mindestens eine halbe Million Mark teuren Zweitstimmen-Kampagne die SPD in den Ruch brachte, bei ihr sei es möglich, sich ein Mandat zu erkauften. Es wurden Parteijordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet, doch als Hartl zehn Tage nach der Bayernwahl als einziger SPD-Abgeordneter in korrekter Tracht mit schwarzen Stiefeln, roter Weste und dunklem, mit Silberbleim geschmücktem Wams zur konstituierenden Landtagssitzung erschien, war er kaum mehr gefährdet. Würde er ausgeschlossen und zum Fraktionslosen degradiert, schrumpfte die SPD-Fraktion auf 60 und verlor deshalb einen ihrer vier Sitze im Bundfunk-wie im Medienrat.
Gefahr droht aber im heimatischen Dachau, wohin kürzlich ein ehemaliger bayerischer Justizminister zog und dort nach bundesweitem Muster ein „Forum Republik“ ins Leben rief. Dagegen hat Hartl grundsätzlich nichts einzuwenden: „Eine gute Sache, wenn es sich auf kulturelle Ziele und Zwecke beschränkt.“
Doch Hartl glaubt, berechtigten Anlaß zu Argwohn gegen das Dachauer Forum zu haben. Denn erstens wurde sein Vorstand von der Gründung nicht informiert und zweitens gab sich das Forum eine eindeutige politische Satzung. Um die „Verdeutlichung sozialdemokratischen Denkens und Wollens in Stadt und Landkreis“ werde man sich ebenso kümmern wie um „grundsätzliche und aktuelle Politik“. Zugleich wurden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitsmarktforschung, Umwelt und Kom-munales gebildet. Hartl: „Das ist eine Partei neben der Partei.“



Als einziger SPD-Abgeordneter mit Jancker und Hut zur konstituierenden Sitzung: Hans Hartl

Reform-Rückzieher Chiracs trägt Spannung in das Regierungsbündnis

Nene Phase im Verhältnis des Premiers zu Mitterrand / Nachdenken bei Parteien und Studenten

PETER RUGE, Paris
Die 5. Republik macht sich daran, die Scherben aufzuräumen, die die schweren Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizeikräften dem französischen Staat zugefügt haben.
Die Geste von Staatspräsident François Mitterrand, der Familie des bei den Unruhen im Quartier Latin zu Tode gekommenen Studenten Malik Ousseine das Beileid der Nation auszusprechen, hat die Frage laut werden lassen: War das alles nötig, mußte erst ein Toter zu beklagen sein, bis die Regierung Chirac zum Einlenken bereit war?

Statt Protestmarsch der Neubeginn eines Dialogs

Diese Nachdenklichkeit ist allorts zu beobachten - bei der Staatsführung, den Studenten, den Parteien und Gewerkschaften. Erstes Ergebnis: Dem für heute angesetzten Generalstreik haben alle Arbeitnehmerorganisationen bis auf die kommunistische CGT ihre Unterstützung entzogen; sie halten einen landesweiten Protest nach Rücknahme des Hochschulplans „Devaquet“ durch die Regierung für überflüssig.
Die Parteien bewerten die Vorgänge unterschiedlich. Während der Generalsekretär der Gaullisten, Jacques Toubon, die „Rückkehr zur Ruhe“

begrüßt, sieht der Koalitionspartner, die UDF, eher den „Neuanfang des Dialogs mit den Studenten“.
Erstaunlich ist die moderate Haltung der Sozialisten. Der erste Sekretär, Lionel Jospin, zollt dem Entschluß von Jacques Chirac Respekt, findet aber, daß die Entscheidung „zu spät“ fiel. Allein die Kommunisten sprechen vom „Sieg der Straße“, dem sich diese hungerliche Regierung zu beugen hatte.

Aufkommende Siegesfreude bei den Studenten hat stiller Trauer Platz gemacht. Der Zug der etwa 30 000 Jugendlichen durch Paris, der sich nach der Regierungsverlautbarung bildete, führte von der Sorbonne zur Bastille ohne Zwischenfälle. Das läßt hoffen, daß der für heute angesetzte „Gedenkmarsch“ für den toten 23-jährigen Studenten ähnlich diszipliniert abläuft.

Die studentischen Vertretungen hatten sich auf das Entscheidende von den Straßenschlachten distanzieren, die am Wochenende die Republik an den Rand eines inneren Notstandes gebracht hatten.

Diese Besinnung auf der studentischen Seite kann den jetzt begonnene Dialog mit der Regierung erleichtern. Für Chirac dürfte dabei alles davon abhängen, wie schnell er und seine angeschlagene Mannschaft das Vertrauen zurückgewinnen. Der inzwischen vom Staatspräsidenten an-

genommene Rücktritt von Hochschulminister Devaquet ist ein Opfer. Wie lassen sich die anderen Blessuren heilen? Innerhalb des bürgerlichen Regierungsbündnisses traten deutliche Spannungen auf.

Das Verhältnis Chiracs zu Mitterrand ist in eine neue Phase getreten. Der Staatspräsident rechnet es sich an, den Regierungschef zur Rücknahme der umstrittenen Hochschulreform, veranlaßt zu haben.

Für behutsames eher denn forsches Vorgehen

Bei der UDF, dem liberal-christlichen Partner der Gaullisten, ist der Einfluß der Gruppe um François Létourneau deutlich zu Tage getreten. Der Generalsekretär der Giscardisten, der im Kabinett das Amt des Kulturministers ausübt, war zusammen mit drei anderen Ministern seit Freitag bei Jacques Chirac vorstellig geworden, um eine Änderung des Kurses zu erreichen. Chirac riskierte es also, zwischen mehreren Fronten zu geraten.

Die Lektion, die die Regierung aus den Studenten-Unruhen der letzten Tage ziehen dürfte: Statt forschem Vorgehen beim Reformkurs, wie dies die bürgerlichen Parteien während der ersten acht Monate nach dem Machtwechsel praktizierten, ist mehr Bedachtsamkeit angebracht.

Freilassung inhaftierter Kinder gefordert

M. G./DW, Johannesburg

Die christlichen Kirchen in der südafrikanischen Provinz Natal haben in ihrer Weihnachtsbotschaft an die Kinder erinnert, die aufgrund der Notstandsgesetze im Gefängnis sitzen.

Zum Weihnachtsfest würden es möglicherweise fast 500 sein, hieß es gestern in einer gemeinsamen Erklärung der katholischen, lutherischen, anglikanischen und vier anderer Kirchen. Vergessen werden könne auch nicht, daß in den Wohngebieten der Schwarzen Tausende von Soldaten stationiert und daß die Presse, Versammlungs- und Meinungsfreiheit stark beeinträchtigt seien.

Die amerikanische Regierung hat die Inhaftierung der Kinder als „abscheulich“ bezeichnet. Der Ausnahmestand sei ohnehin eine massive Verletzung der Menschenrechte, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums.

Sind es 256 oder 1700?

Der neue südafrikanische Polizeiminister Adriaan Vlok gab die Zahl der inhaftierten Kinder mit 256 an, gestaffelt nach Alter: ein Elfjähriger, sechs Zwölfjährige, 21 Dreizehnjährige, 88 Vierzehnjährige und 140 im Alter von 15 Jahren. Dagegen nennt die Frauenvereinigung „Black Sash“

eine Zahl zwischen 1600 und 1700 Kindern.

„Black Sash“-Sprecherin Ethel Walt fordert die Freilassung der inhaftierten Kinder und weist darauf hin, daß der frühere Polizeiminister Louis le Grange schon im Februar im Parlament deren Zahl mit 2016 angab.

Sowohl „Black Sash“ als auch die Sprecherin der Opposition für Recht und Ordnung und Abgeordnete der Progressiven Föderalen Partei, Helen Suzman, führen die unterschiedlichen Zahlenangaben darauf zurück, daß die Polizei Angaben über verhaftete Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren verweigert.

Viele Kinder sind nach Ansicht von Frau Walt verhaftet worden, weil sie „zur falschen Zeit am falschen Ort“ waren. Als Beispiel führt sie die Verhaftung von zwei Kindern an, die eine Gruppe randalierender Jugendlicher beobachteten. Als die Polizei kam, liefen diese davon. Die Kleinen, die die Situation nicht begriffen hätten, seien von den Beamten festgenommen worden.

„Black Sash“ bezieht die Polizei auch der Sippenhaft. Sie suche in einzelnen Familien jugendliche Aktivisten, die sich jedoch im Untergrund aufhielten. An ihrer Stelle habe man Geschwister festgenommen.
Ein Solidaritätskomitee der Eltern

Inhaftierter bezieht die südafrikanischen Behörden des Mißbrauchs und der Folter der jungen Gefangenen. In anderen Vorwürfen hieß es, sie seien mit Kriminellen in einer Zelle eingesperrt.

Als „Schutzschild“ benutzt

Frau Suzmann sagte dagegen der WELT, die Kinder würden getrennt von kriminellen und erwachsenen politischen Häftlingen gehalten. Sie habe sich bei einem Besuch in einem Gefängnis im vergangenen Jahr selbst davon überzeugen können. Die Kinder seien verhaftet worden, weil sie sich an Brandstiftung, Zerstörung öffentlicher Verkehrsmittel und dergleichen beteiligt hätten. Sie forderte, die Kinder endlich vor ein ordentliches Gericht zu stellen und sie nicht länger in Haft zu halten.

In der Tat werden Kinder bei Demonstrationen von deren Anführern oft als „Schutzschild“ in die vorderste Reihe gestellt. Sie sind leicht beeinflussbar und können in vielen Fällen nicht die Tragweite ihres Handelns übersehen. Einigen der inhaftierten Jugendlichen wird vorgeworfen, sich auch an den „Halsband-Morden“ (mit Benzin gefüllte Autoreifen werden über Brust und Knie gezogen und dann angezündet) beteiligt zu haben.

Unruhen im Westjordanland weiten sich aus

lav, Jerusalem

Fünf Palästinenser wurden bisher bei den seit einer Woche anhaltenden Unruhen im Westjordanland getötet. Ausgelöst worden waren sie durch eine Demonstration palästinensischer Studenten an der Universität von Bir Zeit.

Das jüngste Opfer war ein zwölfjähriges Kind: Beobachter schließen nicht aus, daß die PLO über dessen Tod falsche Angaben machte. Der Junge geriet in eine Auseinandersetzung in der Nähe des Flüchtlingslagers von Balata bei Nablus. Später stellte sich heraus, daß der verletzte Junge noch vor Beginn der Schießerei in das Krankenhaus von Nablus eingeliefert worden war.

Die Unruhen haben sich inzwischen über einen großen Teil des Mittelssektors im Westjordanland - von Nablus südwärts bis Jerusalem - ausgebreitet. Einige Zwischenfälle gab es aber auch in Betlehem und in Gaza. Es hat den Anschein, daß die Unruhen zentral gesteuert werden; „Jeder Zusammenstoß bringt uns politischen Gewinn“, sagte dazu ein Demonstrant.

Dies zeigte sich, als der Weltseherheitrat Israel wegen der Unruhen mit 14 Stimmen und einer Stimmenthaltung verurteilte. Israel hatte mit einem amerikanischen Veto gerechnet; dies blieb aus.

Die amtliche israelische Reaktion war: „Die Resolution hat uns nicht überrascht. Der Sicherheitsrat hat nie etwas zum Frieden in unserer Region beigetragen und tut es auch jetzt nicht.“ Dem israelischen Außenministerium ist jedoch klar, daß Jerusalem eine politische Niederlage erlitten hat.

Ausgelöst worden waren die Unruhen vor einer Woche durch den Tod von zwei Studenten der palästinensischen Universität Bir Zeit, die nach einem Angriff auf israelische Soldaten die Flucht ergriffen hatten. Sie blieben auch nicht stehen, als israelische Truppen Warnschüsse abgaben. Deren Vorgehen wiederum war die Reaktion auf Ausschreitungen in der Jerusalemer Altstadt, die mit der Ermordung eines jüdischen Passanten begonnen hatten. Die israelische Regierung beschloß, die Politik der starken Hand fortzusetzen, „um Ruhe und Sicherheit für Araber wie auch für Juden zu gewährleisten“.

Im Mittelpunkt der jetzigen Unruhen steht - wie schon oft - die Universität Bir Zeit. Einer ihrer Sprecher, der Lektor Asmi Bishara, gab in einem Fernseh-Interview offen zu, die Motive der Studenten seien politisch. „Wir kämpfen gegen die Okkupation. Unsere Universität ist ein Teil des Kampfes gegen die Besetzung...“ Wir werden unsere Demonstrationen weiterführen, bis die Okkupation zu Ende ist.“ Und fügte hinzu: „Ich bin gegen den Gebrauch von Gewalt.“

Die PLO fällt wieder Fuß in Libanon. Wird es zu einem zweiten Libanon-Feldzug kommen?
Peres: Nein. Es gibt einen großen Unterschied zur Situation von 1982. Die PLO stößt heute in ganz Libanon auf heftige Opposition lokaler Kräfte.
Glauben Sie, daß Syriens Präsident Assad direkt in den internationalen Terror verstrickt ist?
Peres: Wenn es sich nur um eine ver-

Peres: Wir müssen eine internationale Methode der Terrorbekämpfung finden

Israel spielt, wie die iranisch-amerikanischen Affäre zeigt, in der internationalen Politik eine immer stärkere Rolle. Im WELT-Interview nimmt Außenminister Shimon Peres dazu Stellung. Mit ihm sprach Jürgen Liminski.

Herr Außenminister, können Sie die Beziehungen zwischen Israel und Iran beschreiben?

Peres: Wir haben keine.

Aber Sie haben Kontakte?
Peres: Das ist etwas anderes. Es gibt Privatreue, die Kontakte mit Iranern unterhalten. Bei unserer Hilfe für Washington haben wir uns von einem strategischen und einem humanitären Motiv leiten lassen. Schließlich sind auch drei Geiseln befreit worden. Ich schäme mich nicht dieser Hilfe. Wir haben es weder für Geld noch sonst einen Gewinn getan. Geld von unserer Seite überhaupt nicht im Spiel. Wir haben geholfen, weil man uns darum bat.

Hilft Ihnen der Beistand bei Ihren Beziehungen mit Amerika oder erweist er sich als Störfaktor?

Peres: Ich sehe keinen Grund für eine Störung. In den Augen Amerikas sind wir ein „enger Nicht-NATO-Verbündeter“ (Non-NATO Major Ally). Wenn sich der Staub erst einmal gelegt hat, wird Israel als Gewinner dastehen.

Nicht wenig Politiker sind insgesamt an einer Fortsetzung des Verschiebungsprozesses interessiert. Können Sie uns etwas Menschliches über diesen Krieg sagen?

Peres: Dies ist menschlich und militärisch gesehen der teuerste Krieg in der Geschichte des Vorderen Orients. Eine Million Verwundete, Hunderttausende von Toten und Schäden in Höhe von 45 Milliarden Dollar. Beide Armeen sind gut im Graben, schwach in der Bewegung. Jede kann ihr Land verteidigen, keiner gelingt es, die Linien des Gegners zu durchbrechen. Die Entscheidung wird wahrscheinlich nicht an der Front fallen. Sie hängt von der internen Entwicklung in beiden Ländern ab. Schließlich handelt es sich ja auch nicht um eine rein militärische Auseinandersetzung, sondern um eine ideologische. Hier spielt Khomeini die Hauptrolle. Er ist Reaktionär und sehr gefährlich. Gewinn seine Ideologie die Oberhand, wird es problematisch für den ganzen Nahen Osten und gefährlich für viele arabische Länder.

Liegt das an Israel oder an den Europäern?

Peres: An uns liegt es nicht. Man sollte dabei bedenken, daß die verschiedenen Sicherheitsorganisationen in einer Zeit mit anderen Fragen und Problemen entstanden sind. Die NATO zum Beispiel war eine Antwort auf eine ganz bestimmte Bedrohung. Aber sie ist keine geeignete Organisation zur Bekämpfung des Terrors. Sie werden heute über-

einzelte Terroraktion handeln würde, könnte Assad behaupten, dies sei ohne sein Wissen geschehen. Aber die Vorfälle häufen sich. London, Berlin, vielleicht auch noch an anderen Plätzen. Es ist nur schwer vorstellbar, daß alle diese Aktionen ohne seinen Befehl oder Zustimmung erfolgt sind. Ich bin überzeugt, er wußte alles.

Was halten Sie von der deutschen Reaktion?

Peres: Mir gefällt die britische. Ich glaube, daß Assad jetzt erkennt, daß er einen hohen Preis für seine Taten zahlen muß. Er wollte den Terror steuern wie ein Boot, vorne die Täter, hinten, unerkannt, der Steuerermann. Aber jetzt ist das ganze Boot im Blick.

Was schlagen Sie vor zur Bekämpfung des Terrorismus?

Peres: Dem internationalen Terrorismus ist nur auf internationaler Ebene beizukommen. Wir stehen hier erst am Anfang. Die Völkergemeinschaft muß sich organisieren. Sanktionen, vor allem wirtschaftlicher Druck, sind ein Ansatz. Terrori-



Shimon Peres

sten brauchen Geld. Wo kommen ihre Hunderte von Millionen Dollar her? Dieser Geldstrom muß gestoppt werden. Mit wirtschaftlichen oder anderen Mitteln. Hauptsache, man findet zu einer Methode.

Arbeiten Sie mit den Europäern zusammen?

Peres: Wir arbeiten mit allen zusammen, die daran interessiert sind.

Wie sieht das konkret aus?

Peres: Bisher eher bescheiden, vorwiegend auf Interpol-Ebene. Ich halte das nicht für ausreichend.

Liegt das an Israel oder an den Europäern?

Peres: An uns liegt es nicht. Man sollte dabei bedenken, daß die verschiedenen Sicherheitsorganisationen in einer Zeit mit anderen Fragen und Problemen entstanden sind. Die NATO zum Beispiel war eine Antwort auf eine ganz bestimmte Bedrohung. Aber sie ist keine geeignete Organisation zur Bekämpfung des Terrors. Sie werden heute über-

haupt keine internationale Organisation finden, die auf die Bekämpfung des Terrorismus spezialisiert ist. Deshalb ist es heute unbedingt notwendig, eine zusammenhängende internationale Organisation zu schaffen, die sich speziell mit diesem Problem befaßt.

Dürfen wir eine Frage zu Waldheim stellen?

Peres: Wollen Sie alle Konfliktstoffe in einem Interview behandeln? Ich möchte dazu nicht Stellung nehmen.

Zurück zum Terror: Es sieht so aus, als ob die PLO und andere Gruppen auf Zypern eine neue Infrastruktur aufbauen. Wie kann Israel darauf reagieren?

Peres: Noch einmal: Der Terrorismus ist nicht nur eine Aufgabe für Israel. Wir müssen eine internationale Antwort finden. Es gibt heute vier Länder, die den Terror unterstützen, Libyen, Syrien, Iran und Irak. Irak entwickelt sich zu einem sicheren Hafen für den PLO-Terror. Ich schlage nicht vor, daß wir diesen Ländern jetzt den Krieg erklären müssen. Aber wie der Fall Syrien zeigt, kann man sie auch mit anderen Mitteln beeindrucken. Wirtschaftssanktionen, Handelsboykott. Wenn sie unseren Luftverkehr gefährden, dann sollen sie selber nicht fliegen. Ganz einfach. Oder diplomatische Beziehungen und diplomatische Kuriers, auch hier läßt sich eine Menge tun. Militärische Gewalt muß nicht am Anfang stehen.

Wie steht es um die Normalisierungsbemühungen mit Moskau?

Peres: Man kann noch nicht von einer politischen Wende sprechen. Ihre Bereitschaft, zuzuhören, ist gestiegen, eine Wende ist das nicht. Was tun Sie, um Moskau zu dieser Wende zu bewegen?

Peres: Nun, Sie sind ein bißchen größer als wir, wir sind bereit, über die drei großen Themen - Juden in Rußland, Lage in Nahost und diplomatische Beziehungen - zu sprechen und zu verhandeln.

Sie haben für das kommende Jahr eine Welle von Initiativen angekündigt. Können Sie uns schon einige Details verraten?

Peres: Es gibt heute drei Länder, die bereit sind, im Rahmen einer internationalen Konferenz direkt mit uns zu verhandeln: Ägypten, Jordanien und Marokko. In vielen Fragen sind wir uns bereits einig. Offen ist noch, wer die Palästinenser repräsentieren soll, wer sonst noch an dieser Konferenz teilnehmen und wie lange diese dauern soll. Während der Konferenz werden wir in geographisch unterteilten Gruppen unabhängig voneinander Gespräche aufnehmen. Die Konferenz wird weder eine Lösung erzwingen, noch bereits getroffene Abkommen hinfällig machen.

Das läuft auf die berühmten direkten Kontakte hinaus?

Peres: Ja.

Wissen Sie, was Bauherren und Käufer vieler Eigenheime gemeinsam haben?

Das solide Fundament ihrer Finanzierung durch eine Hypothek unserer Bank

Unsere Hypothekendarlehen empfehlen wir, die derzeit günstigen Zinsen für einen längeren Zeitraum, z. B. zehn Jahre, fest zu vereinbaren. Das schützt vor höheren Belastungen während dieser Zeit. Niedrige Tilgungsraten von 1% jährlich halten die monatlichen Aufwendungen gering.

DePfa-Hypotheken

Denn unsere Hypothekendarlehen laufen in der Regel bis zu ca. 30 Jahren. Durch unbürokratische Abwicklung versuchen wir stets, die Zusammenarbeit mit unserer Bank so leicht und angenehm wie möglich zu machen. Sie sollten das einmal ausprobieren, wenn Sie jetzt bauen, kaufen oder modernisieren wollen.

Deutsche Pfandbriefanstalt
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15
6200 Wiesbaden, Tel. (0 61 21) 34 80
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Sachkundige?

Sehr geehrte Damen und Herren, in seinem Beitrag schildert Uwe Bahusen die Ergebnisse einer evangelischen Landessynode, die meint, man müsse sich auf die Dauer von Techniken trennen, die dem Auftrag Gottes zur Bewahrung der Schöpfung widersprechen.

Sicherlich richtig, aber - da dies gegen die Kernkraft gezielt war - hat der auf der Synode geballte vorhandene Sachverstand auch bedacht, wie gefährlich unsere Welt ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie werden wird?

Wo ist denn verbrieft, daß diese friedliche Nutzung „einen schöpfungsfreundlichen Lebensstil unserer Gesellschaft“ mit sich brächte, nach dem falschen Glaubenssatz, Kernkraftbefürworter seien für Verschwörung?

Beide Fragen sollten einmal mit Christen der Dritten Welt beraten werden statt im nordelbischen oder deutschen Musterlande.

Wer Hunger hat, ist für friedliche Kernenergienutzung. Die weiterhin zu fördern hat die UNO-Vollversammlung am 11. November 1986 einstimmig (!) beschlossen. Warum wohl, ihr nordelbischen Mitchristen?

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Hermann Rosenau,
Darmstadt

Waffenlieferung

„Im Fortschritt“, WELT vom 2. Dezember. Sehr geehrte Damen und Herren, der Kommentar berichtet, daß Kohl (CDU) die von Schmidt (SPD) gemachten Zugeständnisse für Lieferungen von U-Booten an Iran und von Leo-2-Panzern nach Saudi-Arabien rückgängig gemacht habe.

Wer erinnert sich noch daran, daß die Regierung Brandt/Scheel die Lieferung von 5000 Schnellfeuergewehren an die Präsidentskanzlei Allendes nicht etwa an das Verteidigungsministerium - zuließ, also sozusagen Allendes Privatarmee aufrüstete? Allerdings ging die Sache schief. Als die Waffen ankamen, waren bereits seine Gegner an der Macht!

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Larisch,
Dorsten 21

Indoktrination

„Im Namen der Religion gegen die Schulpflicht“, WELT vom 18. November

Sehr geehrte Damen und Herren, die WELT berichtet über einige gläubige christliche Familien im Raum Siegen, die den Mut hatten, ihre Kinder aus der Staatsschule herauszunehmen, weil diese unsere Jugend unter Mißbrauch der Staatsgewalt antichristlich beziehungsweise atheistisch indoktriniert.

Die Überschrift über diesen Bericht ist leider irreführend. Es geht hier nicht „gegen die Schulpflicht“, sondern es geht ganz eindeutig gegen

den Mißbrauch der Schulpflicht durch die Kultusbehörden, die Mißachtung der Verfassung, des Grundgesetzes dieses Staates als „freiheitlicher Rechtsstaat“. Schon in der Präambel zum GG heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“ und in Art. 3.1 ist als Grundrecht garantiert: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Dieses Grundrecht entspricht dem Art. 9 der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte“, die unsere Politiker so gern bei anderen reklamieren!

Wenn das Kultusministerium aber seinen Pflichten, die ihm Grundgesetz und Verfassung auferlegen, nicht folgt, hat es das Recht verwirkt, sich auf die Schulpflicht zu berufen.

Mit freundlichen Grüßen
Eberhard von Löbbecke,
Kronberg

Im Programm

Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem Kurt Biedenkopf die Grünen als die Partei bezeichnete, die die richtigen Fragen stellt beziehungsweise stellt, ist sicherlich an ihn die Frage zu stellen: Hat er das Grünen-Programm zur Bundestagswahl 1987 eigentlich gelesen?

Wenn ja, dann ist es doch sehr erstaunlich, daß er in seinem Interview mit keinem Wort darauf eingeht. Dies fordert eine zweite Frage heraus: Hält er das Grünen-Programm, ähnlich wie der Großteil der grün wählenden Wohlstandsbürger, für harmlos, bloß interessant-frechen Verbalradikalismus?

Wir Deutschen haben es bitter büßen müssen, schon einmal ein Parteiprogramm entweder nicht gelesen oder auf die leichte Schülter genommen zu haben. Das darf uns nicht noch einmal passieren! Die Geschichte verpflichtet uns, Programme deutscher radikaler Parteien bis zum letzten Komma ernstzunehmen. Und dann handelt es sich bei den Grünen eindeutig um eine räterepublikanisch, anarcho-kommunistische Partei.

Wenn Hans-Jochen Vogel in seinem Grünen-Interview auf die angebliche personelle Diskontinuität der Grünen hinweist, so kann sich dies nur auf die Grünen-Abgeordneten beziehen, nicht jedoch auf die Besetzung der Kader-Positionen, die seit Jahren fest in der Hand ehemaliger K-Gruppen-Funktionäre sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Peter Volkert, MdL, CDU

Wort des Tages

„Wer davon lebt, einen Feind zu bekämpfen, hat ein Interesse daran, daß er am Leben bleibt.“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

Personen

VERANSTALTUNG

Mit einem Empfang im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Leiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Karl Schumacher, zu dessen 60. Geburtstag geehrt. Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hatte schon auf dem „kleinen Parteitag“ am Montag Schumachers Arbeit mit den Worten gewürdigt: „Viele unserer Mitarbeiter im Adenauer-Haus haben ja in diesen Wochen eine besonders starke Belastung zu ertragen. Unser Freund Schumacher gehört ganz gewiß zu denen, die dabei an vorderster Stelle zu nennen sind, wenn man ihn so Tag für Tag drüben erlebt, mit seiner Dynamik und zupackenden Art.“

MILITÄR

Brigadegeneral Hans-Joachim Steindorf, Leiter der Luftwaffeninspektorengruppe im Luftwaffenamt in Porz bei Köln, wird pensioniert. An seine Stelle rückt am 12. April 1987 Oberst Hans-Georg Kresser, Leiter der Stammdienststelle der Luftwaffe in Porz. Pensioniert wird auch Brigadegeneral Arnold Scharkowski, der Kommandeur der Panzerbrigade 33 in Celle. Auf seinen Posten wird am 1. April 1987 Oberst i.G. Hubert Gosech versetzt, der gegenwärtig Lehrgangsteilnehmer am Royal College of Defence Studies in London ist.

EHRUNG

Erstmals sind die mit insgesamt 125 000 Mark dotierten Preise der Stiftung Fritz Winter vergeben worden, mit denen nach dem Willen des 1976 in Herrsching gestorbenen Malers Begabungen auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst gefördert werden sollen. Die fünf Preisträger - Marianne Vater, Friederike Sinn, Ludwig Pauli, Reinhard Preuss und Helmut Sturm - erhielten jeweils 25 000

Mark. Die Auszeichnungen wurden in der Neuen Pinakothek in München überreicht.

*

Die 20jährige Japanerin Yukino Fujiwara und der 27 Jahre alte Brasilianer José Carlos Cocarelli teilen sich den mit 100 000 Franc dotierten ersten Preis im 21. Internationalen Klavierwettbewerb Marguerite Long-Jacques Thibaud in Paris. Der mit 20 000 Franc dotierte dritte Preis sowie ein Spezialpreis für die beste Interpretation eines zeitgenössischen Werkes gingen an Vesselin Stanew aus Bulgarien.

GRÜNDUNG

Wohnungsbauminister Oscar Schneider will am Freitag den „wissenschaftlichen Beirat“ gründen, der dem zukünftigen „Haus der Geschichte“ in Bonn durch den Sachverstand einer ausgewählten Gruppe von Historikern Gestaltung und Gesicht gibt. Der Beirat wird sich im Wohnungsbauministerium in Bad Godesberg konstituieren. Eingeladen von Schneider und dem Vorsitzenden des Gründungsdirektoriums, dem Professor für Neuere Geschichte in Frankfurt am Main Lothar Gall, wurden unter anderem die Professoren Arnulf Baring von der Freien Universität Berlin, der Bonner Historiker Karl-Dietrich Brauer, der Kölner Historiker Hans-Peter Schwarz, der Bochumer Historiker Hans Mommsen, der Generaldirektor der Kölner Museen Professor Hugo Borger und Professor Rüdiger Morsey von der Verwaltungsakademie in Speyer. Bundeskanzler Helmut Kohl wird die Professoren anschließend zu einem Essen bitten, da der Kanzler der Gestaltung des Hauses ein besonderes Interesse entgegenbringt. Das „Haus der Geschichte“ soll rund 110 Millionen Mark kosten. Es entsteht gegenüber der zukünftigen Bonner Kunsthalle im Bereich der B 9.

RWE UMWELT-BILANZ 1986 TEIL 35



SONNENREIFE

oder: Ist die Solarenergie schon reif für die wirtschaftliche Nutzung?

Seit mehr als 10 Jahren betreut und fördert das RWE eine ganze Reihe von Vorhaben zur Nutzung der Sonnenenergie: Wir entwickeln und erproben Sonnenkollektoren, Energieabsorber und Wärmepumpen. Wir unterstützen Projekte zur Stromerzeugung mit Solarzellen und solarthermischen Kraftwerken. Unsere Aktivitäten sind breit angelegt: Von Grundlagenentwicklungen bis hin zum Bau und Betrieb von Anlagen.

Erste Erfolge
Begonnen hat es 1969 - also schon lange vor der ersten Ölkrise - mit der Entwicklung der Bivalenten-Wärmepumpen-Heizung. Diese Wärmepumpe nutzt die Energie der Sonne, die in der Luft, im Wasser oder im Erdreich gespeichert ist. Im Jahr 1976 stellte das RWE mit dem „Energiedach“ den ersten Absorber vor, der sowohl die direkte Sonnenstrahlung als auch die Umgebungswärme nutzen kann. Beim „Solarhaus Essen“, an dem ebenfalls das RWE beteiligt ist, werden mit „Sonnenhilfe“ Heizwärme und Warmwasser erzeugt.

Die Kombination von Sonnenkollektoren auf dem Dach mit einer Wärmepumpe macht dies möglich. Und auch die bislang größte Solarversuchsanlage Europas mit 1.500 m² Kollektorfläche zur Beheizung eines Freibades und einer Sporthalle in Wiehl wurde vom RWE geplant, errichtet und betreut.

Wärmepumpen, Absorber, Sonnenkollektoren helfen also selbst in unseren Breiten, Energie zu sparen - wenn auch bis heute nur in begrenztem Umfang.

Strom aus der Sonne

Ein Wunschtraum der Solartechniker ist es, in großem Stil das Sonnenlicht direkt durch den photovoltaischen Effekt in Elektrizität umzuwandeln. Hierfür plant das RWE zusammen mit einigen Beteiligungsgesellschaften den Bau einer großen Photovoltaikanlage. Auf einer Fläche von 30.000 m² sollen nicht nur neue Solarzellentypen höherer Wirkungsgrade getestet werden. Man erwartet auch Fortschritte bei der Ankopplung der Solaranlage an das öffentliche Stromnetz.

Chancen sichern

Die direkte Umwandlung von Sonnenenergie in Strom ist von der wirtschaftlichen Reife noch weit entfernt. Wir bemühen uns aber schon heute, die Chancen zu sichern, die sie uns morgen bieten könnte.

Wenn Sie an weiteren Informationen zum Thema „Umweltschutz im und am Kraftwerk“ interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Sie erhalten dann kostenlos die Broschüre: RWE-Umwelt-Bilanz.

RWE

Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
Kruppstraße 5, 4300 Essen

SPORTPOLITIK

Erika Dienstl in der Spur von Neckermann

sid, Frankfurt Nach der Übernahme der Vizepräsidentenschaft im Deutschen Sportbund (DSB) 1982 und der Präsidentenschaft im Deutschen Fechter-Bund (DFeB) 1988 ist Erika Dienstl (56) in die Spur Josef Neckermanns getreten. Auf der 72. Sitzung des Vorstandes der Stiftung Deutsche Sporthilfe in Frankfurt wurde sie nach dem Ausscheiden von Hans Gmelin zur Stellvertretenden Vorsitzenden berufen und steht nun zusammen mit Hans Friderichs und Claus Heß hinter Neckermann. Der tritt nach einstimmiger Wiederwahl als Vorsitzender am 1. Januar 1987 seine sechste Amtsperiode seit der Sporthilfe-Gründung 1967 an.

Die enge Verzahnung von DSB und dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland (NOK) wird in dem Geschäftsführenden Vorstand der Sporthilfe besonders deutlich. Zwei Stellvertreter Neckermanns, der vom DSB zum sechstenmal in den Sporthilfe-Vorstand delegiert worden war, sind zugleich Stellvertretende Vorsitzende im DSB (Erika Dienstl) und im NOK (Claus Heß). Dieter Graf Landsberg-Velen als ein neues Vorstandsmitglied der Stiftung ist wie Erika Dienstl DSB-Vizepräsident.

Hans Gmelin, der schon anlässlich seines 75. Geburtstages am 17. Oktober von der Sporthilfe besonders geehrt worden ist, wirkte zwölf Jahre in der Stiftungsführung, die aus fünfzehn Persönlichkeiten besteht, von denen Neckermann, Dr. Friderichs, Dr. Heß, Erika Dienstl und der wiedergewählte Schatzmeister Egon Wüstenhöfer den Geschäftsführenden Vorstand bilden.

Neu im Gesamtvorstand ist auch der frühere Handball-Nationaltrainer Hans-Jürgen Hinrichs (Daimler-Benz), der seinen Kollegen Helmut Schmidt ablöst. Nach einer Satzungsänderung, die allerdings noch der Zustimmung der Stiftungsbehörden des Bundes bedarf, soll der Gutachterausschuß der Stiftung von sechs auf acht Fachleute aufgestockt werden, um die Belastungen dieser Kommission auf noch mehr Schultern zu verteilen.

Der Haushaltsplan 1987 sieht Förderungsmaßnahmen einschließlich Jugend trainiert für Olympia in Höhe von 18,5 Millionen Mark vor.

STANDPUNKT / Langlauf und Langlauf

Was Insider in Sachen Skilanglauf innerhalb des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) schon lange vorhergesagt hatten, ist endgültig: Bundestrainer Lars-Erik Eriksen (31) wird seinen Brötchengeber spätestens nach den Nordischen Skiweltmeisterschaften in Oberstdorf verlassen. Die Ehe des Norwegers mit dem DSV war eigentlich schon zum Scheitern verurteilt, als er sein Amt antrat. Rasch mußte der Staffellanglaufmeister von 1982 erkennen, daß hier andere Verhältnisse herrschen als in seiner Heimat.

Da war einmal die dünne Decke wirklicher Talente, da war aber auch die Tatsache, daß sich seine Schützlinge nicht so hart plagen wollten, wie er es im norwegischen Skiver-

band tun mußte, um zur Weltspitze vorzustoßen. 600 Trainingsstunden und 2500 Trainingskilometer auf Schnee sind das untere Maß, um sich in der internationalen Langlaufelite behaupten zu können. Als Eriksen dieses Ziel durchsetzen wollte, fand er außer Jochen Behle offensichtlich keine Gefolgsleute mehr. „Nur wenige sind zu einer hohen Trainingsfrequenz bereit“, kritisierte Eriksen, der auch den großen Leistungsunterschied zwischen seinem Star Behle und den anderen moniert.

Nun ist der Norweger alles andere als ein bequemer Mann. Ständige Querelen mit dem norwegischen Ski-Verband waren bekannt, noch ehe er kurz vor dem letzten Winter seinen Job beim DSV antrat. Dazu verur-

sachte er seinem Arbeitgeber zusätzliche Kosten, weil er seinen Wohnsitz nicht nach Deutschland verlegte. Die Aktiven mußten manchmal sogar zum Trockentraining in seine Heimat reisen, obwohl man das gleiche Pensum genauso gut - aber billiger - in Deutschland hätte absolvieren können. Die Trennung von Eriksen sollte der DSV zum Anlaß nehmen, in Sachen Langlauf sein System zu überdenken. Denn schließlich hat man bei den Nordisch Kombinierten und auch bei den Springern bewiesen, daß man selbst mit deutschen Trainern an der Weltspitze mithinchen kann. Dazu war aber Geduld notwendig, die man bei den Langläufern im DSV noch nie hatte.

WERNER JUNGE

FUSSBALL / Heute UEFA-Cup-Rückspiele - Braunschweig zögert weiter

Je kleiner die Chance, desto höher die Prämie

sid/dpa, Mönchengladbach Die Kollegen in der Bundesliga haben ihren Urlaub schon vor einigen Tagen angetreten. Die Fußballspieler von Bayer Uerdingen und Borussia Mönchengladbach aber müssen noch Überstunden machen. Möglicherweise verlängern sie noch freiwillig. „Wenn wir das Ding noch umbiegen, bleiben wir bis Freitag in Barcelona und feiern, bis die Wände wackeln“, sagt Uerdingens Kapitän Friedhelm Funkel. Er wird heute 33 Jahre alt und hat angekündigt, gemeinsam mit den Kollegen entsprechend zu feiern, falls wider Erwarten noch das Viertelfinale im UEFA-Cup erreicht wird.

Damit aber rechnet in Uerdingen kaum jemand. „Es ist zwar Weihnachtzeit, aber ich glaube nicht an Wunder“, sagt Trainer Karl-Heinz Feldkamp. Dabei hat gerade seine Mannschaft in der Vergangenheit schon mehrfach für Überraschungen im Fußball-Geschäft gesorgt.

Und Feldkamp ist auch selbst immer wieder für eine Überraschung gut. Nicht nur, daß er überraschend seinen Vertrag in Uerdingen schon zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt kurz nach Saisonbeginn kündigte. Er ließ auch wochenlang Informationen undernennen, wonach er in der nächsten Saison Trainer des 1. FC Köln werden sollte. Die WELT hatte seinen Wechsel zu den Kölnern bereits als feste Tatsache gemeldet. Ein Irrtum: Feldkamp hat kurzfristig bei Eintracht Frankfurt angeheuert, wo er Nachfolger des vorzeitig entlassenen Trainers Dietrich Weise wird. „Die Mannschaft ist in einem guten Alter“, sagte Feldkamp nach den Verhandlungen in Frankfurt, wo er einen Zwei-Jahres-Vertrag erhielt. „Ähnliche Erfolge wie in Uerdingen“ hält Feldkamp künftig auch in Frankfurt für möglich.

Unter Feldkamps Leitung ist das Fußball-Bundesligateam von Bayer Uerdingen zu einer vielbeachteten Mannschaft gereift, die heute abend im Stadion Nou Camp in Barcelona eine letzte Chance hat, sich auch international einen Namen zu machen. Die Voraussetzungen sind allerdings denkbar ungünstig: Uerdingen hat das Hinspiel im eigenen Stadion mit 0:2 verloren und muß in Barcelona mindestens 3:1 oder höher gewinnen, um noch das Viertelfinale zu erreichen. Es muß außerdem ohne Kapitän Matthias Hergert antreten, der normalerweise Libero spielt und die Aktionen seiner Mannschaft auch im Angriff ordnet. Drittes Hindernis ist Barcelonas Torwart Andoni Zubizarreta, der noch in keinem Hinspiel dieser Saison ein Gegentor hinnehmen mußte - seine Mannschaft gewann alle Heimspiele zu Null, die meisten davon mit 1:0.

Sollte das Vorhaben wider Erwarten noch gelingen, erhält jeder Spieler eine Prämie von 9000 Mark - das reicht für die angekündigten zwei ausgelassene Feier-Tage in Barcelona. Nicht einmal die Hälfte der in Uerdingen ausgelobten Prämie können die Kollegen aus Mönchengladbach kassieren, falls ihnen gelingt, was in Uerdingen allenfalls Wunschtraum ist. „Nur“ 4000 Mark hat Mönchengladbachs Manager Helmut Grashoff den Spielern für das Erreichen des Viertelfinales in Aussicht gestellt. Doch auch in der Bundesliga gilt: Lieber 4000 Mark auf dem Konto als 9000 im Kopf. Schließlich sind die Mönchengladbacher Erfolgchancen weit realistischer.

Mit einem 1:1 im Hinspiel bei den Glasgow Rangers wurde eine glänzende Ausgangsbasis geschaffen. 34 000 Zuschauer im bereits seit Tagen ausverkauften Stadion am heimischen Bökelberg werden die Mannschaft lautstark zu Bestleistungen anspornen. Und Nationalspieler Michael Frontzek hat versprochen: „Gegen die Rangers haue wir uns noch mal voll rein. Danach leg ich mich unterm Christbaum.“

Nur Glasgows Spieler-Manager Graham Souness glaubt noch an eine Chance seiner Mannschaft. Dabei stützt er seine Hoffnungen weitgehend auf sich selbst. Nur sieben Wochen nach einer Achillessehnen-Operation will Souness heute abend wieder spielen. „Ich will unbedingt dabei sein, denn die junge Mannschaft muß geführt werden.“ Die endgültige Entscheidung über Souness' Einsatz fällt jedoch erst heute mittig in einem abschließenden Test. Auf keinen Fall spielen wird Ian Durrant, Glasgows Torschütze im Hinspiel.

Aus Eintrittsgeldern, Werbe- und Fernsehrechten nimmt Mönchengladbach rund eine Million Mark ein. Die ARD überträgt das Spiel heute abend live ab 19.30 Uhr.

Eintracht wird noch nicht zum SV Jägermeister

dpa, Braunschweig Die Entscheidung wurde vertagt. Eintracht Braunschweig bleibt zunächst Eintracht Braunschweig und wird nicht in „SV Jägermeister“ umbenannt. Doch die Aktion der Namensänderung scheint nur aufgeschoben. „Ich kann unter den augenblicklichen Umständen den Antrag auf Namensänderung - wie er im November 1983 von den Mitgliedern beschlossen wurde - beim Registergericht nicht stellen. Ich möchte vorher noch andere Möglichkeiten ausloten“, begründete der Vereinspräsident Laus Leiste seinen Schritt. Er will vor allem mit dem Volkswagen-Werk Verhandlungen wegen finanzieller Unterstützung führen.

Der Kooperationsvertrag mit der Wolfenbütteler Likörfabrik „Jägermeister“ würde Eintracht bei einer Umbenennung auch in den nächsten fünf Jahren pro Saison Beträge in Millionenhöhe sichern. Inhaber Günter Mast wird wahrscheinlich sonst nur bis zum 30. Juni 1987 seine bisherigen Verpflichtungen erfüllen. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes hat der DFB aufgrund seiner Satzung keine Handhabe, die Namensänderung zu untersagen.

Dafür hat der Niedersächsische Fußball-Verband Sanktionen angekündigt und will den Verein vom Spielbetrieb ausschließen, wenn aus Eintracht „SV Jägermeister Braunschweig“ wird. „Im Interesse unserer zahlreichen Mannschaften und besonders wegen der vielen Jugendlichen müssen wir auch nach anderen Möglichkeiten suchen, um den Verein nicht zu vernichten“, sagte Leiste.

Bis Ende Januar 1987 will er auch in der Braunschweiger Wirtschaft um Unterstützung bitten. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung soll anschließend eine Entscheidung herbeigeführt werden. „Der Verein befindet sich in einer sehr schwierigen Situation. Er muß nach Wegen suchen, die den Konkurs verhindern“, sagte Günter Mast, der Eintracht Braunschweig während seiner Amtszeit als Präsident in den letzten drei Jahren von fast vier Millionen Mark Verbindlichkeiten aufgrund des Kooperationsvertrages mit seinem Hause bis zum 30. Juni 1986 schuldenfrei machte. Eintracht hat im Augenblick eine Deckungslücke im Haushalt von 759 000 Mark.

SPORT-NACHRICHTEN

Olga Nemes muß gehen

Saarbrücken (sid) - Der Tischtennis-Bundesligaklub ATSV Saarbrücken hat seine Spitzenspielerin Olga Nemes, Nummer fünf der Welttrangliste, aufgefördert, sich in der kommenden Saison einen neuen Verein zu suchen. Manager Georg Rebmann ist unzufrieden mit dem Verhalten der aus Rumänien geflüchteten Spielerin. Er wirft ihr vor, das Training unter Stellan Bengtsson nicht mehr ernst genommen und in anderen Vereinen trainiert zu haben.

Schmid gewählt

Darmstadt (sid) - Hürdenläufer Harald Schmid (Gelnhausen) wurde zum „Leichtathleten des Jahres“ gewählt. Zweiter wurde Zehnkämpfer Jürgen Hingsen.

Platzverweis-Rekord

London (dpa) - In der englischen Nationalliga (92 Vereine in vier Divisionen) sind seit Saisonbeginn bereits 105 Platzverweise ausgesprochen worden, 14 davon in der ersten Division. Im gleichen Zeitraum der vergangenen Saison wurde nur 100 Feldverweise registriert.

Zurbrüggen gesperrt

Bern (sid) - Der Internationale Ski-Verband (FIS) hat gegen Weltmeister Pirmin Zurbrüggen (Schweiz) eine überflüssige Strafe ausgesprochen. Zurbrüggen wurde für den Eu-

ropacup-Super-G in Obereggen gesperrt, weil er entgegen der Vorschrift beim Super-G in Val d'Isère das Ziel durchfahren hatte, obwohl er am 15. Tor ausgeschieden war. Ein Start Zurbrüggens beim Super-G in Obereggen war nie geplant.

Alpen Cup wurde abgesagt

Pontresina (sid) - Der Auftakt der internationalen Biathlon-Saison muß verschoben werden. Wegen Schneemangels wurde der für das Wochenende in Pontresina geplante Alpen Cup abgesagt.

Zakspeed sucht Fahrer

Düsseldorf (sid) - Der deutsche Formel-1-Rennstall Zakspeed ist weiterhin auf der Suche nach Fahrern für die kommende Saison. In Le Castellet werden fünf Fahrer getestet; die beiden Briten Jonathan Palmer und Derek Warwick, der Franzose Philippe Alliot, der Däne Kris Nissen und der deutsche Formel-3-Meister von 1985, Volker Weidler.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 705 207,40 Mark; 2: 100 743,90; 3: 5399,20; 4: 105,00; 5: 8,50. - Totok: Elferwette: 1: 3880,10; 2: 165,50; 3: 15,40. - 6 aus 45: 1: 244 260,60; 2: 40 710,10; 3: 7327,80; 4: 131,10; 5: 10,00. - Rennquittett, Rennen A: 1: 333,70; 2: 59,80. - Rennen B: 1: 99,20; 2: 42,80. - Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 37 708,60. (ohne Gewähr)

GOLF

Tour-Karte für Eckstein

DW, La Manga Seit knapp einem Jahr erst ist der 18jährige Oliver Eckstein (Hannover) Golf-Profi. Jetzt ist er bereits im Begriff, sich einen Weg in die europäische Golf-Elite zu bahnen. Beim Qualifikations-Turnier im spanischen La Manga belegte er unter 238 Teilnehmern Platz 51 und erspielte sich damit die begehrte Tour-Karte, die zur Teilnahme an den wichtigsten europäischen Golf-Turnieren berechtigt.

Jahrelang war der deutsche Golfsport auf dieser Ebene allein durch den Weltklassenspieler Bernhard Langer (Anhausen) vertreten. Jetzt sind erstmals gleich drei Deutsche im Besitz der Tour-Karte. Neben Oliver Eckstein qualifizierte sich auch der Düsseldorfer Hans-Peter Thül (23). Thül hatte sich die Tour-Karte bereits in der letzten Saison erkämpft und war jetzt in La Manga auf Platz 42 bester deutscher Teilnehmer.

Dagegen schieden die beiden anderen Bewerber Frank Adamovic und Antonio Postiglione bereits nach den ersten vier von sechs Qualifikationsrunden aus. Oliver Eckstein wird in der nächsten Saison der jüngste Teilnehmer der Tour sein und hat aufgrund seiner Leistung in La Manga erstmals auch die Chance, zu wichtigen Turnieren nach Übersee eingeladen zu werden.

Ihren neuen Ford bekommen Sie schnell. Den vollen Steuervorteil nur bis zum 31.12.1986.

Die grüne Liste aus Köln

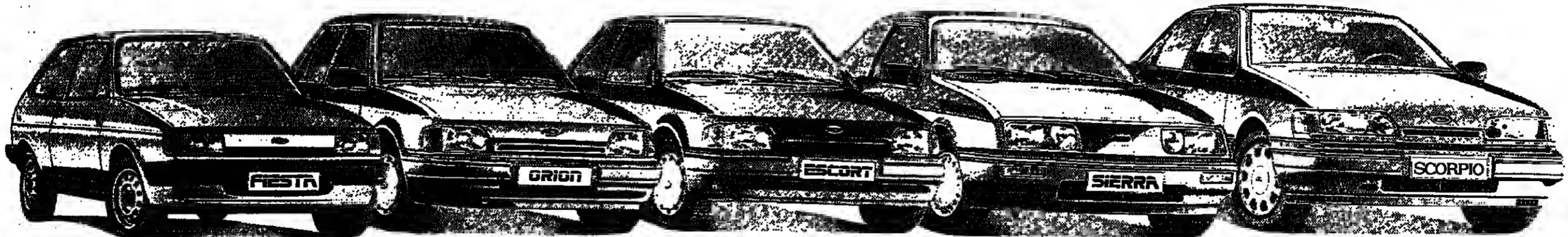
Ford Fiesta mit 1,1-Liter-Motor und ungeregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 750 Mark.
Mit 1,6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Orion mit 1,6-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.
Mit 1,6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Escort mit 1,6-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.
Mit 1,6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Sierra mit 2-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.
Mit 2,3-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Scorpio mit 2-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.
Mit 2,9-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 1650 Mark in 1987.
Mit 2,5-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.



Bei Ford haben Sie die Wahl. Und das gleich unter zwölf verschiedenen Möglichkeiten, noch in den Genuß des vollen Steuervorteils zu kommen. Erfreulicher Nebeneffekt: Die schadstoffarmen Motoren kommen neben

Ihrem Geldbeutel auch der Umwelt zugute. Jedenfalls bekommen Sie bei allen zwölf Alternativen für Ihr gutes Geld ein gutes Auto. Wieviel Sie jetzt bei welchem Auto genau sparen, haben wir über jedes Modell geschrieben.

Und wie gesagt: Ihren Kandidaten sollten Sie noch vor dem 31.12.1986 zugelassen haben.



SOVIEL AUTO BRAUCHT DER MENSCH.

© 1986 Ford Motor Co.

Der Grenzkonflikt löst in Honduras und Nicaragua eine Kriegsreaktion aus

Ortega beschuldigt Reagan, den Konflikt zu schüren / Diplomaten rechnen nicht mit einer Invasion

DW, Nicaragua

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua heizt sich auf. Ein Militärsprecher Managuas berichtet über eine Verletzung des Luftraums - einen Tag nach einem von den Sandinisten gemeldeten Luftangriff auf eine Militärstation und eine Landebahn bei Wiwili im Norden Nicaraguas. An zwei Stellen seien nicht identifizierte Flugzeuge über die Grenze nach Nicaragua eingedrungen, sagte der Befehlshaber der Volksarmee der Region Nord, Javier Carrion.

In einer vom Außenministerium in Managua veröffentlichten Note hieß es, die nicaraguanische Regierung protestiere gegen die „kriminellen und terroristischen“ Akte, bei denen honduranisches Gebiet als Stützpunkt für diese neue Aggression gegen Nicaragua benutzt worden sei.

WERNER THOMAS, Managua

Die nicaraguanischen Truppen haben sich zurückgezogen, berichtet Honduras. Sie hätten „schwere Verluste“ erlitten. Zahlen wurden in Tegucigalpa nicht genannt. Die sandinistische Regierung in Managua bestritt dagegen die Vorwürfe der Grenzverletzung und erhob ihrerseits die Beschuldigung eines feindlichen Luftangriffs auf zwei Ortschaften Nicaraguas. Honduras dementierte. Die Ereignisse an der heißen honduranisch-nicaraguanischen Grenze haben in beiden Hauptstädten eine Kriegsreaktion ausgelöst. Im Mittelpunkt des Konfliktes stehen die

antisandinistischen Contra-Rebellen, die ihre Basislager in dieser Grenzregion auf honduranischem Gebiet unterhalten. Die Schätzungen der Stärke dieser Partisanenarmee reichen von 6000 bis 18 000 Mann. Die Guerillaführer behaupten, die meisten Kämpfer würden in Nicaragua operieren. Die Sandinisten bestreiten das.

Die honduranische Regierung bestätigte bisher nie offiziell die Anwesenheit dieser fremden Soldaten. Sie bedrängte aber die Contras in den letzten Monaten, Honduras zu verlassen und alle Operationen nach Nicaragua zu verlegen. Die Rebellen bestritten jedoch, daß sie dann von der „Sandinistischen Volksarmee“ (EPS), den stärksten Streitkräften Mittelamerikas (120 000 Soldaten und Reservisten), aufgegeben würden.

Die nicaraguanischen Militärs attackieren deshalb den Feind auf dem Boden des nördlichen Nachbarlandes. Honduras reagierte in der Vergangenheit oft zurückhaltend, weil spektakuläre militärische Gegenaktionen an die Contra-Aktivitäten erinnern hätten. Im März verurteilte Präsident Jose Azcona Hoyo aber eine Invasion der Sandinisten und ließ größere Truppenkontingente mit amerikanischen Hubschraubern ins Grenzgebiet transportieren. Die Reagan-Regierung gewährte noch eine militärische Soforthilfe von 20 Millionen Dollar. Als die honduranischen Streitkräfte Ende vergangener Woche dann wieder mehr als 1000 nicaraguanische Soldaten registrier-

ten, fanden erneute Lufttransporte der Amerikaner statt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist es nicht zu Gefechten zwischen honduranischen und nicaraguanischen Truppen gekommen. Dagegen sollen die Contras in Kämpfe mit der EPS verwickelt gewesen sein. Ungeklärt blieb bisher, welche Flugzeuge das Territorium Nicaraguas bombardiert haben - wenn diese Informationen aus Managua stimmen. Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto beschuldigte die Amerikaner. In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, wird dagegen angenommen, daß die honduranische Luftwaffe im Einsatz war.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega beschuldigte die Reagan-Regierung, solche Grenzkonflikte zu provozieren, um eine Invasion seines Landes rechtfertigen zu können. Das Contra-Lager hegt die Hoffnung, daß Konfrontationen dieser Art gemeinsame militärische Schritte der nicaraguanischen Nachbarn und eine logistische Hilfe der amerikanischen Streitkräfte wie Bombardements oder Blockaden auslösen.

Rebellenführer Arturo Cruz konzediert: „Allein können wir diesen Krieg nicht gewinnen.“ Diplomatische Beobachter in den meisten Hauptstädten Mittelamerikas vertreten die Ansicht, daß weder ein regionaler Konflikt droht noch eine Intervention der USA in Nicaragua. Dagegen seien weitere Grenzwischenfälle wie in den letzten Tagen zu erwarten.

Deutscher Fernseh-Satellit mit einer Norm, die niemand empfangen kann Eine All-Ruine schon vor dem Start?

Im April soll eine Rakete den deutschen Satelliten TV-Sat von Französisch-Guayana aus in den Orbit schießen. Noch niemand hat aber bisher einen der vier Kanäle auf dem TV-Sat angemietet - weder ARD noch ZDF, weder SAT 1 noch RTL plus. Für die Bundespost ist dies ein Dilemma erster Klasse. Denn solange die Kanäle nicht vermietet sind, darf der Postminister nicht den Reserve-Satelliten in Bauauftrag geben - so sind die Bestimmungen des Postverwaltungsrates.

Diese Klausel stoppt wiederum die Bereitschaft der Programm-Anbieter, einen Kanal zu mieten. Denn solange kein Reserve-Satellit da ist, gibt es keine Garantie für ständigen Sende-empfang. Aber was die Anbieter noch mehr zögern läßt, ist die neue Fernsehnorm, mit der vom TV-Sat (von Herbst 1987 an) gesendet werden soll. Diese neue Norm heißt D-2-MAC. Das bedeutet: Die Sendungen des direkt abstrahlenden Satelliten kann kaum jemand empfangen - nur jene, die in Kabelnetzen wohnen und dort mit satellitentauglichen Fernsehgeräten ausgerüstet sind; heute etwa eine Million Haushalte. Für diese will die Post mit dem Kopfstations der Post (oder mit teuren Zweimeter-Parabolspiegeln) einzufangen und entsprechend verstärkt in die Kabel übertragen.

Auf diese Weise werden heute die etwa eine Million angeschlossenen Kabel-Haushalte mit Satelliten-Fernsehen versorgt. Nun sagen sich die Betreiber dieser Programme: „Warum sollen wir auf die teuren direkt abstrahlenden Satelliten gehen, wenn dessen Signale ebenfalls nur von der Post übertragen werden?“

Denn es steht jetzt schon fest, daß sich nur eine verschwindende Minderheit dazu durchringen könnte, die teuren 2-Normen-Geräte oder Parabolspiegelanlagen mit D-MAC-Decodern zu kaufen. „Dann können wir auch auf den Fernmelde-Satelliten bleiben. Das ist billiger und kommt auf gleiche raus“, meint SAT 1-Chef Doetz. Postminister Schwarz-Schilling wäre auch schlecht beraten, wenn er den TV-Satelliten favorisiert, da - so oder so - die Verkabelung wahrscheinlich die einzige zukunftsträchtige Methode ist, das Satelliten-Fernsehen in die Haushalte zu bringen - langsam, aber sicher.

Das gilt auch trotz der jetzt getzenden terrestrischen Drahtlos-Frequenzen. Diese an 65 Orten aufgesparten freien Frequenzen sind erst in zwei bis drei Jahren in vollem Umfang nutzbar. Außerdem kostet deren Ausrüstung etwa 100 Millionen Mark. Der Postminister würde seiner Verkabelung im übrigen ein Bein stellen, wenn er auf Kosten von weiteren Kabelanschlüssen die freien Frequenzen befördert.

Das alles schauen sich die lachenden Dritten an - die Medienmultis jenseits der Grenzen. Hier setzen viele auf das Astra-Satelliten-Projekt des Konsortiums SAS in Luxemburg, dem sich große Banken und Firmen zugestellt haben. Der Astra-Satellit besitzt 16 Kanäle und soll 1988 gestartet werden. Vor allem aber: Die Kanäle werden von SAS zum halben Mietpreis angeboten wie die Kanäle des deutschen TV-Sat.

Lust und Frust der Grünen bei Fernsehauftritten

Nicht nur die traditionellen Bundestagsparteien drängen in die politischen Fernsehprogramme. Auch die Grünen haben erkannt, daß sie sich vortrefflich eignen, unbezahlt Wahlwerbung zu betreiben. Mancher Fernsehzuschauer konnte in jüngerer Zeit registrieren, daß sich grüne Spitzenpolitiker in Fernsehschleifen mit den Vertretern der von ihnen so genannten „Altparteien“ achtbar geschlagen haben.

Diese Form der Selbstdarstellung ist für die basisdemokratisch organisierte Alternativpartei jedoch keine Selbstverständlichkeit. Jedem Fernsehauftritt gehen heftige Diskussionen voraus. So ist auch die für den 18. Dezember von ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel angesetzte Runde „Journalisten fragen, Politikerinnen antworten“ bei den Grünen nicht unumstritten. Die richtige Fachfrau dafür ist aus ihrer Sicht Regina Michalek, Referentin für Frauenpolitik im Bundesvorstand der Partei.

Doch Appel sieht das anders. Er lud zu der Politikerinnen-Runde Antje Vollmer ein. Die 43jährige wortgewandte promovierte Theologin war von 1983 bis 1985 Fraktionsmitglied der Grünen im Bundestag, ihr Mandat der Rotation zum Opfer fiel. Aber auch ohne Sitze im Bonner Parlament spielt die Dozentin an der Evangelischen Heilm Volkshochschule Bethel in der grünen Partei eine führende Rolle. Im Gegensatz zu Anhängern der tiefgrünen reinen Lehre - den sogenannten Fundamentalisten - ist Antje Vollmer einer Koalition mit den Sozialdemokraten nicht abgeneigt. Sie erstritt sich den Spitzenplatz der nordrhein-westfälischen Landesliste und wird damit nach den Wahlen wahrscheinlich wieder in den Bundestag zurückkehren.

Seine Frauenreferentin Regina Michalek konnte der Bundesvorstand der Grünen trotz des klaren Votums von 18 : 0 Stimmen beim ZDF nicht durchsetzen. Appel hielt an seiner Kandidatur fest, auch wenn er sonst nicht in dem Ruf steht, den Wünschen der Parteien standhaft zu widerstehen. Für weitere Fernsehauftritte haben die Grünen indes bereits entschieden. So wird die Frankfurter Fundamentalistin Jutta Dittfurth in die „Elefantentruppe“ der Parteivorständinnen am 22. Januar entsandt, die ARD und ZDF gemeinsam ausstrahlen. Mancher grünen Pragmatiker hätte lieber Otto Schily in dieser Spitzenrunde gesehen. Doch der Bundesvorstand entschied sich mit 13 : 10 Stimmen knapp für die Tochter von Holmar von Dittfurth, Autor zahlreicher populärwissenschaftlicher Fernsehsendungen.

32 Ostagenten festgenommen

AP, Bonn

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) meldet Erfolge in der Abwehr und Enttarnung von Ostagenten. Wie BV-Präsident Holger Pfahls in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Quick“ bekanntgab, wurden in diesem Jahr bereits 32 Ostagenten enttarnt und festgenommen. Dies sei seit 1980 die höchste Zahl in einem Jahr. Pfahls teilte ferner mit, daß der Verfassungsschutz nach dem Überlaufen des früheren Mitarbeiters Tiedge seine Verfahren zur Überwachung und Erkennung von Spionen des Ostblocks verbessert habe.

„Pax Christi“-Aufruf ist „schädlich“

KNA, Bonn

Führende „Pax Christi“-Vertreter haben gestern die umstrittene Erklärung der jüngsten Delegiertenversammlung zum Thema Wehr- und Ersatzdienst als „bekenntnisfähig, aber nicht abstimmungs-fähig“ bezeichnet. Es sei für das Ansehen von Pax Christi schädlich, wenn in der Öffentlichkeit „derart unferdige Erklärungen abgegeben werden“, erklärte der Vizepräsident von „Pax Christi“, Rainer Ohlschläger. Sollte an diesem Beschluß festgehalten werden, könnte „Pax Christi“ sicherlich nicht mehr den Anspruch erheben, sie sei die katholische Friedensbewegung.

Vorentscheidung im Förster-Prozß

dpa, Georgetown

Im Rauschgiftprozeß gegen den Deutschen Frank Förster vor dem Gericht in Georgetown auf Penang wird heute eine wichtige Entscheidung fallen. Richter Edgar Joseph verkündete gestern, daß er heute bekannt geben wird, ob eine von dem Angeklagten am 22. November 1983 im Botschaftsamt des deutschen Sekretärs Ingrid Klose zu Protokoll gegebene Aussage als Beweismittel gegen Förster vor Gericht zugelassen wird, oder nicht. Damit wird eine wichtige Vorentscheidung für den weiteren Verhandlungsverlauf gefällt, meinen Prozeßbeobachter.

Rau rät der Partei: Schaut in die USA

Vor der Fraktion fordert der Kandidat die SPD zum Kämpfen auf / „Packt mit an“

PETER PHILIPPS, Bonn

„Allen haupt- und nebenberuflichen Zweiflern“ wollte es Johannes Rau gestern nachmittag wieder einmal zeigen: Der Kanzlerkandidat begab sich vor die SPD-Bundestagsfraktion. „Packt mit an“, lautete seine Botschaft. „Die SPD hat das Kämpfen nicht verlernt.“

Am Ende einer langen Legislaturperiode fand der Kandidat offene Ohren, als er dazu aufforderte, aus der „Käseglocke Bonn“ hinauszugehen, „an die Wähler ran“, um die „eigene Botschaft deutlich zu machen“ und um über „Inhalte den Wahlkampf zu führen“. Mut sollten die Genossen schöpfen beim Blick ins Ausland. „Schaut in die USA“, riet er, wo Präsident Reagan durch das Waffengeschäft mit Iran so schnell und völlig unerwartet die Populäritätskurve hinanrutsche. Und „unterschätzt nicht, was in Frankreich passiert.“

Die Fraktion war's zufrieden - zumal Johannes Rau einleitend deren Arbeit und die Leistung des Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel nachdrücklich gelobt hatte. Und der Kandidat hatte im Verlauf seiner Ansprache das getan, was Neu- und Übergangssprecher Günther Verheugen das Zusammenbringen des Kanzleramts-Bewerbers mit Sachthemen nennt. In der Außen- und „Friedenspolitik“, in den Bereichen Chemie- und Umweltpolitik, Ausstieg aus der Kernenergie sowie unter dem Stichwort „Unser Staat muß liberal und frei bleiben“ rief Rau die Themen der SPD an. Und: „Soziale Gerechtigkeit bleibt unser Markenzeichen.“

Doch während der „Menschenfischer“ bei seinen Genossen Aufbruch-, Kampfes- und Wir-Gefühl zu verstärken suchte, zeigte sich in seinem Stammland, daß die Reibungsverluste auch nach dem Läufer-Opfer-Vertrag nicht beendet sind:

In der Bonner „Baracke“ war - mit Zustimmung des Düsseldorfer Raucan - zwar für die Weihnachtszeit das Plakat erkoren worden: „Statt Krieg der Sterne Frieden auf Erden“. Doch im Ruhrgebiet wollen die Funktionäre an der Basis diesen „marktlichen“ Spruch nicht an die Plakate wände pappen. Unter anderem aus den Ruhrgebiets-Unterbezirken Dortmund und Herne mußte sich Gerd

Kompe, zuständiger Partei-Geschäftsführer des mächtigen Bezirks Westliches Westfalen, Protest anhören. Nun kleidet die Losung: „Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr - Ihre SPD.“

Nach wie vor sind die Ruhrgebiets-Genossen ohnehin davon überzeugt, besser als „die im Ollenhauerhaus“ in Bonn zu wissen, wie ihr Spitzenmann eine Siegeschance hat. „Sonderwahlkampf“ nennen es böse Zungen, was im Stammland Nordrhein-Westfalen stattfindet, regionale Ergänzung ist die offizielle Sprachregelung. Mit „verzagten Prozent-Relationen und rot-grünen Bündnispalaver“ sei die „Polit-Prominenz“ dem Kandidaten reihenweise ins Kreuz gefallen, warf etwa IG Bergbau-Funktionär und Bundestagskandidat Horst Niggemeier seiner Bonner Partei-Spitze jetzt öffentlich vor. Und die Jusos aus dem ihm benachbarten Oer-Erkenschwick traten Rau in einer Philippika an die Saar-Jusos zur Seite: Diese hätten mit ihren rot-grünen Bündnisörterungen die Parteiselbstzerstörung zur Selbstzerstörung freigegeben.

Die aufschlebende Politik bereitet in Brüssel und Straßburg vor allem deshalb Sorge, weil auch hier 1988 während der anstehenden Ratspräsidentenwahl Belgien und Dänemark keine energischen Vorstöße erwarten werden. Anschließend übernimmt die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz.

Die Premierministerin zitierte aus der Rede, die Richard von Weizsäcker vor den Häusern des britischen Parlaments vor einigen Monaten gehalten hatte, und fügte hinzu: „Ist die Tatsache, daß eine britische Premierministerin vor dem Europäischen Parlament die Worte eines deutschen Bundespräsidenten verwendet, nicht ein Zeichen dafür, wie weit wir in Europa bereits vorangekommen sind?“

Frau Thatcher bedauerte die „gewisse Neigung, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Lichte von Handelsstreitigkeiten zu sehen.“

In Tschernobyl trugen Soldaten Abfall mit Händen

dpa, Moskau

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern) hat gestern zum ersten Mal Einzelheiten über die Endphase der Einbetriebung des zerstörten vierten Reaktorblocks in Tschernobyl veröffentlicht. Wie die Zeitung berichtete, haben Soldaten unter großer Strahlenbelastung radioaktive Brennelemente mit den Händen in den Reaktorschlund geworfen.

Die radioaktive Strahlung sei so groß gewesen, daß ferngesteuerte Geräte versagten. Daraufhin hätten sich fünf Freiwillige gemeldet. Der erste von ihnen stand vor der Aufgabe, mit fünf bis sechs Spatenstichen radioaktives Graphit in den Reaktorschlund zu werfen. Er habe sich eine Minute und 13 Sekunden dort aufgehalten und sei einer Strahlung von 3,6 Röntgen ausgesetzt gewesen. (Dies entspricht einer radioaktiven Belastung von etwa 3,6 rem. Experten gehen davon aus, daß bei Werten zwischen Null und 50 rem „geringfügige“ Veränderungen im Blutbild auftreten.) Die Soldaten trugen während ihrer Tätigkeit eine Schutzhaube mit einem Gewicht von etwa 20 Kilogramm.

Thatcher ruft Europa jetzt zu „harten Entscheidungen“ auf

FRANZ KADELL, Straßburg

Premierministerin Margaret Thatcher hat vor dem Europäischen Parlament verbalen Optimismus demonstriert, zugleich aber auf die sich dramatisch zuspitzenden Finanzprobleme hingewiesen.

Die EG sollte sich stärker auf die Marktbedürfnisse einstellen, damit die Gelder nicht für Überschüsse verzettelt werden, sagte sie zum Abschluß der britischen Ratspräsidentenschaft. Frau Thatcher warnte vor dem drohenden finanziellen Desaster und den Folgen für die Gemeinschaft: „Wir müssen harte Entscheidungen treffen, und zwar bald, oder wir werden von den Ereignissen überrollt und die Gelder gehen aus. Dem besteht die Gefahr, daß wir einen ungeordneten Rückzug in eine Kette nationaler Maßnahmen antreten“. Positiv hob Frau Thatcher hervor, daß sich der Europäische Rat im Zusammenhang auf konkrete Maßnahmen zur Drogenbekämpfung geeinigt hat.

Abgeordnete räumten in Gesprächen am Rande des Plenums ein, daß die Harmonie auf dem Londoner Gipfel damit erkauft worden war, daß die beiden dringenden EG-Probleme -

KRITIK

Schmuddeleien als Köder

Es ist richtig, wenn die zunehmende Verkommenheit der Fernsehprogramme darauf zurückgeführt wird, daß die Sender mittels Niveau-senkung ihre Einschaltquoten heben wollen. Daß die öffentlich-rechtlichen Häuser dies tun, ist allerdings widersinnig, denn man hat ihnen Gehör und beträchtliche Werbeeinnahmen zugewilligt, um sie von der Gunst der Straße unabhängig zu machen.

Diese Strategie ist allerdings veräblich. Sie verrät ein gewaltiges Stück Menschenverachtung. Was geschieht? Nicht nur die Programme gehen Stufe um Stufe ins Parterre

und orientieren sich am Schlichtesten. Der Prozeß erlaubt auch die schon von Haus aus simpel verfaßte Unterhaltung. Und diese steigert sich dann oftmals in schiere Geschmacklosigkeit. Selbst die frischgedruckten Typen vom Schlage Gottschalk greifen seit einiger Zeit spürbar häufiger und munter in die Schmuddelleien der Anzüglichkeiten.

Natürlich ist dem mit Zensur nicht beizukommen, und wer nach Verboten schreit, ruft noch Böseres herbei. Es geht um eine Neudefinition der Zuschauererschätzung durch die Programm-Macher. Daß diese leitenden Angestellten ihrer Klientel

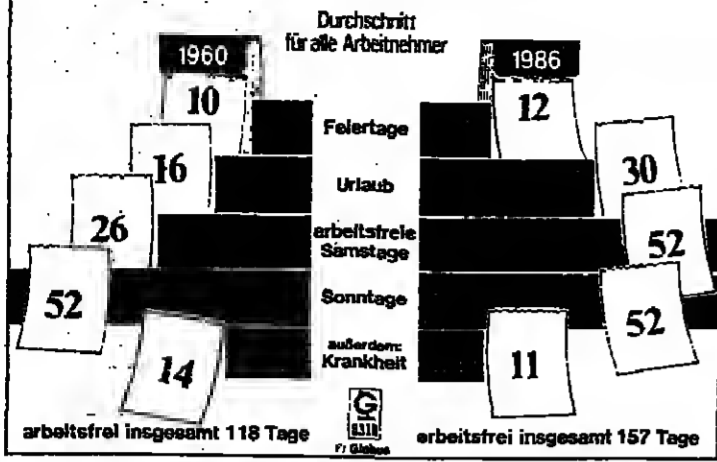
Pornowitzchen als Köder in die elektronischen Kamine hängen, zeugt zumindest von einer verächtlichen Einstufung des Volkes. Nicht die Entgelte eines Showmeisters steht zur Debatte, sondern die offensichtliche Annahme, daß der Fernsehkunde mit Pornoköder zu fangen ist.

Daß eine solche Verpöbelung des Bildschirms auch das große Lebensgefühl von Sex und Erotik gefährdet, sei nur am Rande erwähnt. Die sonst oft so puritanischen Aufseher des Fernsehens haben erstaunlicherweise zu der Verschmuddelung unserer Unterhaltung bisher nichts zu sagen gehabt.

<p>ARD</p> <p>9.45 Ratgeber Spielzeug Elektronik 10.00 Tageschau, Tagesschau 10.25 Tagesschau</p> <p>12.55 Friedensnobelpreis 1984 Übertragung aus Oslo 14.15 Ich war der Ankläger Interview mit Eie Wiesel 15.15 Tageschau 15.25 Spieß am Dienstag Mit Monika und dem Mesling 16.00 Die Skizzen Isaura (11) 16.25 Nobelpreisträger 1984 Am heutigen Todestag von Alfred Nobel werden in Stockholm von König Carl XVI. Gustav die Nobelpreise verliehen. Live-Übertragung aus dem Konsertsaal 17.30 Fußball-UEFA-Pokal Borussia Mönchengladbach - Glasgow Rangers Achtelfinale-Rückspiel Übertragung aus dem Bökellberg-Stadion Mönchengladbach in der Pause 20.15 Tageschau (Bei Fußball-Verlängerung verschiebt sich folgendes) 21.15 Deutschland vor der Wahl Hearing zur Außen- und Sicherheitspolitik Teilnehmer: Wolfgang Schüble (CDU), Willy Brandt (SPD), Hans-Dietrich Genscher (FDP), Hans Graf Huyn (CSU), Petra Kelly (Die Grünen), Moderation: Peter Stöckh, Ernst Eitz 22.30 Tagesschau 23.00 Fußball-UEFA-Pokal FC Barcelona - Bayer Uerdingen Achtelfinale - Rückspiel Aufzeichnung vom selben Tag aus Barcelona 0.00 Tageschau 0.05 Nachspionagen Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse</p>	<p>III.</p> <p>11.45 Unschau 12.10 Panorama 12.55 Presseschau 13.00 Tageschau</p> <p>15.25 Das Klischee von Heilbronn oder Die Feuerprobe Großes historisches Ritterschauspiel von Heinrich von Kleist Aufzeichnung aus dem Schauspielhaus Köln 16.00 heute 16.04 Aderfland: Kals Geheimnis 16.35 Der Waschbär Rosca Ein seltsamer Patient 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tote-Illustrate 17.45 Die Wichters von neoban Ratschläge einer Freundin (1) 18.10 Letto - Zielung A 18.20 Die Wichters von neoban (2) 18.55 Letto - Zielung B 19.00 heute 19.30 Kino-Hitparade Filme, Facts und Favoriten 20.15 Tageschau Stratelliten in „DDR“-Zuchthäusern. Afghanistan-Krieg. Sowjets erschweren Ausreise für Rußland-Deutsche. 21.00 Der Deaver-Cas Claudia Erbe 21.45 heute-journal 22.05 Im Zeichen des Feuers Portrait des Friedensnobelpreisträgers Eie Wiesel 22.50 Vincent van Gogh Ein Leben in Leidenschaft Amerikanischer Spielfilm (1956) Mit Kirk Douglas, Anthony Quinn Regie: Vincente Minnelli Als Missionar bemüht sich Vincent van Gogh, den belgischen Bergarbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Mißverständnisse zwingen ihn schon bald zur Aufgabe seines Postens. 0.45 heute</p>	<p>SAT 1</p> <p>WEST 20.00 Tageschau 20.15 Ich stelle mich Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Transplantationschirurgie der Medizinischen Hochschule Hannover 21.45 off-off Freizeit und Fitneß 22.55 Die Menschenfalle Amerikanischer Spielfilm (1949) 15.45 Giovanni Agnelli - Portrait NORD 18.50 Die Sprachheiler Soziale Entwicklung des Kindes Nur NDR und RB: 19.15 Das internationale TV-Kochbuch Reaktion (2): Viet Heisch, viel Ehr 19.50 Ökoland Was die Bäume nicht in den Himmel wachsen Film von Hans-Ernst Weitzel 20.15 Tageschau 20.30 Carl Maria von Weber Autobiographisches, Meinungen und Musik zum 200. Geburtstag Nur für den SFB: 19.15 Berliner Abschiedschor 20.00 Offerte Aus dem Kulturleben 20.30 Sendungspreis Thema: Verkehrsberuhigung Gemeinschaftsprogramm 21.15 In bester Gesellschaft (7) Leben nach dem Tode 22.00 Abregasia Schweizer Spielfilm (1984) HESSEN 20.00 Studiogespräch Heute aus Braunfels 21.30 Drei akte, Sport 21.50 Lindenstraße Die Wellen der Brandung 22.20 Wolfgang Mildenberger Eine Sendung zum 70. Geburtstag SÜDWEST 19.30 Schlägliche Über Boris Becker 20.15 In bester Gesellschaft (7) Leben nach dem Tode 21.00 Aktuell / Neues 21.15 Jugend und neue Medien Aus Mülhous (Eisb) 22.15 Herbstsaturn Sowjetischer Spielfilm (1979) BAWERN 18.45 Bredischau 19.00 Pink - Live-Musik 19.30 Dingsda Quiz mit Fritz Egner 20.00 In bester Gesellschaft 7. Leben nach dem Tode 20.45 Zeitzeitspiel Wackersdorf-Diskussion. Metallindustrie: Arbeitszeit im Umbuch. Werden Pillen billiger? Frauenförderpläne. SOS-Berufsausbildungs-Zentrum Nürnberg. 21.50 Bredischau 21.45 Z. E. N. Hofkapelle, Münchner Residenz 21.50 Frauen der Sonne (3) Australische Fernsehserie 22.50 Letze-Zeichen Bismarck 23.20 Die Fallenerbe Dokumentation einer Leidenschaft von Michael Marton</p>	<p>1plus</p> <p>15.35 Indian River 16.00 Die Fährte und das Moped Russischer Jugendfilm (1965) 16.25 Die Wellen 17.10 Kung Fu 18.00 Es darf gelacht werden Festival mit Harry Langdon: Die Dame ist blau Ihre Majestät schlägt zu 18.30 läck 18.45 Sport 19.45 Goodbye + Amen Italienischer Kriminalfilm (1978) Mit T. Musante, C. Cardinale 21.50 heute 22.15 M - Mitternachtsquiz Swingbow - Skifahren einmal anders. Pisteneufler. Apres-Ski 22.45 Nummer Sechs Die Glocken von Big Ben</p>
---	---	--	---

Vom Gogh (Kirk Douglas, rechts) lernt in Paris den impressionistischen Paul Gougain (Anthony Quinn) kennen: „Ein Leben in Leidenschaft“, ZDF, 22.50 Uhr FOTO: ROHNER

Die arbeitsfreien Tage des Jahres



Seit 1960 ist das Arbeitsjahr erheblich kürzer geworden. Heute sind 157 Tage pro Jahr arbeitsfrei. Am meisten hat dabei die Verkürzung der Arbeitswoche zu Buche geschlagen.

MÄRKTE & POLITIK

British Gas: 800 Mill. Aktien wechselten schon am ersten Tag den Besitzer. Ein Tag der Rekorde an der Londoner Stock Exchange. (S. 12)

Lebenshaltung: Mit einer Jahresrate von zwei Prozent war der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industriestaaten im dritten Quartal der schwächste seit 25 Jahren. Das gab der Weltwährungsfonds (IWF) bekannt.

Griechenland: Rund 1,8 Mrd. DM erhält das Land von der EG als

zweite Kredittranche zur Überbrückung der Zahlungsbilanzprobleme.

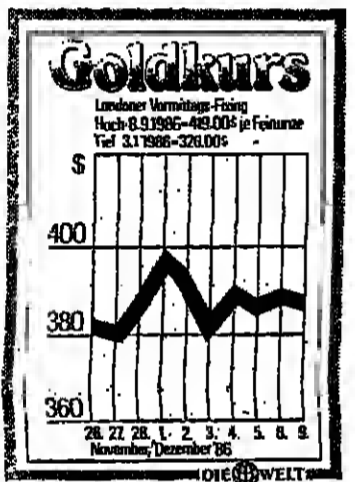
USA: Für 1987 erwartet die Regierung ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um rund 3,2 Prozent.

Energiewirtschaft: Uwe Jens, Wirtschaftsexperte der SPD-Fraktion, hat vorgeschlagen, die Konzessions- und Demarkationsverträge der Stromanbieter zu überprüfen, um ihre Monopolstellung zu lockern.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	8. 12. 86	5. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin	139,50	139,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	72,00	74,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	119,00	121,50	121,50	226,00	84,00

FÜR DEN ANLEGER



losen Vorzugsaktien zu 375 DM/Aktie wurde gestern wegen der überaus starken Nachfrage vorzeitig beendet.

DM-Anleihe: Notes mit variablem Zinssatz über 200 Mill. DM legt die African Development Bank über die Deutsche Genossenschaftsbank als Konsortialführer zu pari auf. Fälligkeit ist 8. Januar 1987. Der Zinssatz liegt 0,25 Punkt über dem sechsmonatigen Libor. Valutierung ist am 8. Januar.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 280,42 (279,74); Chemie: 166,66 (166,00); Elektro: 359,71 (357,59); Auto: 746,92 (745,40); Maschinenbau: 147,30 (147,45); Versorgung: 168,17 (168,59); Banken: 409,77 (406,51); Warenhäuser: 189,71 (189,09); Bauwirtschaft: 540,89 (541,19); Konsumgüter: 186,48 (185,88); Versicherung: 1363,19 (1371,28); Stahl: 143,06 (143,06).

Kursgewinner: DM + %
VGT 251,00 8,19
Nippon Kokan 3,00 7,14
Überlandwerke 289,00 4,71
Bco. Viscaya 119,00 4,39
Stuttg. Hof 490,00 4,26

Kursverlierer: DM - %
Kali Chemie 441,00 10,7
Massa Vz. 500,00 8,51
Vögele 108,00 4,93
Henninger Br. 147,50 4,84
DAT 790,00 4,82
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Esso: In seiner Herbstprognose erwartet das Unternehmen auf Grund des anhaltend sparsamen Verbrauchs eine Steigerung des Energiebedarfs bis zum Jahr 2000 von drei bis acht Prozent. (S. 12)

Kabelmetal: Einen ähnlichen Geschäftsverlauf wie im Vorjahr erwartet das Unternehmen 1986/87. (S. 13)

WER SAGT'S DENN?
Wenn der Markt zum Erliegen kommt, muß der Verbraucher seinen Bedarf erstehen.
Ron Kritzfeld

Lage der deutschen Bauern wird sich auch 1987 nicht verbessern

In Brüssel haben die Agrarverhandlungen ein entscheidendes Stadium erreicht

Mk./Ha. Bonn/Brüssel

Eigenen neuen Anlauf zur Lösung der Überschuldungsprobleme haben die EG-Agrarminister in Brüssel unternommen. Auf der Grundlage eines Vorschlags der britischen EG-Präsidenschaft haben sie versucht, die Schwierigkeiten vor allem auf dem Milch- und Rindfleischmarkt zu meistern. Während die Minister ihre Ratstagung verlängerten, legte der Bauernverband seinen Situationsbericht vor. Danach sind die Gewinne je Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1985/86, das am 30. Juni endete, um nominal 0,4 und real 1,5 Prozent gesunken.

Nach der Darstellung von Bauernpräsident Constantin Freiherr Heereman hat nur die Entlastung auf der Kostenseite (sinkende Futtermittel- und Treibstoffpreise) dazu beigetragen, daß das Einkommensniveau nicht noch höher ausgefallen ist. Mit rund 24 900 Mark je Familienarbeitskraft sei der Gewinn um rund 11 300 Mark geringer als im Durchschnitt außerhalb der Landwirtschaft. Entwickelten sich die landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen bis Mitte der siebziger Jahre in etwa parallel, so klappten sie

nach Angaben des Verbandes inzwischen immer weiter auseinander.

„Diese insgesamt schlechte Wirtschaftslage der deutschen Landwirtschaft wird sich im laufenden Wirtschaftsjahr 1986/87 nicht verbessern“, stellte Freiherr Heereman in Bonn fest. Maßgebend dafür seien einerseits die zu befruchtenden Ertragsrückgänge im Schlachtviehbereich, dem stunden Kosteneinlagen bei Energie, Düngemitteln und weiterhin bei Futtermitteln gegenüber. Nach Angaben des Bauernpräsidenten sei die Lage auf den Fleischmärkten bedrückend. Die Lagerbestände an Butter und Magermilchpulver hätten Rekordhöhen erreicht.

Nach Meinung von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle werden die Einkommen der Landwirte in diesem Jahr steigen, weil ihre Sozialabgaben sinken.

Die Brüsseler Agrarverhandlungen sind gestern in ein entscheidendes Stadium gelangt. Die britische Präsidenschaft wollte den Versuch unternehmen, die Kürzung der Milchquoten, die Reform der Rindfleischmarktordnung und ergänzende strukturelle Maßnahmen in einem Verhandlungspaket zusammenzufassen. Die Aussichten für einen Kom-

promiß wurden nicht sehr optimistisch beurteilt.

Im Vorfeld der Beratungen war deutlich geworden, daß der wichtigste Teil der Agrarreform, die Drosselung der Milchproduktion, vor allem ein deutsch-französisches Problem ist. Paris hatte sich entschieden dem Plan Ignaz Kiechles widersetzt, eine weitere Kürzung der Milchquoten (um sieben Prozent) vorzunehmen und die europäischen Landwirte aus EG-Mitteln zu entschädigen.

Während andere EG-Partner sich zumindest mit dem Grundprinzip dieses Vorschlags angefreundet haben, sind die Franzosen bisher nicht darauf eingegangen. Sie meinen, daß über weitere Quotenkürzungen nur nach Absprache mit den anderen großen Erzeugerländern außerhalb der EG entschieden werden könne.

Die Regierung Chirac erweckte den Eindruck, daß sie angesichts ihrer gegenwärtigen innenpolitischen Probleme eine Aufschubung der unpopulären Agrarentscheidungen bevorzugen würde, verwies selbst jedoch auf die bevorstehenden deutschen Wahlen. Die Briten hingegen bemühten sich, ihre am Monatsende auslaufende Präsidentschaft mit einem Agrarkompromiß zu krönen.

Bauindustrie legt eine Atempause ein

hg. Bonn

Die Lage am Bau ist günstig, die Aussichten sind es weniger. Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, erwartet für das kommende Jahr eine reale Zunahme der Bauinvestitionen um drei Prozent. Die sei indes kein Aufschwung, sondern höchstens eine Atempause für die Branche, „denn der Kapazitätsabbau ist noch nicht abgeschlossen“, sagte Herion gestern in Bonn.

Im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau rechnet er mit einem realen Zuwachs von vier bis fünf Prozent, während er der Wohnungsbau bestenfalls auf ein bis zwei Prozent bringen werde, sagte Herion weiter. In diesem Jahr dürften die Bauinvestitionen insgesamt um zwei Prozent zunehmen, wobei freilich zu bedenken sei, „daß sie damit das Niveau von 1980 immerhin noch um zehn Prozent unterschreiten“.

Sorgen machen der Branche nach wie vor die unbefriedigende Ertragslage, eine überaus dürftige Eigenkapitalausstattung der Unternehmen – durchschnittlich zwei Prozent der Bilanzsumme – und der Mangel an Nachwuchs am Bau.

AUF EIN WORT



„Wir wollen gefordert – und nicht gefordert werden.“
Dr. Michael Fuchs, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Bonn. FOTO: OIE/WELT

Verkürzung der Arbeitszeit bringt kaum neue Stellen

mdl. Köln

Das Wirtschaftswachstum seit 1984 hat mehr als zehnmal soviel Arbeitsplätze geschaffen wie die Arbeitszeitverkürzung. Zu diesem Ergebnis gelangt der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall). Er stützt sich dabei auf eine Umfrage unter 5000 Mitgliedsfirmen. Danach ermöglichte die Arbeitszeitverkürzung lediglich 24 000 Mehrstellen, ohne Arbeitszeitflexibilisierung seien es sogar nur 13 000 gewesen. Insgesamt seien im Bereich Gesamtmetall seit Beginn des Aufschwungs Mitte 1984 rund 330 000 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt worden.

Hart getroffen durch die 38,5-Stunden-Woche sind vor allem kleinere Unternehmen. Der Produktionsausfall von Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten sei doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Metallindustrie. Ein Viertel der Arbeitszeitverkürzung mußte durch Überstunden ausgeglichen werden. Der Beschäftigungseffekt sei mit 900 Neueinstellungen bei insgesamt 200 000 Beschäftigten verschwindend gering. Dies zeige, daß die Arbeitszeitflexibilisierung eine Beeinträchtigung des Konjunkturaufschwungs verhindert hat.

Unruhe um „Swiss Connection“

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die amerikanische Waffenaffäre mit Iran, die über die Genfer Filiale der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) finanziert worden war, hat eine neue Kontroverse um den Finanzplatz Schweiz und die Sicherheit des Bankgeheimnisses ausgelöst. Diesmal geht es um zwei Konten, die der ehemalige CIA-Oberstleutnant Oliver North bei der SKA unter dem Namen „Lake Resources Incorporated“ eröffnet hatte und über die man nach Angaben aus Washington bis zu 30 Millionen Dollar an Waffenlieferungen nach Iran „gewaschen“ und an die Contras in Nicaragua weitergeleitet hatte. Über diesen Konten sollen auch andere politische Gelder gelaufen sein, zum Beispiel Zahlungen des Texaners Ross Perot zum Freikauf von US-Geiseln in Libanon, Gelder des Sultanat Brunei und anderer arabischer Ölscheichs für den Widerstand in Afghanistan.

Die US-Regierung hatte die SKA schon vor einigen Tagen informell

„gebeten“, diese Konten zu sperren, und die Bank hatte dem entsprochen. Nun ist auch ein offizielles amerikanisches Rechtshilfegesuch in Bern eingetroffen, das die Öffnung der Konten verlangt. Eine erste Prüfung des Gesuchs weist aber „Mängel“ auf. Man habe Washington um zusätzliche Informationen gebeten, um den „genauen Sachverhalt“ festzustellen und abzuklären, ob ein nach Schweizer Recht strafbares Delikt vorliege, betont ein Sprecher des Justizministeriums in Bern.

In Zürich hat die Affäre neue Beunruhigung hervorgerufen. Wieder, wie schon im Falle des Ex-Diktators Marcos, wird das Scheinverleihen auf die Schweizer Banken gerichtet. „Wieder wird der Finanzplatz Schweiz in die Rolle eines willfährigen Datenlieferanten gedrängt, der die Anwendung seiner Gesetze von politischen und wirtschaftlichen Opportunitätsüberlegungen abhängig macht“, warnt die „Neue Zürcher Zeitung“.

Die SKA wird wegen ihres „voraus-eilenden Gehorsams gegenüber einer Großmacht, die nicht zum erstmaligen Gelder in der Schweiz blockieren möchte“, getadelt. Die Schweiz verzichte damit unter politischem Druck aus Washington ein weiteres Mal auf ein „rechtsstaatlich sauberes Vorgehen“, meint das den Banken nahestehende Blatt.

Die Nachgiebigkeit der SKA erklärt sich aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom amerikanischen Markt, vor allem aus ihrer Allianz mit der „First Boston“ und die Furcht vor Prestigeverluste und Repressalien. „Durch unsere starke Expansion in den USA haben wir uns erpreßbar gemacht“, meint ein Genfer Bankier.

Inzwischen überprüft auch die Schweizer Bundesstaatsanwaltschaft Berichte, nach denen Kampfthubschrauber, Panzerersatzteile und Kanonen über Schweizer Territorium nach Iran geliefert worden sein sollen. Bern hat von Washington volle Auskunft verlangt.

Airbusse für Nippon

Airbus hat es endlich geschafft, mit der größten japanischen Fluggesellschaft All Nippon Airways (ANA) ins Geschäft zu kommen. ANA bestellte jetzt zehn Airbusse vom Typ A-320-200 (150 Sitze), die die älteren Boeing-Kurzstreckenjets 737 ersetzen sollen, mit Optionen für weitere zehn A-320. Das Geschäft hat einen Wert von immerhin einer Milliarde Dollar.

Während der Jungfernfahrt der neuen A-320-200 für März nächsten Jahres erwartet wird, ist es McDonnell Douglas gelungen, 15 dreistrahlige Langstreckenjets des bislang nur auf dem Reißbrett existierenden Typs MD-11 quasi unbesehen zu verkaufen. Als erste Fluggesellschaft überhaupt bestellte British Caledonian neun MD-11 im Ge-

samtwert von ebenfalls einer Milliarde Dollar. Jetzt teilt auch der ins Flugzeug-Leasing eingestiegene japanische Industriekonzern Mitsui die Bestellung von fünf MD-11 mit.

Airbus A-320 und MD-11 lassen sich nicht vergleichen. Dennoch erhellen die jüngsten Aufträge den wachsenden Konkurrenzkampf zwischen den USA und Europa am Zivilluftfahrtmarkt. Airbus ist es gelungen, einen bislang ausschließlich mit amerikanischem Gerät arbeitenden Carrier zu gewinnen. McDonnell Douglas hat es andererseits geschafft, für sein MD-11-Projekt eine wichtige Starttrappe zu sichern. Mit jetzt 14 Aufträgen für die MD-11 läßt sich die endgültige Bauentscheidung leichter treffen. Airbus gerät damit noch stärker in Zugzwang. Kunden und Finanzierung für die beiden neuen Projekte A-330 und A-340 (letztere vierstrahlig) für lange und überlange Strecken sicherzustellen.

Zweiklassen-Börse?

Von CLAUD DERTINGER

Insider-Skandale haben die Wall Street und die Londoner Börse erschüttert. Im spektakulärsten Fall des Ivan Boesky ging es um 50 Mill. Dollar, die dieser Arbitrageur und Artist im Übernahmehandel an der New Yorker Börse mit vertraulichen Unternehmensinformationen verdient hat, die er illegal ausnutzte.

London hatte einmal den Fall Geoffrey Collier, Chef des Aktienhandels der Merchant Bank Morgan Grenfell, der wegen Verstoßes gegen die Insider-Regeln gefeuert wurde. Und neuer Unrat wird bei der Übernahme der Distillers Company durch die Bierbrauergesellschaft Guinness Transaktion ist Gegenstand von Untersuchungen.

Insider-Geschäfte sind sicherlich gang und gäbe, solange Börsen existieren. Denn es ist nur allzu menschlich, daß jemand, der Zugang zu internen Informationen hat, diesen Wissensvorsprung durch Kauf oder Verkauf von Papieren an der Börse in bare Münze umzusetzen versucht. Aber es schadet dem Ruf der Börse, wenn es zwei Klassen von Anlegern gibt, die mit Geheimwissen, die große Gewinne abhand, bevor die andere Gruppe, das Gros der Investoren, auf irgendwelche Neuigkeiten aus einem Unternehmen reagieren kann, die Einfluß auf die Kursentwicklung deren Aktien haben. Schließlich beruht die Funktion der Börse als Sammelbecken für die Mobilisierung von Eigenkapital für die Finanzierung von Investitionen auf dem Vertrauen in die Seriosität und Solidität des Börsengeschäfts.

Deswegen gibt es an vielen Börsen Vorkehrungen gegen Insider-Geschäfte. In den USA sind sie gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt. In Großbritannien, wo sie ebenfalls strafbare Handlungen sind, wurden die Kontrollverfahren gerade durch neue gesetzliche Bestimmungen verschärft, die amtliche Untersuchungen erleichtern sollen. Überdies arbeitet die EG-Kommission schon seit längerer Zeit an einer Gemeinschaftsregelung für die Verhinderung von Insider-Geschäften.

In der Bundesrepublik wird mit den Insider-Handelsrichtlinien, die in Zusammenarbeit der Börsen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und Banken geschaffen wurden, seit mehr als zehn Jahren eine freiwillige Regelung praktiziert. Diese von Juristen in allen Details ausformulierten Richtlinien untersagen, so der Wortlaut, Insider und

ihnen gleichgestellten Dritten Geschäfte in Insider-Papieren unter Ausnutzung von Insider-Informationen, von denen sie aufgrund ihrer Stellung Kenntnis erlangt haben, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter.

Das ist ein freiwilliger Kodex, zu dessen Einhaltung sich Entscheidungsträger und verantwortliche Angestellte ihrer Unternehmen gegenüber verpflichten. Bei einem von den Börsenprüfungs-kommissionen festgestellten Verstoß gegen die Richtlinien werden die Erwischten „verurteilt“, ihren Börsengewinn an ihr Unternehmen abzuführen. Ergänzt wird dieser Kodex durch ebenfalls freiwillige Händler- und Berater-Regeln, die unlautere Empfehlungen verhindern sollen.

Sind diese freiwilligen Regeln in der Bundesrepublik eine wirksame Waffe gegen Insider-Geschäfte? Die Frage wird immer wieder einmal kontrovers diskutiert. Zweifel kommen nicht zuletzt deshalb auf, weil nur ganz selten Verstöße gegen die Regeln festgestellt worden sind. Der letzte – als nur leicht qualifizierte – gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden der AEG im Zusammenhang mit dem Einstieg von Daimler bei dem Elektrokonzern. Die Kursstöße mancher Aktien legen jedenfalls die Vermutung nahe, daß weit mehr Insider-Geschäfte verborgen bleiben als aufgedeckt werden.

Manche Experten versprechen sich von einer gesetzlichen Regelung mehr Wirksamkeit als von einer auf dem Standesbewußtsein basierenden freiwilligen Wohlverhaltensregelung. Die in den USA gesammelten Erfahrungen mit einem strengen Gesetz unterstützen diese These freilich in keiner Weise.

Ganz abgesehen davon, daß sich Kriminelle von einem Gesetz ebensowenig abschrecken lassen wie von einem Ehrenkodex, dessen Verletzung einen Reputationsverlust zur Folge hat: Wie ein Alptraum muß die Vorstellung wirken. Staatsanwälte könnten gegen alle ermittelten börsenrelevanten Entscheidungen eines Unternehmens zufällig dessen Aktien gekauft oder verkauft haben. Die Gefahr, daß staatliche Schnüffler dem Publikum die Freude am Aktienbesitz verderben und damit die Funktion der Börse schwächen, ist nicht von der Hand zu weisen. Es darf sich allerdings nicht der Eindruck verstärken, die freiwillige Regelung werde allzu lasch gehandhabt.

Ausschüttung '86: Alles spricht für Wiederanlage.

DespaFonds, der offene Immobilienfonds der Sparkassen, bringt dem Geldanleger auch 1986 gute Erträge. Das läßt sich ablesen an der Wertsteigerung und an der Ausschüttung pro Anteil. Hier sind die Daten für das Geschäftsjahr 1985/86.

Ausschüttungstermin	15. Dezember 1986
Ausschüttung insgesamt	rund DM 57 Mio
Ausschüttung pro Anteil	DM 3,50
Ertragschein	Nr. 19
Wiederanlage-Rabatt	3 Prozent
Wiederanlage-Zeitraum	15. 12. 86 – 13. 02. 87

DespaFonds beteiligt Sie an ertragsstarken Büro- und Geschäftshäusern in ganz Deutschland. Auch für 1987 sind die Perspektiven gut. Das heißt für Besitzer von Anteilen: Nutzen Sie Ihren Wiederanlage-Rabatt. Und für Geldanleger allgemein: Partizipieren Sie am Erfolg von DespaFonds.

Ihr Geldberater bei der Sparkasse informiert Sie.

Kurssprünge bei British Gas

Neue Aktie brachte den Großanlegern kräftige Gewinne

H.-A. SIEBERT, London
Als ein Spektakel erster Klasse feierte die Londoner City die Aufnahme des Handels mit den Aktien der privatisierten British Gas PLC. Schottische Dudelsackpfeifer geleiteten mit blauweißen Rosetten geschmückte Ehrengäste durch die berühmte Threatneedle Street zur Stock Exchange. Luftballons, die Gasflammen ähnelten, stiegen zur Decke des Börsenraums. Die Broker selbst waren zu

In den ersten anderthalb Börsenstunden wechselten mehr als 520 Mill. Aktien den Besitzer, beim Schlußgong waren es über 800 Mill. - ein Fünftel der Papiere. Die Zahl der Kontrakte überstieg 81 700, davon waren 64 400 Optionen. Ein starker Kaufdruck von amerikanischen und japanischen Investoren aus. Im Markt waren vor allem institutionelle Anleger, da die meisten privaten Käufer erst in der kommenden Woche über ihre neuen Papiere verfügen können. Die British-Gas-Aktie fiel am Ende des aufregenden Börsentages auf 62,5 Pence. Gestern ermäßigte sie sich nochmal leicht auf 62 Pence.

Nach British Telecom, British Aerospace und Jaguar ist British Gas die vierte größere Unternehmung, das von der konservativen Thatcher-Regierung privatisiert worden ist. Auf der Liste steht jetzt noch die Fluggesellschaft British Airways.

Aus dem Kurssprung schließen die Kritiker in der City, daß auch diesmal die Aktie vor der Einführung von der Regierung unterbewertet worden ist und die Großanleger einen nicht zu rechtfertigenden Reibach gemacht haben. Eine neue Umfrage zeigt überdies, daß 71 Prozent der britischen Bevölkerung die Entstaatlichung der British Gas nicht wünschten. Nach ihrer Meinung müssen bestimmte Unternehmen in öffentlichem Besitz bleiben.

Nach letzter Zählung haben rund 4,3 Mill. Engländer Aktien der British Gas geordert, und zwar zu einem Preis von jeweils 135 Pence, der in drei Raten über fast anderthalb Jahre gezahlt werden muß. Fällig sind zunächst nur 50 Pence. Auf dem Papier hat ein Anleger, der 600 Aktien erhält, damit am ersten Tag 75 Pfund verdient. Nach einem neuen Schlüssel sind 64 Prozent der Anteilscheine für private Anleger, 24 Prozent für Institutionen und zwölf Prozent für Ausländer bestimmt. Briten, die ihre Aktien drei Jahre nicht veräußern, erhalten kostenlos Gas und einen Bonus.

§ Nutzen Sie jetzt Ihre letzte Chance!

ESIG

Für Kapitalanleger nur noch bis 31. 12. 1986!

Erhöhte Steuerersparnis mit vermietetem Qualitätswohnheim. Sofortige Steuerreduzierung. Eintragung auf Lohnsteuerkarte oder Herabsetzung der Einkommenssteuer-Vorauszahlung. Rufen Sie sofort an: **(0211) 2503-468**

BAST-BAU

Niermannsweg 11, 4066 Erkrath 1

beschäftigt, um das Schauspiel zu genießen: Innerhalb weniger Minuten schoß der Kurs, der sich am grauen Markt bei 56 Pence eingependelt hatte, auf 68 Pence. Das war ein unerwartetes Plus von 36 Prozent gegenüber dem Einstandskurs.

Auch sonst purzelten die Rekorde.

Streit um Forschungsausgaben der EG

Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik fordern drastische Reduzierung

WILHELM HADLER, Brüssel
Harte Fronten gab es gestern im Streit um die Finanzausstattung des geplanten Rahmenprogramms der EG für Forschung und Entwicklung. Während Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik mit Rücksicht auf die angespannten EG-Finanzen bei gemeinsamen Projekten möglichst kurztreten wollten, bemühten sich die Länder mit schwach entwickelter nationaler Forschung nachdrücklich um eine großzügigere Dotierung.

Die EG-Kommission hatte für das Fünfjahresprogramm (1987 bis 1991) zunächst 10,3 Mrd. Ecu (ein Ecu gleich 2,08 DM) und später 7,7 Mrd. Ecu beantragt. Die drei großen Länder wollten die Ansätze gestärkt auf 4,2 Mrd. Ecu zusammenstreichen. Politische Rückendeckung hat die Kommission auch von Europa-Parlament Abgeordneten forderten sie sogar mit großer Mehrheit auf, ihre Vorschläge in Bausch und Bogen zurückzuziehen.

falls der Rat wesentliche Kürzungen an dem Programm vornimmt.

Nach den Römischen Verträgen besitzt die EG-Behörde ein Vorschlagsmonopol. Der Rat kann ihre Vorlagen nur einstimmig ändern. Liegt kein Vorschlag vor, ist nach herrschender Rechtsauffassung auch kein Beschluß möglich. In den letzten Wochen hat die Kommission mehrfach Vorschläge zurückgenommen, weil sie von den Regierungen so stark verwässert worden waren.

Nach Meinung von EG-Vizepräsident Karl-Heinz Narjes sind die Finanzansätze von der Kommission bereits so vorsichtig bemessen worden, daß bei den Projekten die kritische Schwelle erreicht ist. Narjes hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Forschungs-Zusammenarbeit nicht nur dazu dienen soll, die Wettbewerbskraft der europäischen Industrie gegenüber den Konkurrenten in USA und Japan zu stärken, sondern zugleich über die Entwicklung gemeinsamer Normen und die Öffnung

der staatlichen Beschaffungsmärkte einen Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes leistet.

Die Kommission argumentiert, daß bereits die „Fortsetzung“ des bisherigen Rahmenprogramms (1984 bis 1986) einen Mittelbedarf für die kommenden fünf Jahre von etwa 5,5 Mrd. Ecu ergibt. Dabei berücksichtigt sie, daß das bisherige Programm von 3,75 Mrd. Ecu für vier Jahre und für nur zehn Mitgliedsländer galt. Angesichts des von den Regierungen mehrfach bekräftigten Zieles einer erheblich erweiterten technologischen Zusammenarbeit seien die Ansätze angemessen. Die echte Aufstockung des Finanzrahmens beläuft sich jährlich lediglich auf 400 Mill. Ecu.

Die Bundesregierung trat gestern erneut dafür ein, das EG-Programm vor allem nach dem Grundsatz der Komplementarität und des „europäischen Mehrwerts“ (also des zusätzlichen Forschungsertrages gemeinsamer Projekte) zu gestalten.

De Benedetti abgeschlagen

Zweitgrößtes Verlagshaus in Frankreich wechselt Besitzer

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Im Kampf um die „Presses de la Cité“, das zweitgrößte Verlagshaus Frankreichs hinter Hachette, ist nun doch Jimmy (James) Goldsmith als Sieger hervorgegangen. Der französisch-britische Financier verkündete gestern den Erfolg seines öffentlichen Übernahmeangebots, welches mindestens 35 Prozent der Aktionäre akzeptiert haben. Damit bliebe Carlo de Benedetti auf der Strecke, obwohl er in diesem spannenden Wettstreit der Herausforderer gewesen ist.

Schon Ende September hatte der Italiener über seine französische Holding Cerus den Aktionären der Presses de la Cité ein Angebot für einen Aktienkauf unterbreitet, welches Anfang Oktober von der von Goldsmith beherrschten Generale Occidentale durch eine günstigere Tauschofferte überboten wurde. Die Finanzierung sollte in beiden Fällen durch Kapitalerhöhungen erfolgen. Gleichzeitig versuchten die beiden Kontrahenten durch Börsenkäufe ihre Position zu verstärken.

Zu diesem Zweck verbündete sich Cerus mit der französischen Gesellschaft Pechelbronn, die ihre Beteiligungen an der Presses de la Cité zuletzt auf 22,5 Prozent brachte. Angestrebt war zunächst eine Sperrminorität von 36,6 Prozent. Dagegen zielte die Offerte der Generale Occidentale auf mindestens 50,25 Prozent. Sie wurde aber von der Nachfrage deutlich überboten. Ist damit Goldsmith bei der Presses de la Cité alleiniger Herr im Hause geworden?

Diese Frage ist noch nicht ganz eindeutig zu beantworten. Denn Ende Oktober hatten Goldsmith und Benedetti überraschend bekanntgegeben, daß sie den Verlag „gemeinsam“ entwickeln und zu einer Multimediale Gruppe von europäischer Dimension erheben wollten.

Immerhin ist Goldsmith im französischen Verlagswesen schon stark vertreten. Er kontrolliert insbesondere das Nachrichtenmagazin „L'Express“ und die Zeitschrift „Lire“,

während De Benedetti bisher nur den italienischen Verlag Mondadori kontrolliert. Beiden gemeinsam ist das Streben nach maßgeblichen Beteiligungen im privaten und zu privatisierenden französischen Fernsehen, wobei es Goldsmith auf den 5. Kanal und Benedetti auf TV 1 abgesehen hat.

Vor allem aber kann sich jetzt Goldsmith dank seiner Mehrheitsbeteiligung an der Presses de la Cité den Zugriff auf deren wichtigste Gewinnquelle, den Buchklub France Loisirs, sichern. Dieser wird zu 50 Prozent von der deutschen Bertelsmann-Gruppe kontrolliert, während sich in die übrigen 50 Prozent die

Das Beste ist für Sie gerade gut genug.

SCHWEIZERHOF HANNOVER

Hannover - 3. November 1986 - Nr. 2519/2474

Presses de la Cité zu 49,85 Prozent, und deren drei Spitzenmanager mit zusammen 0,15 Prozent teilen. Ihre Verkaufszusage an Goldsmith für den Fall, daß dieser die Mehrheit bei der Presses de la Cité erlangt, dürfte sehr gut honoriert worden sein.

Zu Presses de la Cité gehören der Schulbuchverlag Bordas, verschiedene Taschenbuch-Editionen und der Anteil an France Loisirs, der allein 2 Mrd. Franc des Umsatzes von 3,2 Mrd. Franc (1985) stellte. Daraus stammte auch der größte Teil (90 Prozent) des Reingewinns von 140 Mill. Franc. Außer seinen Fernsehplänen hat Goldsmith die Absicht bekundet, über die Presses de la Cité eine neue nationale Tageszeitung herauszubringen. Eine Kooperation mit Bertelsmann erscheint dabei denkbar.

Erfolge gute Grundlage für die Zukunft

Bundesverband der Deutschen Industrie hat zehn Wünsche an die neue Bundesregierung

Von SIEGFRIED MANN

Tiefgreifende Veränderungen der Weltmärkte, wachsender weltweiter Protektionismus, deutliche Steigerungen im Tempo und Qualität des technischen Fortschritts, eine besorgniserregende Ahwärtentwicklung der Geburtenrate, schon heute erkennbare Schwierigkeiten für unser Rentenversicherungssystem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und Veränderungen der gesellschaftlichen Wertvorstellungen sind einige der Kennzeichen eines sich rasch vollziehenden Strukturwandels.

Entscheidungen, die diesen Herausforderungen gerecht werden wollen, setzen verlässliche äußere Sicherheit, den Konsens der gesellschaftlichen Kräfte in Kernfragen sowie die Bereitschaft der Bundesregierung voraus. Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik konsequent als Ganzes zu handhaben. Grundlage politischer Handeln muß weiterhin die Einsicht sein, daß eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, eine marktorientierte Wirtschaftsordnung und eine Eigenverantwortlichkeit der Menschen achtende Sozialordnung sich gegenseitig zwingend bedingen. Die Bundesregierung hat ihre Entscheidung während der zu Ende gehenden Legislaturperiode an diesem Koordinatensystem orientiert. Die Erfolge der bisher geleisteten Regierungsarbeit sind eine gute Grundlage, um die Aufgaben von morgen zu erfüllen. Die Industrie erwartet in diesem Sinne von der neuen Bundesregierung vor allem:



Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer des BDI, Köln

hinter sich läßt, vor allem die Schaffung einer Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, die den Ansprüchen von Bürgern und Unternehmen gerecht wird.

1. Kontinuität und mehr Marktwirtschaft in der Energie- und Umweltpolitik, aber auch die Einsicht, daß vor allem bei der Lösung von Umweltproblemen mehr Kooperation auch über nationale Grenzen bessere Wirkungen erzielen kann. In Zukunft bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen. Umweltbelastungen frühzeitig zu erkennen und vorsorgend zu vermeiden.
2. Als Ergebnis einer stabilitätsbewußten Reform der Schaffung eines Steuersystems, das einfach, gerecht und von Subventionstatbeständen möglichst frei ist. Die Leistungen des einzelnen sollten dabei durch einen linear-progressiven Einkommensteuertarif wieder lohnend gemacht und die Unternehmen von ihren spezifischen Steuern so entlastet werden, daß sie im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme nicht noch weiter abfallen.

3. Energie und Phantasie beim Aufbau und Ausbau einer modernen Infrastruktur. Dazu gehören neben einer leistungsfähigen Grundlagenforschung und neben einem Bildungssystem, das den ideologischen Ballast

4. Als Ergebnis einer stabilitätsbewußten Reform der Schaffung eines Steuersystems, das einfach, gerecht und von Subventionstatbeständen möglichst frei ist. Die Leistungen des einzelnen sollten dabei durch einen linear-progressiven Einkommensteuertarif wieder lohnend gemacht und die Unternehmen von ihren spezifischen Steuern so entlastet werden, daß sie im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme nicht noch weiter abfallen.

5. Die Konzipierung eines weit über die 90er Jahre hinausreichenden Rentensystems, das auch bei wirtschaftlichem Gegenwind finanzierbar bleibt, weiterhin an die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten anknüpft und dem Gedanken der Selbstverantwortung des Bürgers genügend Raum gibt.

6. Wirksames Eindämmen des gesetzlich begründeten Anteils an den Lohnzusatzkosten, die insgesamt mittlerweile 80 Prozent des Direktlohns ausmachen, von daher zu einem immer gewichtigeren negativen Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen werden und den leistungswilligen Arbeitnehmer entmutigen.

7. Eine auf Flexibilität angelegte Weiterentwicklung des Rechtssystems der Arbeitsbeziehungen mit dem Ziel, die Auslastung der Produktionsmittel zu steigern, die Entscheidungsfreiheit der Arbeitnehmer im Spannungsfeld von Arbeit und Freiheit zu erhöhen und die Chancen der Arbeitssuchenden zu verbessern.

8. Abbau der molochartig wachsenden Bürokratie auf allen Ebenen und Entwicklung von Vorkehrungen, die jeden entmutigen, der neues Gestrüpp zwischen alte Vorschriften pflanzen will.

9. Festhalten an einer Wettbewerbspolitik, die sich unter Verzicht auf populistische Sprünge am Leitbild eines dynamischen Wettbewerbs orientiert, nur den Maßstab des Marktes bei der Beurteilung wirtschaftlicher Macht gelten läßt und der zunehmenden Internationalisierung Rechnung trägt.

10. Geduldige, aber auch couragierte Unterstützung aller Schritte zur Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes, zur Überwindung des räumlichen Systems der europäischen Agrarpolitik und zur Eindämmung der weltweit wachsenden Tendenzen protektionistischer Abschottung.

Heizöltanks sind prall gefüllt

Esso-Studie: Verkauf hat sich seit August halbiert

adh. Frankfurt
Die Deutschen sind Weltmeister im Vorsorgen: Ihre privaten Heizöltanks mit einer Kapazität von rund 33 Mill. Tonnen (bei einem Jahresverbrauch von 35 bis 36 Mill. Tonnen) sind prall gefüllt. Sie haben vor allem den Tiefstand der Heizölpreise im Juni von rund 20 Pfennig je Liter genutzt. Seit August können die Ölfirmen pro Monat nur noch rund zwei Mill. Tonnen verkaufen, gegenüber vier Mill. in „normalen“ Zeiten.

In ihrer Herbstprognose über die weitere Entwicklung des Energiebedarfs in der Bundesrepublik erwartet die Esso AG bis zum Jahr 2000 nur einen moderaten Anstieg um drei bis acht Prozent. Denn die Deutschen gehen ungeachtet der günstigen Preise, sparsam mit der Energie um. Bei den Mineralölprodukten rechnet Esso sogar mit einem Rückgang des Verbrauchs. Das gilt auch für Benzin, für das die Durchschnittspreise in die-

sem Jahr um rund 40 Pfennig auf 98 Pfennig je Liter zurückfielen. Zwar hält Esso im kommenden Jahr „erratische“ Schwankungen für möglich, in der Tendenz wird der Preis aber erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder stark steigen. Mit einem Anteil von 33 bis 35 Prozent an der Deckung des gesamten Energiebedarfs bleibt Mineralöl der führende Energieträger.

Auholen wird nach Esso-Ansicht die Steinkohle, wegen der stärkeren Verwendung bei der Stromerzeugung, und das Erdgas. Bei Kernergie wird mit nur einem leichten Anstieg auf 13 bis 14 (heute zehn) Prozent des Energiebedarfs gerechnet, falls die derzeitigen Anlagen weiterlaufen und die im Bau befindlichen den Betrieb aufnehmen. Bei Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie sieht die Prognose kaum Steigerungsmöglichkeiten über den heute erreichten Anteil von zwei Prozent hinaus.

Internationale Finanzen

Kajima: Der japanische Baukonzern begibt Eurobonds über 100 Mill. Dollar mit Fälligkeit 23. Dezember 1991 mit Warrants zum Kauf von Aktien des Unternehmens mit einem indizierten Kupon von 3,625 Prozent. Jeder Bond über 5000 Dollar ist mit einem Optionschein ausgestattet, der zum Kauf von Aktien von 2,5 Prozent über dem Schlusskurs bei Festlegung der Konditionen am 15. Dezember berechtigt.

Dollar-Anleihe: Mit Fälligkeit 2. Februar 1997 legt die Stadt Oslo 7,875prozentige Eurobonds über 150 Mill. Dollar zu einem Kurs von 101,5 Prozent auf.

Bankers Trust: Unter eigener Führung legt die Bank eine fünfjährige Anleihe über 100 Mill. Dollar zu 101,875 Prozent auf. Halbjährlich können über Zinsscheine Kupons von 5,8; 6,01; 6,23; 6,46; 6,70; 6,94; 7,20; 7,46; 7,73; 8,01 und 8,31 Prozent bezogen werden.

KHD Dutch Finance: über 75 Mill. Dollar begibt das Unternehmen eine achtprozentige Anleihe mit fester Laufzeit von sieben Jahren und einem Kurs von 99,5 Prozent.

Options-Anleihe: Mit Fälligkeit 7. Januar 1992 legt Nippon Gas eine 2,25prozentige Anleihe mit Optionschein über 50 Mill. Sfr. auf. Sie kann vom 7. Juli 1987 an zu 102,25 Prozent getilgt werden. Danach verringert sich der Rückkaufkurs halbjährlich um 0,25 Prozent bis auf pari. Jeder Teilschuldverschreibung über nominal 50 000 Sfr. sind Optionscheine beigelegt, die zum Kauf von Aktien des Unternehmens berechtigen. Die Optionskonditionen wird Nippon Gas am 15. Dezember festlegen.

Remy Finance: 7,625prozentige Eurobonds über 40 Mill. Ecu (rund 83 Mill. DM) legt das Unternehmen bei einem Kurs von 101,625 Prozent auf. Die Anleihe kann nicht vor dem 15. Januar 1992 getilgt werden.

Wir trauern um

Dr. Günter Middel

geb. 8. Dezember 1908 gest. 7. Dezember 1986

Eva Middel geb. Arnold und die Kinder
Rolf Middel
Hannelore Czypul geb. Middel
Dieter Middel
Heidi Heimann geb. Middel
Berni Middel
Monika Köhn
und Angehörige

Bebelallee 61 F
2000 Hamburg 60

Trauerfeier am Freitag, dem 12. Dezember 1986, um 12.00 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle 8.

LINIENFLÜGE Berlin-Dortmund Berlin-Paderborn

TEMPELHOF AIRWAYS USA
1000 Berlin 42, Flughafen Tempelhof
Buchungen: Berlin: 0 30 / 6 90 94 31
Dortmund: 0231/21 89 150
Paderborn: 0 29 55 / 10 25
und in allen Reisebüros
Tgl. 2 Flüge, Mo.-Fr., 1 Flug So., Dortmund auch Sa.

KARL KNAUER
Verpackungen - Werbemittel
7616 Elberach/Bd., Postfach 1280
Tel. 07835/782-0 · Telex 7825515

PRACK
hilft mit Rat + Tat: 0208/422275
Besonders wichtig: Eine angebotene
Sicherung sperrt die Liebe aus, auch
wenn Sie nicht zu Hause sind.

Wahrsagerin Virchow
Tel. 0 62 62 / 1 04 24

Brot für die Welt
... daß alle leben

BEKANNTMACHUNGEN

Zwangsversteigerung
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Hamburg 80, Ochsenwerder Landstr. 67, belegene, im Grundbuch von Spoddenland Blatt 193 (Flurstück 1059) auf den Namen
Dr. med. Susanne Leonore Sangpiel geb. Jähkel
eingetragene Grundstück, Größe: 1000 m², durch das Gericht versteigert werden.
Das Grundstück ist bebaut mit einem zur Zeit vermieteten großzügigen, nicht unterkellerten Flachdachbungalow, Baujahr 1971, nebst Garage, in normaler Wohnlage gelegen. Die Ausstattung ist großzügig (Fußbodenbeläge überwiegend Marmor). Wohnfläche 130 m², 4 Zimmer mit Nebenräumen.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG DM 540 000,-
Feuerkassentaxe DM 78 920,-
Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf
Freitag, 26. 1. 1987, 9.00 Uhr, 1. Stock, Zimmer 114,
vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Str. 8.

FINANZANZEIGE

Thyssen gibt bekannt:

1. Aufforderung zum Umtausch
der auf August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft
lautenden Aktien - Wertpapier-Kenn-Nr. 748 500 -

Die Aktien unserer Gesellschaft sind derzeit nur noch mit Erneuerungsschein lieferbar, so daß die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheine erforderlich wird. Da außerdem die Aktien unserer Gesellschaft nach auf die Firma „August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft“ (lauten und diese Firma nicht § 1 Abs. 1 unserer geltenden Satzung entspricht, beabsichtigen wir, neue, der Satzung entsprechende Aktienurkunden auszugeben.

Wir fordern unsere Aktionäre daher auf, ihre noch auf die alte Firma lautenden unrichtig gewordenen Aktienurkunden mit Erneuerungsschein in der Zeit vom 17. Dezember 1986 bis 18. März 1987 einschließlich bei einem der nachstehend genannten Kreditinstitute während der üblichen Schalterstunden zum Umtausch gegen auf „Thyssen Aktiengesellschaft“ vom August Thyssen-Hütte“ lautende Aktien einzureichen:

Dresdner Bank AG; Bank für Handel und Industrie AG; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG; Bayerische Landesbank Girozentrale; Bayerische Vereinsbank AG; Berliner Bank AG; Berliner Commerzbank AG; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank AG; O.G. Bank Deutsche Genossenschaftsbank; Hessische Landesbank - Girozentrale -; Marcard & Co.; Merck, Finck & Co.; Norddeutsche Landesbank Girozentrale; Sal. Oppenheim jr. & Cie.; Smonbank AG; J. H. Stein; Trinkaus & Burkhart KGaA; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; Westdeutsche Landesbank Girozentrale; Westfälische Bank AG; Commerz-Credit-Bank AG Europartner; Deutsche Bank Saar AG; L'Européenne de Banque; Schweizerische Bankgesellschaft; Schweizerische Kreditanstalt; Schweizerischer Bankverein.

Die neuen Aktien im Nennbetrag von DM 50,-, DM 500,- und DM 1000,- tragen das Ausstellungsdatum „im Juni 1986“ und sind mit Gewinnanteilscheinbogen, enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 1 bis 20 und Erneuerungsschein, ausgestattet.

Solange die umzutauschenden Aktien von einem Kreditinstitut verwahrt werden, wird der Umtausch von dort veranlaßt; in diesem Fall ist vom Aktionär nichts zu unternehmen.

Die neuen Aktienurkunden werden den Aktionären provisions- und spesenfrei zur Verfügung gestellt. Die Depotbanken werden gebeten, sich wegen der Erstattung der Provision mit einer der genannten Umtauschstellen in Verbindung zu setzen.

An allen deutschen Wertpapierbörsen werden die Aktien unserer Gesellschaft in der Zeit vom 17. Dezember 1986 bis 19. Januar 1987 einschließlich sowohl in alten als auch in neuen Aktienurkunden lieferbar sein. Mit Ablauf des 19. Januar 1987 wird die Lieferbarkeit der alten Aktienurkunden zurückgenommen werden, so daß danach nur noch die neuen Aktienurkunden lieferbar sind. An den in Frage kommenden ausländischen Wertpapierbörsen werden die neuen Aktienurkunden ebenfalls vom 17. Dezember 1986 an lieferbar sein.

Die nicht eingereichten unrichtig gewordenen Aktienurkunden werden wir nach § 73 AktG für kraftlos erklären. Die hierzu erforderliche Genehmigung ist uns vom Amtsgericht Duisburg, Registergericht, erteilt worden.

Duisburg, im Dezember 1986

Der Vorstand

THYSSEN
THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT

Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung und Frieden.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel · Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Preussag noch im Plus

Aber: Erhebliche Probleme im Metallbereich bis 1987

dos, Hannover
Trotz riesiger Verluste im Metallbereich und erheblicher Belastungen in der Versorgungsschiffahrt schreibt die Preussag AG, Hannover, noch schwarze Zahlen. Vorstandsleiter Günther Saßmannshausen wollte sich bei der Erläuterung der Neumonnats-Zahlen aber nicht festlegen, wie das Bilanzergebnis 1986 aussehen wird. Aus heutiger Sicht sei die „Gestaltung der Bilanz“ noch völlig offen. So gesehen ließen sich auch Fragen nach der Dividende nicht beantworten, wemgleich die Preussag „nie angeschüttet hat, was nicht verdient wurde“. Für 1985 erhielten die Aktionäre noch acht (neun) DM Dividende.

Nach Saßmannshausen sind die Schwierigkeiten im laufenden Jahr durch die Entwicklung der Metall- und Erdölpreise, die Währungskursänderungen und die Lage auf dem Anzeiger

Die BERUFS-WELT
bietet Ihnen seitensweise Karriere-Chancen.
Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon: 0130-60 60 (Ortsanruf).
DIE WELT
INTERNATIONALE ZEITUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT

Kabelmetal mit hohen Abschreibungen

Die Dividende bleibt unverändert 5,50 Mark - Hoffnung auf Belebung im Baugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Mit vielen Wenn und Aber versteht Jörg Stegmann, Vorstandsvorsitzender der zur MAN-Gruppe gehörenden Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, seine Prognosen zur weiteren Entwicklung im Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.). Ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr, so Stegmann, seien nur erreichbar, wenn der Winter nicht allzu lange dauert, die Tarifabschlüsse im Rahmen bleiben und vor allem der Verfall der Kupferpreise endlich gestoppt wird. Speziell der letztgenannte Faktor hat im vergangenen Jahr einige Hoffnungen zerschlagen. Rund 15 Mill. DM kosteten die Niederwert-Abschreibungen.

Wären diese Aufwendungen nicht wirksam geworden, hätten wir über eine Dividendenerhöhung nachgedacht“, sagte Stegmann. Statt dessen bleibt Kabelmetal bei der Vorjahresdividende von 5,50 DM. Inzwischen wird neuerlicher Bedarf sichtbar: Die Kupferpreise sind seit Ende Juni um weitere 35 Pfennig pro Kilogramm gesunken. Insgesamt zeige die Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten 1986/87 ein ähnliches Bild wie im Vorjahr. Dies gelte sowohl für Auftragsingang und Umsatz wie für das Ergebnis. Einen Ausgleich für das schwächer werdende Geschäft mit den Industriekunden erhofft sich Stegmann von der Belebung der Bauwirtschaft.

Mit den Ergebnissen des Jahres 1985/86 zeigt sich Stegmann insgesamt zufrieden. Der Umsatz wird mit 686 (681) Mill. DM ausgewiesen. Bereinigt um Kupferpreisschwankungen ergibt sich ein Plus von 3,1 Prozent. Der Bilanzgewinn blieb trotz der Bestandsabwertungen mit 14,8 (14,9) Mill. DM auf Vorjahresniveau. Der Cash-flow erreichte 33,7 (37,9) Mill. DM; der Gewinn pro Aktie vor Steuern stieg auf 19,07 (18,08) DM. Im Beteiligungsbereich bereitet nur die Berliner Messing-Tochter, die noch immer hohe Verluste vortragen muß, einige Sorgen. Nach den Worten Stegmanns brachte der Verkauf der 25-Prozent-Beteiligung an Les Cables de Lyon zwar einen Buchverlust. Insgesamt aber seien in die Kasse von Kabelmetal im Zuge der Abgabe der Kabelaktivitäten „zwischen 100 und 200 Mill. DM“ geflossen, wobei die obere Grenze realistischer sein dürfte.

Nach Ei-Skandal geht es bei Birkel wieder aufwärts

nl Weinstadt

Die durch die Flüssige-Affäre stark in Mitleidenschaft gezogene Birkel-Firmengruppe, Weinstadt-Endersbach, mit Abstand größter deutscher Teigwaren-Hersteller, sieht sich wieder auf dem aufsteigenden Ast. Wie Klaus Birkel, geschäftsführender Gesellschafter der B. Birkel Söhne GmbH, anlässlich einer Informationsveranstaltung in Weinstadt mitteilte, peile die Gruppe nach dem drastischen Umsatzrückgang des Jahres 1985 auf etwa 350 (400) Mill. DM für das laufende Jahr 1986 einen Wiederanstieg auf die 400-Millionen-Marke an.

Karte: Vorerst noch keine „Notleine“

dpa/VWD, Duisburg

Die fortschreitende Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik bietet nach Auffassung des Bundeskartellamts noch keinen Anlaß, „die Notleine zu ziehen“. Zwar bestehe Grund zur Sorge, wenn den jüngsten spektakulären Unternehmenszusammenschlüssen weitere ähnlicher Größenordnung folgen sollten, erklärte der Präsident des

Gewußt wo!



GLOBUS-EXECUTIVE
Durchwahl: 0221-160 26 56

Bundeskartellamt, Prof. Wolfgang Karte, in Duisburg, doch sei zu berücksichtigen, daß mit diesen Konzentrationen vielfach nur die Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes vollzogen werde. Die Öffnung der Märkte habe in den letzten Jahren „ungeheure Wettbewerbsimpulse“ gebracht, die auch durch die Konzentrationsprozesse in Inland nicht „aufgefressen“ würden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Stahlimporte begrenzt

Brüssel (VWD) - Die EG ist nicht bereit, den jungen* Stahlländern einen stärkeren Zugang zum Gemeinschaftsmarkt zu ermöglichen. Die Mitgliedsländer haben sich grundsätzlich auf ein neues Stahlimportsystem für 1987 geeinigt, mit dem den Lieferländern Jahreshöchstmengen vorgegeben und sie als Gegenleistung nicht von Antidumpingmaßnahmen erfaßt werden. Es soll in der kommenden Woche vom Ministerrat ohne weitere Beratungen verabschiedet werden. Unter anderem ist ein erstes Abkommen mit Venezuela vorgesehen.

Weniger Aufträge

Wiesbaden (Wb.) - Der Feuerfest-Spezialist Didier Werke AG hat sich für 1986 auf ein geringeres, aber insgesamt noch befriedigendes Ergebnis eingestellt. In den ersten neun Monaten stieg der AG-Umsatz - gestützt durch die Abrechnung eines 1985 weitgehend fertiggestellten Großauftrags - um 4 Prozent auf 610 (586) Mill. DM. Fürs Gesamtjahr wird ein leichter Rückgang erwartet, nachdem die Auftragsengänge um 4 Prozent unter dem Vorjahresniveau blieben.

Keine Überraschung

Eschborn (VWD) - Von der Ankündigung der US-Muttergesellschaft, der Allied-Signal Inc., sieben Tochterunternehmen einschließlich der Linotype-Gruppe zu verkaufen, zeigt sich die Unternehmensleitung der Mengenthaler Linotype GmbH, Eschborn, nicht überrascht. Es gebe im Gegenzug Überlegungen, wurde bestätigt, sich in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und an die deutschen Wertpapierbörsen zu gehen.

Soziale Defizitwirtschaft

Paris (J. Sch.) - Die gesetzliche französische Sozialversicherung wird dieses Jahr nach letzten amtlichen Schätzungen bei einem Budget von rund 700 Mrd. Franc mit einem Defizit von 20,9 Mrd. Franc abschließen. Das wären 900 Mill. Franc mehr als die neue Regierung im Juli eingeplant hatte. Dem stehen zwar 30 Mrd. Franc Reserven gegenüber. Aber sie dürften bis zum Frühjahr 1987 voll verbraucht sein. Für das nächste Jahr steht nämlich der Sécurité Sociale ein Defizit von mindestens 30 Mrd. Franc ins Haus. Nach einer Senatsuntersuchung sind auch die mittelfristigen Perspektiven „besorgniserregend“.

Handel aufgenommen

Tokio (VWD) - Das Tokioter Finanzministerium (MOF) hat der Aufnahme des Handels in japanischen Regierungsschuldtiteln an der London International Financial Futures Exchange (LIFFE) zugestimmt. Damit können erstmals derartige Papiere außerhalb Japans an einer Terminbörse gehandelt werden.

Mitsprache-Recht

Kassel (VWD) - Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, daß der Betriebsrat bei der Anordnung von regelmäßig anfallender Mehrarbeit mitzubestimmen hat. Das Gericht bejahte das Regelungsbedürfnis für das Rechenzentrum einer Bank in Niedersachsen, weil dort immer wieder Mehrarbeit anfällt. (AZ: Bundesarbeitsgericht 1 ABR 17/85)

Aktien-Umtausch

Duisburg (dpa/VWD) - Die Thyssen AG, Duisburg, hat ihre Aktionäre zum Umtausch der Anteilspapiere aufgerufen: In der Zeit vom 17. Dezember 1986 bis 18. März 1987 müssen die noch auf den alten Firmennamen August Thyssen-Hütte AG lautenden Aktienurkunden, mit Erneuerungsschein durch Aktien der Thyssen AG, vorm. August Thyssen-Hütte mit Gewinnanteilscheinbögen ersetzt werden. Aktionäre, die alte Urkunden selbst verwahren, sollen diese bei ihrem Kreditinstitut einreichen. In einem Bankdepot liegende Papiere werden automatisch umgetauscht.

Keine Verjährung

Köln (VWD) - In dem Verfahren gegen den Kölner Immobilienkaufmann und Abschreibungsexperten Renatus Rüter und fünf Mitangeklagte hat das Kölner Landgericht gestern die Anträge der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens wegen Verjährung abgelehnt. Rüter soll zahlreiche Anleger um insgesamt mehr als 50 Mill. DM betrogen haben.

WMF besser ausgelastet

Stuttgart (nl) - Der Gruppenumsatz der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) verringerte sich in den ersten zehn Monaten des Jahres um 1,9 Prozent auf 483 Mill. DM, der des Stammhauses erhöhte sich leicht um 0,1 Prozent auf 443 Mill. DM, wovon 57,9 (53,4) Prozent auf den Export entfielen.

TWS forciert Investitionen

Stuttgart (nl) - Die Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS) planen für 1987 eine weitere Steigerung der Investitionen auf insgesamt 536 (1985: 501) Mill. DM. Etwa ein Drittel der Sachinvestitionen soll auf die Elektrizitätsversorgung, davon gut 45 Prozent für Umweltschutzmaßnahmen.

Rückstellungen „ausgekehrt“

Aachener und Münchener Leben mit Sonderausschüttung

Py, Düsseldorf
Die Kunden der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG (AM-Leben), Aachen, erhalten in den Jahren 1987 bis 1989 insgesamt rund 320 Mill. DM an Sonderausschüttungen auf die jeweiligen Überschussguthaben ihrer Versicherungsverträge. Nach Angaben des Unternehmens steigt damit „im Sinne einer zeitnahen Überschussbeteiligung“ der Zinsüberschußanteil von zur Zeit 4,2 auf jeweils 5,6 Prozent in den kommenden drei Jahren. Das bedeute eine Gesamtverzinsung des Guthabens einer Lebensversicherung von 8,6 Prozent (drei Prozent rechnermäßige Verzinsung, 4,2 Prozent normale Überschussbeteiligung und 1,4 Prozent Sondergutschrift).

waren. Sie landeten bisher erst nach Jahren auf den Kunden-Guthabekonten. Dies war seit längerem ein Kritikpunkt des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV). Inzwischen haben sich alle Versicherer zum „Auskehren“ der Rückstellungen erklärt. Die AM-Leben wird ab Januar 1987 ihre neuen Tarifwerke einführen.

Wie in den Vorjahren hatte die AM-Leben 1986 einen guten Geschäftsverlauf. Der Vorstand rechnet mit einer Steigerung des Neugeschäfts um 8,2 Prozent auf 5,3 Mrd. DM und mit einem Bestandswachstum von 9,2 Prozent auf 34,6 Mrd. DM Versicherungssumme. Auch die Steigerung des Prämienaufkommens um 7,9 Prozent auf über 1 Mrd. DM lag über dem Branchendurchschnitt. Zur Ertragsentwicklung (1985: 292 Mill. DM Rohüberschuß und 15,8 Mill. DM Jahresüberschuß) sowie zu der möglichen Dividende (1985: 10 DM je 50 DM-Aktie) sagt die AM nichts.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Jürgen Bischoff, Baumtischler und Maurermeister, Uplusen; Augsburg: ORO-Schulvertriebs-GmbH, Diedorf; Bielefeld: Borgstätt GmbH L.L., Steinhagen; Bingen: Franz Josef Fürber, Alsenh. d. Pa. Jakob Peser I, Ockenheim; Buxtehude: B & S Sicherheits-technik GmbH, Buxtehude-Hedendort; Coesfeld: August Möllers, Kaufmann, Dülmen; Diepholz: Textilfabrikation Diepholz GmbH, Dülmen; Weber + von Hoegen Baunternehmung GmbH, Nachl. d. Ferdinande Albin, Linnich; Frankfurt: Buchen Grundbesitzes mbH u. Co. KG, Mönchengladbach; Gifhorn: Ollms-Bauges. mbH, Hamburg; Lieselotte Goss geb. Fiebbe, Taxifahrerin, Schmalfeld; Mainz: Günter Bubba, Moers; FEDE Bedachungen GmbH, Neuss; Elpe Watch Handel- u. Versandhandel GmbH, Handel u. Versandhandel mit Uhren u. elektronischen Erzeugnissen, Meer-

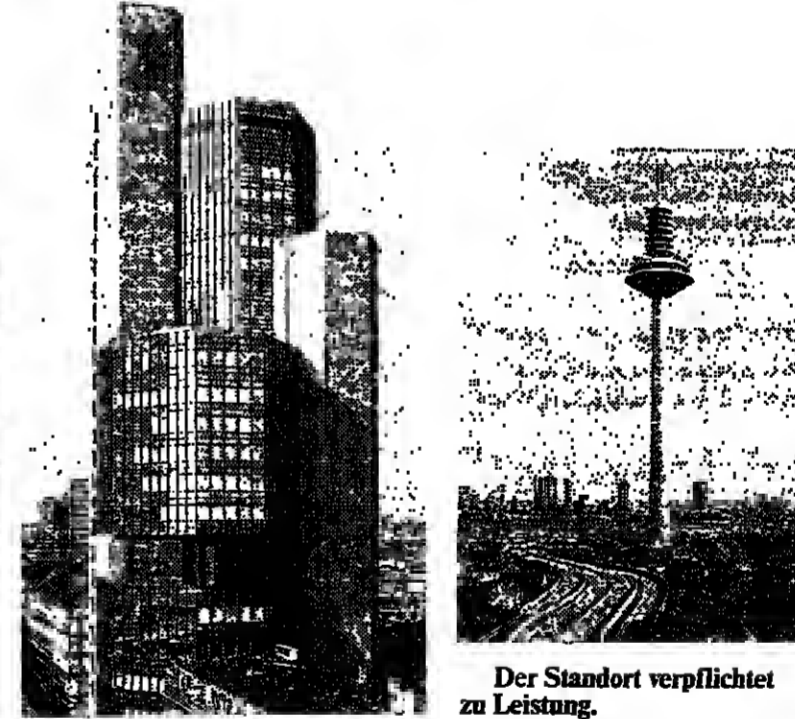
PERSONALIEN

Michael Peters, bisher Frachtdirektor Nordamerika der Hapag-Lloyd AG, wird am 1. Januar 1987 in die Geschäftsführung der Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH eintreten. Günther Casjens wird Direktor der Hapag-Lloyd AG für Nordamerika.
Dr. Jochen Hartmann wurde zum Vorsitzenden, Dr. Bodo Schlosshahn wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden und Hermann Meyer zum Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates der Geha-Werke GmbH, Hannover, bestellt.
Gerhard Lehnen, bisher bei John Deere in Zwehrücken, ist in die Geschäftsführung der Claas Saugbau GmbH eingetreten.

PERSONALIEN

busch; Neustadt/Edpa: Fritz Wilhelms, Oldenburg; Selk-Electronic Industrie- und Export GmbH, Burg a. F.; Osnabrück: Hermann Vernooij, Bohmte; Paderborn: a) Nordhaus-Fertigbau; b) Fritze-Bau KG c) Kaufmann Theodora Fritze geb. Plügge, Hovelhof; Pirmasens: Edmund Behrendt GmbH, Scheinefeld; Rastatt: Neusast-Vertrieb Gerd Schröder GmbH, Deckbergen; Waldsm-Tiengen: IZV Immobilien-Betreuungs- u. Verwaltungsges. mbH, Hausen i.W.; Wolftratshausen: VERCO - Putz - Lechner GmbH, Weyarn-Holzling; Wuppertal: Rudi Habermann GmbH, Han.
Anschluß-Konkurs eröffnet: Elze: Gebüder Meier Fahrzeugbau GmbH, Elze OT Wülfingen; Niebüll: Alex Bahnsen.
Vergleich eröffnet: Kain: Klein-Handel- u. Versandhandel GmbH, Vergleich beauftragt: Wuppertal: EOB Baunternehmung GmbH & Co.

Central Money Desk: Zugriff auf nationale und internationale Geld- und Devisenmärkte sichert Flexibilität und Kreativität. Helaba Frankfurt.



Der Standort verpflichtet zu Leistung.
Der Standort in der Frankfurter City, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd DM sowie über 69 Mrd DM Geschäftsvolumen, mehr als 51 Mrd DM Kreditvolumen und über 28 Mrd DM Umlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Das bringt Ihnen Kostenvorteile und Zeitersparnis.
Von einem einzigen Gesprächspartner erhalten Sie maßgeschneidert Ihre Bedürfnisse die gesamte Leistungspalette der nationalen und internationalen Märkte.
Erstklassiges Rating und starke Stellung im Markt dokumentieren das hohe Standing der Bank. Die Helaba Frankfurt steht Ihnen mit allen Ressourcen eines großen und leistungsstarken Emissionshauses zur Verfügung.
Nicht nur eine neue Organisation, sondern eine neue Philosophie.
Ihr Gesprächspartner am Central Money Desk der Helaba Frankfurt steht mit beiden Beinen im Markt. Seine wichtigste Aufgabe ist Ihre Beratung. Für Sie sucht er kostengünstige Problemlösungen, verknüpft Individualität und Leistung mit dem Standing und der Organisation einer großen Bank. Unser Ziel ist Qualität des Services und der Produkte.

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank - Girozentrale

Die Tragödie des Inselstaates hält an, solange Ankara seinen Willen diktiert

Auch Vermittlungsversuche des UNO-Generalsekretärs für mehr Verständigung sind gescheitert

Von E. ANTONAROS

Zypern ist das moderne Synonym für das Wort "Tragödie", sagte kürzlich ein griechisch-zyprischer Politiker. Diese Formulierung mag melodramatisch klingen. Völlig übertrieben ist sie allerdings nicht. Denn sie schildert die politische Situation auf dieser erst seit einem Vierteljahrhundert unabhängigen Inselrepublik, die das Potential für einen im östlichen Mittelmeer ungewöhnlichen Wohlstand besitzt, aber seit über zwölf Jahren hoffnungslos in einen griechischen und einen türkischen Sektor geteilt ist. Was noch schlimmer ist: Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht - trotz der Bemühungen des UNO-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar um eine Einigung von Griechen und Türken.

Perez de Cuellar bisher letzter Vermittlungsversuch war im Frühjahr gescheitert: Er überraschte die Inselgriechen, die immerhin knapp 80 Prozent der Inselbevölkerung ausmachen, sich aber mit nur 63 Prozent des Inselterritoriums abfinden müssen, mit einem Friedensvorschlag, den sie in dieser Form kaum hätten akzeptieren können.

Neue Taktik angewendet

Richtig erkannte Staatspräsident Spyros Kyprianos, dessen "Demokratische Partei" bei den Parlamentswahlen am 8. Dezember 1985 unerwartet viele Stimmen gewonnen hatte, daß das UNO-Paket die Rechte und die Erwartungen der Inselgriechen "weitgehend" außer acht lassen und erhebliche Konzessionen an die

Inselgriechen mache. Cuellars Entwurf befaßte sich tatsächlich in erster Linie mit der verfassungsmäßigen Aufgliederung der künftigen "Bundesrepublik Zypern", womit sich die Griechen mittlerweile, wenn auch widerstrebend, abgefunden haben. Unter anderem wurde der türkischen Minderheit die Möglichkeit eingeräumt, ihr unangenehme Gesetze zu blockieren und dadurch die Regierungsarbeit zum Stillstand zu bringen. Zur Ratifizierung eines Gesetzes - so der Cuellar-Plan - müßte mindestens die Hälfte der türkisch-zyprischen Abgeordneten einverstanden sein. "In der Praxis bedeutet dies, daß weniger als zehn Prozent der Inselbevölkerung der Mehrheit seinen Willen diktieren kann", stellte der Staatssekretär im zyprischen Außenministerium, Andreas Mavrommatis, fest.

Völlig außer acht ließ das UNO-Papier dagegen die für die Inselgriechen von Bedeutung her mittelwichtigen drei Freiheiten: Dabei geht es um die Bewegungs- und die Niederlassungsfreiheiten sowie das Recht auf den Erwerb von Grundbesitz im gesamten Hoheitsgebiet der Inselrepublik. Dieser Punkt, der den Griechen inzwischen bedeutsamer als die proportionale Aufteilung des Inselgebiets erscheint, sowie der Abzug der auf Nordzypern stationierten türkischen Besatzungstruppen sollten, zu einem späteren Zeitpunkt, von gemischten Ausschüssen erörtert werden.

Es ist daher kein Wunder, daß die Türken diese für sie günstige Handhabung des Problems sofort begrüßten und das Paket als Verhandlungsgrundlage akzeptierten. Die Inselgrie-

chen dagegen verlangten in einer mehrseitigen Antwort Kyprianos zusätzliche Erläuterungen. Daher hieß es auf einmal, sie hätten Cuellars Friedensinitiative zurückgewiesen.

Obwohl mehrfach, mal von den Griechen, mal von den Türken, schwer enttäuscht, denkt de Cuellar nicht daran, seine Bemühungen um die friedliche Lösung der Zypern-Frage aufzugeben. Als einstiger Zypern-Beauftragter seines Vorgängers Waldheim fühlt er sich ausreichend gut informiert und mit der leider von Jahr zu Jahr immer komplizierter werdenden Problematik gut vertraut, um eine für beide Seiten akzeptable Lösung herbeizuführen.

Die Zeit arbeitet gegen die Griechen

Seit einigen Wochen wendet Cuellar eine neue Taktik an, nachdem er alle in der Diplomatie üblichen Beziehungen für Vermittlungsinitiativen ohne sichtbaren Erfolg ausgeschöpft hat. Auf zunächst niedriger Ebene sollen Sonderemissäre von ihm die Gemeinsamkeiten und die bereits in Teilspekten erzielte Einigung hervorheben, um die beiden Volksgruppen wieder ins Gespräch miteinander zu bringen. Zwar halten sich die beiden Seiten nach den ersten Kontakten äußerlich bedeckt und wollen keineswegs den Eindruck erwecken, daß auch nur geringe Erfolge erzielt werden könnten. Aber erst nach einigen Monaten wird sich zeigen, ob diese mühsame Detailarbeit erfolgreich gewesen ist oder nicht.

Optimismus wäre allerdings fehl am Platz. Zwölf Jahre sind eine

lange Zeit, die beiden Volksgruppen haben sich auseinandergeliebt, wer die beiden Inselteile besucht, gewinnt eher den Eindruck, daß man sich mit der Teilung abgefunden hat, selbst wenn man sie im Grunde genommen nicht mag.

Für die Griechen ist es verständlicherweise schwer verdaulich, daß die Türken mit Gewaltanwendung den reichsten Inselteil weggerissen haben. Daher geht es ihnen in erster Linie zur Zeit darum, die völkerrechtliche Anerkennung des türkisch-zyprischen Teilstaates zu verhindern. Bisher hat ja nur das Mutterland Türkei den selbständig kaum überlebendigen Staat anerkannt. Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für die Inselgriechen wiederum der ausschlaggebende Grund für die Suche nach einer Einigung mit den Inselgriechen. Dann erst könnten sie ohne Wirtschaftsembargo und durch die Öffnung der Weltmärkte für ihre Produkte einen Teil ihrer Probleme meistern.

Diese Überlegungen sind auch den Inselgriechen gut bekannt: Indem sie die Inselgriechen weltweit immer deutlicher in die Enge treiben, hoffen sie, Türkenführer Denktaş und Ankara zu einem akzeptablen Kompromiß zu zwingen. Diese Politik birgt allerdings große Gefahren in sich, so sehr niemand den rechtlich einwandfreien Standpunkt der Griechen übersehen kann: Sie verweigert die Teilung der Insel und die Trennung der beiden Volksgruppen. Je mehr Zeit verrinnt, um so schwieriger wird die Annäherung sein. Diese Erkenntnis mag für die Griechen bitter sein, aber sie ist wahr: Die Zeit arbeitet nicht mehr für, sondern gegen sie.



Aphrodites Strand an der Südküste, die Göttin bringt wichtige Devisen

FOTO: DIE WELT

Deutscher Export wächst ständig

Wichtigster Handelspartner der Inselrepublik ist die Europäische Gemeinschaft

In Frankfurt am Main und in Hamburg fanden Anfang Dezember Informationsveranstaltungen zum Thema "Wirtschaftspartner Zypern" statt, und Vertreter der Industrie- und Handelskammern beider Städte, die das Programm organisierten, äußerten sich "überrascht und von großem Interesse" wie es der Geschäftsführer der Handelskammer Hamburg, Abteilung Außenwirtschaftsdienst, Schöne, formulierte.

Der Grund hierfür liegt naturgemäß in der "wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsgeschichte" der Insel, die Andreas Patsalides, der Gouverneur der Bank of Cyprus in Frankfurt, darin erblickte, daß es "Zypern gelungen ist, sich von einer unterentwickelten, armen landwirtschaftlichen Wirtschaft in eine mit beneidenswertem Lebensstandard zu entwickeln und zu einer wachsenden exportorientierten Industrie und einem modernen Agrarbereich gefunden zu haben, ein attraktiver Standort für Investitionen und Offshore-Operationen und schließlich ein international anerkanntes Touristenzentrum geworden zu sein".

Tatsächlich hat Zypern heute trotz seiner Teilung im Jahre 1974 den höchsten Lebensstandard der Region. Ende 1985 betrug das pro-Kopf-Einkommen 4400 Dollar. Trotz der weltweiten Rezession zu Beginn der 80er Jahre wuchs das reale Einkommen während der ersten Hälfte der 80er Dekade um 5,2 Prozent und lag bei 1985 bei 3,7 Prozent.

problemlos als die eines industrialisierten Landes bezeichnen.

Über die Gründe des Erfolgs gibt es viele Mutmaßungen. Patsalides nannte als Gründe die "alte Kultur, den hohen Bildungsgrad und ein hart arbeitendes, anpassungsfähiges, freundliches und gastfreies Volk". Die Insel schließlich liege geographisch an zentraler Stelle zwischen Europa, Asien, dem Nahen Osten, der Golfregion und Afrika. Dies lade geradezu zum Aufbau von Transithandel und Offshore-Geschäften ein.

Die milden Winter, der dauerhafte Sonnenschein, die hervorragenden Strände, moderne Hotels und eine geschichtreiche Landschaft machten Zypern zu einem für die Touristen und Geschäftsleute interessanten Ort. Und schließlich verfolgte die Regierung eine liberale Wirtschaftsphilosophie und -Politik.

Auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Zypern kommt dies zum Ausdruck. Der deutsche Export stieg von 347,8 Millionen Mark 1984 auf 358,3 Millionen Mark im Jahre 1985 und erreichte in den ersten sieben Monaten 1986 183,6 Millionen.

Aus Zypern wurden 1984 Waren im Gegenwert von 67,1 Millionen Mark, 1985 64,9 Millionen Mark und in den Monaten Januar bis Juli 47,2 Millionen Mark importiert, was auf eine deutliche Steigerung im Jahr 1986 hinweist. Gleichwohl hat die Bundesrepublik auch in diesem Zeitraum noch einen deutlichen Ausfuhrüberschuß von 136,4 Millionen Mark aufzuweisen.

Während die Bundesrepublik überwiegend Südfrüchte, Gemüse, Konserven und Säfte importiert, treten aus deutschen Häfen vor allen Dingen Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge und elektrotechnische Produkte die Reise auf die Mittelmeerinsel an.

28 deutsche Firmen investieren auf Zypern mit einem ausgewiesenen Bestand an Investitionen in Höhe von 33 Millionen Mark.

Der Transithandel, der - wie es der Präsident der Handelskammer Zyperns, Avramides, formulierte - im Jahre 1971 noch bei "einem bloßen Nichts" lag, stieg im Jahre 1986 auf 1,2 Millionen Tonnen.

Moderner Binnenmarkt

Wichtigste Handelspartner für Zypern sind die EG, die 1985 mehr als die Hälfte der gesamten Importe des Landes ausmachten, während die EG mit 320 Millionen Mark 27 Prozent der Exporte aufnimmt. Es folgen dicht auf die arabischen Länder die mit 560 Millionen Mark im Berichtsjahr 48 Prozent der Exporte des Landes bezogen, dagegen nur zehn Prozent der Importe stellen.

Nicht in dieser Statistik tauchen auf die Offshore-Gesellschaften, die vor allen Dingen private Warenlager führen mit einem Depot an zollfreien Produkten für den Reexport.

Schließlich ist für das wirtschaftliche Leben des Landes noch die Industriezone bei Larnaka von Bedeutung, die mit direktem Zugang zum Flughafen und zum Hafen Produkte für den zollfreien Export fertigt.

Deutsche Firmen sind vor allem bei der Fracht aktiv. Avramides nannte auf dem Seminar 13 Linien, die regelmäßig Zypern mit deutschen Häfen verbinden. Diese 13 Linien hätten im Jahre 1985 mehr als 20 Container zwischen den beiden Ländern bewegt.

Das zyprische Tarifsystem ist an die Brüsseler Nomenklatur angepaßt, die Zypern gestattet, zur Güterklassifizierung ein internationales Codesystem zu benutzen.

E. Ioannou von der Zentralbank in Zypern: "Zypern ist ein kleines Land mit einem kleinen Binnenmarkt. Auf diesem modernen Binnenmarkt herrscht großer Wettbewerb, was auf den offenen Charakter unserer Wirtschaft, den Unternehmerrgeist und die Weltoffenheit unserer Bürger zurückzuführen ist."

MARIA MARK

„Die Zollunion mit der EG steht bevor“

Zyperns Botschafter appelliert daran, nicht die Leiden der Zypern-Türken zu übersehen

Alles ist bedeutungslos, sagt der Botschafter der Republik Zypern, Costas Papademas, in einem Gespräch mit der WELT, wenn nicht vorher vier Punkte erörtert werden: 1. der Abzug der auf Zypern stationierten türkischen Truppen, 2. die Heimreise von 60 000 anatolischen Siedlern, die nach der Besetzung des Nordteils gekommen seien, 3. internationale Garantien für Zypern in seiner zukünftigen Form, wie diese auch aussehen mag, und schließlich 4. die Freiheit der Bewegung, der Niederlassung und des Besitzes in allen Teilen der Insel.



Zyperns Botschafter in Bonn, Costas Papademas

Papademas ist der Auffassung, daß Zyperns Staatspräsident Kyprianos inzwischen Verständnis für seine harte Haltung in der Vergangenheit gefunden habe und daß diese Verhandlungspositionen auch von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, geteilt würden, der unlängst Emissäre nach Zypern schickte. Es habe aber keine Gespräche gegeben. "Wir haben ein totales Patt auf jeder Ebene", sagt der Botschafter nicht ohne Resignation.

Die Schuld weist er der Türkei und ihrem Satrapen im besetzten Nordteil

der Insel zu, dem Präsidenten der türkisch-föderativen Republik Nordzypern, die indes von keinem außer Ankara anerkannt wird, Rauf Denktaş. Beide wüßten sich in einer starken Position und hielten an ihrer "kostspieligen Expansionspolitik" fest. Die Situation im östlichen Mittelmeer habe sich nach dem Besuch des türkischen Premierministers Özal im besetzten Teil noch verschärft, zudem habe der türkische Premier einen "historischen An-

spruch" seines Landes auf die Mittelmeerinsel geltend gemacht.

Papademas berichtet jedoch von zunehmenden Konflikten zwischen den anatolischen Siedlern und den türkischen Zyprioten im Nordteil der Insel. Letztere fühlen sich bei der Arbeitsplatzvergabe benachteiligt und in ihrer kulturellen Identität bedroht. So habe der türkisch-zyprische Politiker Özgür vor einer Integration des Nordteils in die Türkei gewarnt. Auch die Gewerkschaften hätten ihren Widerstand angemeldet gegen eine Politik, die den Lebensstandard für die Türken in Zypern dramatisch senken könnte und die, so Özgür, Nordzypern zu einem "Platz für Hahnschändler" machen würde.

Die Siedler haben ihre eigene Partei gegründet, auf die Denktaş jedoch in dem Pseudo-Parlament des Nordens angewiesen ist.

Papademas lobte gegenüber der WELT die feste Haltung der EG in der Zypern-Frage, um hinzuzufügen, "es steht uns nicht zu, die EG aufzufordern, stärkeren Druck auf die Türkei auszuüben, aber jeder Druck ist willkommen".

Auf eine positive Nachricht der EG

wartet der Botschafter auch im Hinblick auf die Endberatung zur zweiten Phase des Assoziierungsabkommens der Insel mit der EG, welche die Zollunion bringen soll. Der gemeinsame Ausschuß trifft Mitte Dezember zusammen, und ein erfolgreicher Verhandlungsergebnis - so Papademas - "steht bevor".

Zyperns Vertreter lobte auch die Beziehung zur Bundesrepublik. Im Hinblick auf die bevorstehenden Ausstellungen in Bremen und Köln im Juni nächsten Jahres und die Präsentation "Nikostia" in Köln am 20. Juni sprach er davon, daß die Kontakte zwischen beiden Ländern in einem noch nie gekanntem Ausmaß blühten. Mehr als 1000 Studenten sind an deutschen Hochschulen eingeschrieben, die von der Botschaft mit versorgt werden.

"Wir betreten natürlich auch", sagt der Botschafter, "viele türkische Zyprioten, die sich an uns wenden und die uns darauf hinweisen, daß sie heute, nachdem die 200 000 vertriebenen griechischen Zyprioten im Süden einen neue Heimat gefunden hätten, die einzigen seien, die wirklich litten."

H.-H. HOLZAMER

GRECIAN BAY HOTEL AYIA NAPA - ZYPERN

Ab April 1985 begrüßen wir Sie herzlichst in unserem neuen GRECIAN SANDS HOTEL

EIN UNVERGLEICHLICHES HOTEL

Wegen Winter-Sonderangeboten wenden Sie sich bitte an die führenden Reiseveranstalter

gelegenen am schönsten Sandstrand der Insel, der von kristallklarem Wasser gespült wird. In unmittelbarer Nähe befinden sich ein Fischerhafen und ein malerisches Dorf. Vielseitiges Unterhaltungsangebot im Hotel; u. a. Squash, Hallenbad und Kunstgalerie. Jede Art von Wassersport, Tennis, Windsurfing-Schule.

Individualität ist unser Losungswort. Buchungen durch die führenden Reiseveranstalter oder direkt:

Telex: 2 980 - Telefon: 0 37 / 2 13 01

Zypern ist auch im Winter ein Klimaparadies.

Fliegen Sie dem Matsch und Schnee doch einfach davon. Kommen Sie auf die Insel der Götter! Dort ist der Winter so mild, daß man oft noch im kristallklaren Meer schwimmen

und in den lieblichen Strandbuchten sonnenbaden kann. Im übrigen sorgen zahlreiche Sehenswürdigkeiten, gemütliche Tavernen und die Feste der gastfreundlichen Einheimischen für einen abwechslungsreichen und erholsamen Urlaub.

Cyprus Airways fliegt Sie hin. Direkt ab Frankfurt, Köln, München.

ZYPERN

Wo die Götter zu Hause sind.

COUPON

Bitte schicken Sie mir gratis und unverbindlich die neue, farbige Zypern-Broschüre.

Name _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

DW _____

FREIENVERKEHRSZENTRALE ZYPERN

CYPRUS TOURISM ORGANISATION

Kaiserstraße 13, D-6000 Frankfurt/Main, Tel. (069) 284708

Gotthard Keller Straße 7, CH-8001 Zürich, Tel. (01) 69 33 03

Postfach 610, A-1011 Wien

Turbulenzen an der Südflanke der NATO

Die Situation ist einzigartig: Zwei Länder gehören der westlichen Verteidigungsbündnis an und anstelle im Warschauer Pakt den gemeinsamen Gegner zu sehen, betrachten sie sich gegenseitig als sicherheitspolitischen Problem. Die Rede ist von Griechenland und der Türkei. Diese NATO-Länder liegen sich schon seit drei Jahrzehnten in den Haaren.

Gelegentlich hört man das Argument, der Zypern-Konflikt sei doch eigentlich seit der türkischen Invasion und der gewaltsamen Teilung des Eilandes im Sommer 1974 vom Tisch. Tatsächlich wird seit jenem Gewaltstreik nicht mehr geschossen auf Zypern. Doch angesichts der Vertreibung von 200 000 Zyprioten aus ihren Häusern, angesichts der verstrickten Präsenz zisterzender Besatzungssoldaten vom anatolischen Festland und angesichts der nachhaltigen Zerrüttung der griechisch-türkischen Beziehungen sprechen selbst die Regierung in Ankara und die türkisch-zyprische Volksgruppenführung nicht von einem Ende des Zypern-Problems.

Zypern ist in mancherlei Hinsicht ein Sonderfall: Zum einen ist die türkische Invasion der einzige konventionelle Krieg, der nach 1945 auf europäischem Boden ausgetragen wurde. Zum anderen - und dies betrifft unsere Interessen unmittelbar - hat sich die ungelöste Zypern-Frage als ein regelrechter Spalt in der Südostflanke der NATO erwiesen. Denn die westlichen Verbündeten konnten bisher keiner Seite gerecht werden, haben sich mithin immer wieder zwischen die Stühle gesetzt. Als Reaktion auf die Passivität der NATO während der türkischen Invasion verließ die Athener Regierung - unter dem konservativen Staatsmann Konstantin Karamanlis - im August 1974 tief enttäuscht die militärische Integration der Allianz.

In der NATO hat die ungelöste Zypern-Frage schon für reichlich Unordnung und Turbulenzen gesorgt. Und auch die EG-Europäer haben bereits einen Vorgeschmack bekommen. Denn Griechenlands Ministerpräsident Andreas Papandreu hat unmissverständlich zu Protokoll gegeben, daß er den Türken solange den Weg in die EG versperren will, bis die Generäle in Ankara zur Einsicht kommen.

RONALD MEINARDUS

Wie Reeder Steuern sparen

Immer mehr deutsche Eigentümer lassen ihre Schiffe in Zypern registrieren

Rund 60 deutsche Schiffe mit zusammen über einer Million BRT wurden im Laufe dieses Jahres bereits aus dem Hamburger Schiffsregister gelöscht. „Der Kostendruck in Deutschland ist einfach zu groß“, sagte der Präsident des deutschen Reederverbands, Henry de La Trobe, Anfang Dezember anläßlich der Jahresmitgliederversammlung der deutschen Reeder in Hamburg.

Unter den bevorzugten Flaggen, die gegen das Tuch mit den Bundesfarben am Heck eingetauscht werden, rangiert Zypern an vorderster Stelle. Über die Gründe sprach die WELT in Hamburg mit dem Steuerberater Demetris J. Ioannides von der Firma „Metaxas Loizides Syrimis“ in Limassol und E. Ioannou von der Zentralbank der Inselrepublik.

Im Schiffsregister des kleinen Inselstaates sind heute 1550 Schiffe mit zusammen elf Millionen BRT eingetragen. Alle Nationalitäten sind vertreten, rund 200 deutsche Reeder befinden sich darunter. „Es werden ständig mehr“, wie Gerhard Zankel vom Hamburger Schiffsregister bestätigt. Er muß die deutschen Frach-

ter aus dem Register austragen und erhält dann die neue Flaggenzugehörigkeit. Die Ersparnis gegenüber der deutschen Flagge liege bei einem 40 000 Tonnen tragenden Schiff und einer deutschen Besatzung von 16 bis 18 Mann bei rund 50 000 Mark im Monat.

Die Registrierung in Zypern ist für die deutschen Schiffseigner von größtem Interesse. Bisher gingen mehr als 100 Anträge in Nikosia ein. Der Vorteil liegt auf der Hand: Ein deutscher Reeder chartert (mietet) ein Schiff, das unter deutscher Flagge fährt. Nur für die Zeit der Charter wechselt er die Flagge und kommt so in den Genuß der vielfältigen Steuererleichterungen. Der zypriische Steuerberater Ioannides: „Die deutschen Heuern für die Seeleute zählen zu den höchsten in der Welt.“ In Zypern fallen keine Steuern für die Seeleute an.

Einzigste Voraussetzung für die Flagge mit dem Inselnsymbol und den Beiden Zweigen: Es muß mit Genehmigung der Zentralbank von Zypern eine Gesellschaft gegründet werden. Der einzige und höchste Steuersatz auf die Gewinne beträgt 4,54 Prozent.

In der Bundesrepublik Deutschland variiert der Steuersatz bis zu 20 Prozent. Die Gehälter der Besatzungen, die auf Schiffen unter der Flagge Zyperns fahren, sind steuerfrei. Obwohl es ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik gibt, besteht nur dann eine Steuerpflicht in Deutschland, wenn Einkünfte durch den Transport von Gütern oder Personen zwischen deutschen Häfen oder von deutschen zu ausländischen Häfen erzielt werden.

Damit Zypern seinen guten Ruf als Schiffsflotten nicht verliert, gibt es hinsichtlich des Alters der Schiffe einige Beschränkungen. So müssen Frachter, die älter als 20 Jahre sind, bestimmte Dokumente vorlegen, die die Sicherheit des Schiffes bescheinigen. Bei Schiffen, die in Zypern registriert sind, muß die Besatzung zu einem Teil aus Zyprioten bestehen. Von dieser Vorschrift kann sich aber jeder Reeder durch einen Beitrag freikaufen. Rechtsanwalt Kypros Chrysostomides aus Nikosia: „Sie beträgt ein Pfund pro Monat für jedes nichtzyprische Besatzungsmitglied.“

US.

Blüte vor der Küste

Rund 4000 ausländische Unternehmen haben bereits die Republik Zypern als Sitz für ihre Off-shore-Aktivitäten gewählt. Voraussetzung ist, daß das Unternehmen von ausländischen Staatsbürgern gegründet wurde, deren Ziel die Verfolgung geschäftlicher Transaktionen außerhalb Zyperns ist.

Gegenüber der WELT erklärte Evangelos Ioannou von der Zentralbank in Zypern die Gründe für die Zulassung derartiger Unternehmen: „Die Geburt dieses Systems, das nichts mit Zypern verbindet als die Abwicklung der Geschäfte außerhalb des Landes, geht auf die tragischen Ereignisse im Jahre 1974 zurück, als unsere Regierung nach neuen Beschäftigungs- und Devisenquellen zu suchen begann.“

Zu dieser Zeit bemühten sich die meisten Zyprioten um einen Neuanfang im Ausland. Um seine Bürger dazu zu bewegen, ihre ausländischen Unternehmen von Zypern aus zu leiten, befreite die Regierung 90 Prozent der aus dem Ausland zurückgeführten Gewinne von der Einkommensteuer. Gleichzeitig bot die Regierung ausländischen privaten und juristischen Personen ähnliche Anreize für die Gründung von Off-shore-Unternehmen an.“

Zu den Off-shore-Unternehmen zählen:

- regionale Hauptquartiere;
- regionale Büros, die von Zypern aus Verkaufsförderung betreiben;
- Handels- und Transportgesellschaften;
- Schiffahrtsgesellschaften;
- Verträge, Bauunternehmen;
- Beratungsunternehmen;
- Dienstleistungsunternehmen;
- Versicherungsgesellschaften;
- Off-shore-Banken.

Das Einkommen der Off-shore-Unternehmen wird zu einem Zehntel der normalen Gewinnsteuersätze, das heißt zu nur 4,5 Prozent des Gewinns, versteuert.

U.S.

Erbe wird vernichtet

Vom Leidensweg der Jungfrau von Kanakaria

Der Handel ging schnell über die Bühne: Der Antiquitätenhändler in London war in den Besitz einer Terrakottafigur gelangt, die aus einer Privatsammlung in Amochostos stammte. Der Käufer hatte ein gescheitertes Auge. Doch die Figur war ein Diebesgut.

Im besetzten Nordteil wurden und werden Privathäuser, Kirchen, Museen und Klöster geplündert. Nur gelegentlich gelang es, ein Stück in Sicherheit zu bringen, wie eine mykenische Bronzestatue aus dem 12. Jahrhundert, die 1978 dem Direktor des Pariser Louvre angeboten worden war, der daraufhin seine Kollegen in Nikosia informierte. Ein Lampenständer vorchristlicher Zeit, der einem Sammler in Famagusta gehörte, wurde bei einem Trödelhändler in Lyon aufgefunden. Im britischen Harwich entdeckte der Zoll im Gepäck eines Türken 93 Antiquitäten. Die zypriische Polizei hat eine Spezialeinheit aufgebaut, die mit Hilfe von Interpol nach entwendeten Kunstgegenständen fahndet.

Die Archäologin Maria Anagnostopoulou aus Athen erhebt schwere Vorwürfe: „Die Verschleuderung unermesslicher, antiker Kunstschätze geschieht im Rahmen der von der Türkei betriebenen Politik, das Kulturerbe Zyperns zu vernichten und

die Spuren seiner Geschichte zu löschen.“ Als Beispiel führte Frau Anagnostopoulou die Kirche von Lysi an, die von den Türken en bloc in die USA verkauft worden sei. Michael Louloupis, Kurator bei zypriischen Museen, berichtete, es seien schon mehr als 100 000 zypriische Pfund (über 400 000 Mark) aus Mitteln der Londoner Leventis-Stiftung ausgegeben worden, um aufgefundene Kunstschätze zurückzuerwerben. Unter anderem habe man für einen über 3000 Jahre alten mykenischen Kupferkessel 60 000 Mark ausgeben müssen.

Nicht alles wird verkauft, vieles wird aus blindem Haß zerstört. So sind die Mosaiken aus dem 6. Jahrhundert in der Kirche der Jungfrau von Kanakaria, auf der Landzunge von Karpas im Osten, herausgebrochen worden, ebenso wie die Fresken des Klosters Antiphonitis aus dem 10. Jahrhundert in der selben Gegend.

Nicht alle Schäden können erfährt werden, vieles verschwindet über Barsare und Händler in London, Frankfurt und anderswo. Sie wird man vergebens suchen ebenso wie die 1700 Menschen, darunter 24 Kinder, von denen man aus dem Norden seit 11 Jahren kein Lebenszeichen mehr erhielt.

H.-H. HOLZAMER

Immer wieder kamen fremde Eroberer

Zypern ist uraltes griechisches Siedlungsgebiet. Schon als die ersten hellenischen Stämme im zweiten vorchristlichen Jahrtausend in Bewegung gerieten und sich im heutigen Griechenland und an der kleinasiatischen Küste niederließen, wurde die Mittelmeerinsel von Griechen erobert, die die Ureinwohner unterwarfen. Dies geschah um 1500 v. Chr. Fest steht jedenfalls, daß schon damals in Kouklia (Alt-Paphos) in einem Tempel die „Cyprische Aphrodite“ verehrt wurde.

Nach der frühen griechischen Mythologie soll die Liebesgöttin in grauer Vorzeit dem Schaum des Meeres vor der zypriischen Küste entstiegen sein. Dies beweist eindeutig, daß die Insel schon seit Jahrtausenden fest in den griechischen Kulturkreis einbezogen war. Archäologen haben dies jedenfalls zweifelsfrei nachgewiesen.

Es war jedoch auch das Schicksal Zyperns wie das anderer Mittelmeerinseln, daß sie im Verlauf ihrer langen Geschichte immer wieder von Eroberern heimgesucht wurden. Nach

Ägyptern und Phöniziern kamen Assyrer, Perser, Makedonen, Römer, Byzantiner, Araber, Türken und Engländer. Erst seit 1960 ist die Insel unabhängig. Trotz jahrtausendelanger Fremdberrschaft nahm Zypern immer eine Mittlerrolle zwischen Ost und West ein. Sie war und ist eine Insel am Kreuzweg der Geschichte.

Alexander der Große hinterließ eine makedonische Garnison auf der Insel, die dann Schauplatz der Kämpfe der Diadochen wurde. Sieger blieb schließlich Pharaos Ptolemaios von Ägypten, der Zypern als neue Provinz seinem Reich einverleibte. Die Insel erlebte ihre erste große Blütezeit, die auch später, unter römischer Herrschaft, andauerte. Während einer Missionsreise erlitt der Apostel Barnabas den Märtyrertod auf Zypern. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Insel später eine eigene, unabhängige Kirche erhielt.

Als im Jahre 653 arabische Eroberer kamen, konnte die christliche Kirche auf Zypern ihren starken Einfluß

behaupten. Die Muselmanen wurden wenig später wieder vertrieben, die Insulaner kamen unter byzantinische Herrschaft.

Die Venezianer, die 1489 die Insel eroberten, mußten den Türken weichen, die die Insel von 1571 bis 1878 besetzten. Um die Christen auf der Insel besser kontrollieren zu können, leiteten die Osmanen eine Aktion ein, die bis heute nachwirkt: 30 000 Veteranen des türkischen Heeres wurden zwangsweise auf der Insel angesiedelt.

Friedlich kamen die letzten Eroberer, die Engländer, die 1878 Zypern von den Türken übernahmen. Zuvor hatten sie sich vertraglich verpflichtet, die Rechte der Inseltürken zu garantieren. Doch auch mit englischer Herrschaft wollten sich die Zyprioten nicht abfinden. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg flackerten immer wieder Aufstände auf, mit denen die Kolonialherren schließlich nicht mehr fertig wurden. 1960 gewährte London der Republik Zypern die Unabhängigkeit.

KLAUS BODEN

Eine Sonate in der Gruft

Professor macht aus seinem Haus in Paphos ein Museum

In seinem schönen Haus in Paphos hat Professor George Eliades, ehemals Lehrer für alte Sprachen am hiesigen Gymnasium, ein privates ethnographisches Museum eingerichtet. Mit Fleiß hat er in jahrelanger Arbeit aus ganz Zypern zusammengetragen, was Jahrhunderte oder besser Jahrtausende zum täglichen Leben auf der Insel der Aphrodite gehörte. Außer Möbeln, Geschirr, Büchern und Bildern im ersten Stock des Hauses befinden sich in den Kellergeböden Mahlsteine, Fahrzeuge, Gerätschaften, antike Amphoren und Funde, die bis ins Neolithikum zurückreichen.

Der Professor und seine Frau erläutern den Besuchern dieses originellen Museums fließend in mehreren Sprachen - darunter in perfektem Deutsch - jeden Gegenstand.

Das wichtigste Exponat ist eine Fa-

miliengruft aus dem 3. Jahrhundert vor Christus mit in den Felsen gehauenen Grabkammern. Gleich nebenan befindet sich eine von Kerzen erhellte winzige Kapelle.

Während der Professor den Prolog im Himmel aus Goethes Faust zitiert, erklingt aus dem Haus eine Sonate von Schubert. Frau Eliades ist unter anderem eine sehr begabte Pianistin. Professor Eliades ist jedoch nicht nur Linguist und Sammler, sondern zu dem ein großer Kenner der berühmten Mosaiken in Paphos. Über jene im „Haus des Dionysos“ hat er bereits mehrere Bücher mit mythologischen Erläuterungen verfaßt.

Prof. George S. Eliades Ethnographisches Museum - Paphos 1, Exo Vrysi St./Zypern. Täglich geöffnet von 8-13 Uhr und von 16-19 Uhr. Eintritt 50 Cent (ca. 2,20 DM), bu.



DIE MEDITERRANE VERBINDUNG

... sicherlich ist Zyperns geographische Lage einer der Gründe dafür - wenn auch beileibe nicht der einzige -, daß die Insel heute das Finanz- und Geschäftszentrum der Region ist.

Die Städte Limassol und Larnaca sind ein Teil dieses Systems und bieten sich daher als ideale Transit-Häfen für jene an, die nicht nur gelegentlich ihre Waren hier umschlagen wollen, sondern ihre sämtlichen Geschäfte vor Ort abwickeln möchten und es äußerst bequem finden, ihren Standort an der mediterranen Geschäftsstraße zu haben.

CYPRUS PORTS AUTHORITY
P. O. Box 2007, Nicosia, Zypern
Telex: 2833 CYPA CY
Tel. 00357 21 / 45 01 00



12. INTERNATIONALE MESSE ZYPERN - CYPRUS INTERNATIONAL (STATE) FAIR

12. Mai - 7. Juni 1987

Die Internationale Messe Zypern, die sich 1987 zum zwölften Male jährt, nimmt einen bedeutenden Stellenwert in der Wirtschaft der Inselrepublik ein. Sie gehört zu den erfolgreichsten Messen in der Region. Da sie eine internationale Wirtschaftsschau mit einem breiten Angebot von Konsum- und Kapitalgütern ist, bietet sie dem Geschäftsmann Gelegenheit, sich mit der ständig expandierenden zypriischen Industrie vertraut zu machen. Ferner liefert sie ihm Informationen aus erster Hand sowie die neuesten internationalen technologischen Trends.

1986 sahen 170 000 Besucher, was über 900 in- und ausländische Aussteller anzubieten hatten. Die Internationale Messe Zypern bewies erneut, daß sie die ideale Plattform für die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Mittelmeer ist. Zyperns günstige geographische Lage spricht für sich selbst.

Weitere Auskünfte erteilt:
CYPRUS STATE FAIRS AUTHORITY
P. O. Box 3551
Nicosia - Zypern
Tel. (00357 21) 44 89 18
Telex: 3344 CYPFAIR
Telegrammadresse: KYPROFAIR oder

HANDELSZENTRUM ZYPERN
Pipinstraße 16
5 Köln 1
Tel. (02 21) 23 51 69 / 69
Telex: 8 881 581 Hzz Bd. 1925-1985

Anzeige
Anzeige

Menschenrechte für alle Zyprioten

Das Wort „Menschenrechte“ wird so häufig in den Mund genommen, daß wir häufig seine Bedeutung vergessen, nämlich das Schicksal, das tägliche Leben und das Glück von Männern und Frauen aller sozialen Schichten.

Die Wiederherstellung und die Beachtung der Menschenrechte ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte, lebensfähige und dauerhafte Lösung des Zypern-Problems. Es versteht sich, daß diese Menschenrechte Anwendung auf alle Zyprioten finden.

Wir glauben, daß griechische und türkische Zyprioten dieselben Rechte genießen müssen. Es muß ihnen erlaubt sein, in ihre Häuser zurückzukehren und dort auf Zypern zu leben, wo es ihnen gefällt. Es darf in keinem Fall eine Trennung nach Religion, Sprache oder Kultur geben. Jeder Zypriot muß das Recht haben, Grund und Boden auf dem gesamten Inselterritorium zu besitzen. Zudem muß es ihm gestattet sein, sich überall frei in diesem kleinen Land zu bewegen.

Die türkischen Truppen, welche 37% Zyperns besetzt halten, lassen es nicht zu, daß 200 000 vertriebene griechische Zyprioten in ihre Heimat zurückkehren. Die wenigen hundert griechischen Zyprioten, welche noch in den besetzten Gebieten leben, werden verdrängt. Der Grundbesitz der vertriebenen griechischen Zyprioten wurde bereits auf die Türken verteilt. Im Gegensatz zu diesen Praktiken wird das Eigentum der türkischen Zyprioten im freien Teil der Republik Zypern offiziell noch als deren Besitz angesehen und respektiert. Die türkische Besatzungsmacht, die diese Menschen aus ihren Häusern hinausdrängte oder -lockte, erlaubt ihnen jedoch nicht, in ihre Häuser zurückzukehren.

Etwa 60 000 Siedler vom türkischen Festland wurden nach Zypern gebracht. Die türkisch-zyprische „Regierung“ räumte ihnen „politische Rechte“ in den unter türkischer Militärkontrolle stehenden Gebieten Zyperns ein, somit kommt hier heute ein Türke vom Festland - Zivilist oder Soldat - auf jeden türkischen Zyprioten. Das zyprische Volk hat das Recht, diese massive Einschleusung von Ausländern in seine Heimat zurückzuweisen.

Die Türkei verweigert die Untersuchung des Schicksals von 1619 griechischen Zyprioten, die seit der türkischen Invasion im Jahre 1974 als vermißt gelten, ihre Familien haben das Recht zu wissen, ob ihre Angehörigen noch leben oder tot sind. Die andauernde Ungewißheit über das Schicksal ihrer „verschundenen“ Familienmitglieder ist nichts anderes als eine ausgeklügelte Form grausamer Folter.

Wir fordern das menschliche Grundrecht für jeden Zyprioten, ohne Furcht vor ausländischen Invasoren und Unterdrückung durch fremde Besatzung zu leben. Über 35 000 türkische Truppen besetzten Zypern. Erst kürzlich wurde ihre Zahl noch erhöht bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung ihrer Waffengewalt. Sorge über diese Entwicklung wurde sogar bereits von den Verbündeten der Türkei geäußert. Sämtliche Besatzungstruppen müssen zurückgezogen werden. Es gibt keinen Platz für sie in einem unabhängigen Zypern. Sie verhindern die Wiederherstellung der Menschenrechte der Bürger dieses Landes.

Die Verletzung der Menschenrechte als Folge der türkischen Militärbesatzung eines Teils von Zypern wurde von unabhängigen internationalen Organen voll bestätigt, u. a. von der Kommission für Menschenrechte des Europarats. Wir appellieren an die Internationale Völkergemeinschaft und ganz besonders an die Menschenrechtsorganisationen, die nötigen Schritte zur Beendigung der zyprischen Tragödie zu unternehmen.

Der Ausschuß für die Wiederherstellung der Menschenrechte in allen Teilen Zyperns
Public Information Office Nicosia, Republic of Cyprus

Ein Tropfen Zypern: ausgereift und doch so frisch



Wenn Sie Zypern besuchen, sollten Sie auf jeden Fall unseren Wein probieren. Er wird Ihnen schmecken! Wie der Wein, so blickt auch wir auf eine lange Tradition zurück, genau gesagt, auf über 85 Jahre. Aber gerade unsere führende Position unter den hiesigen Kreditinstituten hat es uns ermöglicht, ständig neue Ideen zu entwickeln. Na, auf diese Weise können wir unsere Spitzenposition halten, nämlich mit dem größten Zinssatz der Insel und mehr als 2200 Korrespondenzkonten in aller Welt!

BANK OF CYPRUS
Leadership with experience

CYPRUS REPUBLIC Entdecken Sie Zypern

Sehen Sie selbst, was Sie bei uns vorfinden werden:

- Eine große Anzahl frischer landwirtschaftlicher Produkte allerersten Qualität wie zum Beispiel Kartoffeln, Karotten, süße kernlose Weintrauben, saftige Apfelsinen, Zitronen und Pampelmusen, Melonen, Auberginen, Courgetten, Granatäpfel, Spargel, Paprikaschoten, Erdbeeren und frische grüne Bohnen, um nur einige unserer Erzeugnisse zu nennen.
- Ferner verfügen wir über moderne Fabriken, die Obst-, Gemüse- und Fruchtsäfte in Dosen abfüllen, ohne daß deren köstliches Aroma dabei verlorengeht.
- Würden Sie schon, daß Zypern einer der größten Weinlieferanten des britischen Marktes ist? Unsere Apertivweine werden an den sonnenbeschienenen Weinhängen Zyperns angebaut, und ihre Güte spricht immer mehr anspruchsvolle Wein- und Apertivtrinker auf der ganzen Welt an, die wirklich etwas Besonderes wünschen.
- Zypern ist eine Insel, deren stetig expandierende Wirtschaft sich ihrer zahlreichen, im Lande abgebauten Mineralien bedient. Zudem wird eine wachsende Zahl von Fertigerzeugnissen produziert und exportiert, ob es sich nun um Möbel, Schuhe oder Konfektionskleidung handelt.

Weitere Auskünfte erteilen:
Handelszentrum Botschaft von Zypern
Pipinstraße 16
5000 Köln 1
Tel. (02 21) 23 51 69 / 60
Telex 888 1581 HZZBd

Ministry of Commerce and Industry
Nicosia/Zypern
Telegrammadresse: MINCOMIND
Telex 2283 MINCOMIND

Aktien uneinheitlich

Schleppender Handel infolge Auftragsmangel DW - Wegen geringen Orderumfanges wird die Kursbildung meist zerteilt bedingt. Eine einheitliche Tendenz konnte sich nicht durchsetzen. Weder von der Zinssite noch aus dem wirtschaftlichen Bereich gab es Anregungen. Ausländisches Interesse bestand für einige Spitzenwerte.

Table with columns for Dusseldorf, Frankfurt, Hamburg, and München. Lists various stocks and their prices.

Table titled 'Aktien-Umsätze' showing trading volumes for various stocks.

Table titled 'Unnotierte Werte' listing unlisted values for various companies.

Table titled 'Inland' listing domestic stocks and their prices.

Table titled 'Freiverkehr' listing free trading stocks and their prices.

Table titled 'Ausland' listing foreign stocks and their prices.

Table titled 'Unnotierte Werte' (continued) listing unlisted values.

Table titled 'Ausland Amsterdam' listing foreign stocks from Amsterdam.

Table titled 'New York' listing New York stocks and their prices.

Table titled 'Paris' listing Paris stocks and their prices.

Table titled 'Wien' listing Vienna stocks and their prices.

Table titled 'Inlandszertifikate' listing domestic certificates and their prices.

Table titled 'Optionshandel' listing options trading data.

Table titled 'Rentenoptionen' listing interest rate options and their prices.

Table titled 'Devisenmärkte' listing foreign exchange markets and their rates.

Die neuen 7er



Wenn Sie ihn das erste Mal fahren, hat er schon 6 Millionen Kilometer auf dem Tacho.

Vielleicht wird es Ihnen leid tun. Aber die Vorgänger des oben abgebildeten wunderschönen, neuen 7er haben wir geschunden, gehetzt und über 120mal um den Erdball gejagt. Keine Straße war uns zu schlecht. Keine Belastungsprobe zu

hart. Der neue 7er wurde systematisch und berechnend kaputtgefahren, wurde überlastet, zerbrochen und verformt. 21 Versuchsträger, 39 Prototypen und 150 Vorserienfahrzeuge wurden auf den ersten 2,5 Millionen Testkilometern verschlissen.

Wir haben die neuen Reihen-6-Zylinder-Motoren heißlaufen lassen, ihnen das Öl entzogen, sie gezielt platzen lassen und so tonnenweise Schrott fabriziert.

Wir haben den neuen 7er mit Betonmauern kollidieren lassen, sein Dach zerdrückt und auch seinem Fahrwerk keine Gnade erwiesen.

Erst dann wurden die ersten Fahrzeuge in die Alltagserprobung geschickt. In aller Welt. Zu allen Jahreszeiten. Bis weitere 3,5 Millionen Testkilometer von den Tachometern überrundet waren und damit auch alle Kinderkrankheiten.

Die Serienproduktion begann. Mit 400 Fahrzeugen, die ausschließlich zum Training unserer Mitarbeiter gebaut wurden. Wenn Sie also bald den neuen 7er mit der Seriennummer 401 fahren, seien Sie ganz sicher. Sie besitzen eines der ausgereiftesten Automobile, das sich je neu nennen durfte.

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

- Videofilm VHS Beta 2000 V8 gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
 ausführliches Informationsmaterial
 einen Probefahrtstermin.
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
BMW AG, Kundeninformation CHC,
Leuchtenbergring 20, 8 München 80



**Freude
am
Fahren**

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Bundesanleihen'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Bundespost'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Industrieanleihen'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Optionsanleihen'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Währungsanleihen'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Warenpreise - Termine'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Rentenmarkt lustlos'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Devisenmarktsätze'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Geldmarktsätze'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Euro-Geldmarktsätze'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Nullkupon-Anleihen (DM)'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Edelmetalle'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Energie-Terminkontrakte'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'Deutsche Aktien'.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market data under the heading 'New Yorker Finanzmärkte'.

Additional text and notes at the bottom of the page, including market commentary and contact information.

Kutsche und Einkäufer

gas - Die Bonner Expertenkommission für das geplante Deutsche Historische Museum in Berlin hat einen alarmierenden Tatbestand zutage gebracht: Die Mittel, die der Bund für den Ankauf von Ausstellungsobjekten zur Verfügung stellt, sind total unzureichend. Ganze 250 000 Mark für das Jahr 1986, eine Million für das Jahr 1987 - das ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Damit kann man nicht einmal ein einziges der dem notwendigen Anspruch des Museums angemessenen Objekte erwerben.

Christoph Stölzl vom Stadtmuseum München, der offiziell bestellte Einkäufer, gab während der Anhörung deprimierende Beispiele für die Kleinkartheit, mit der das Ganze bisher betrieben werden mußte. Da lüchelt man es schon als Erfolg, wenn eine römische Aschenturne aus Mainz und einige fränkische Fibeln an Land gezogen werden können. Nicht einmal für den Ankauf einer in Holland entdeckten

Kutsche des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. reicht das Geld. Auf diese Weise werden Jahrzehnte vergehen, bevor das Berliner Projekt Gestalt annimmt.

Wenn die Verantwortlichen in Bonn auf ein schnelleres Tempo Wert legen, müssen sie dafür sorgen, daß die Sache endlich in großzügigem Stil betrieben wird. Es kann nicht angehen, daß der Berliner Einkäufer bei Auktionen gewissermaßen am Katzenfisch sitzt und das nimmt, was an Zweit- und Drittklassigem übrigbleibt. Das Evangelium Heinrichs des Löwen - das ist das Niveau, auf dem die Einkaufspolitik betrieben werden muß. Mühen sollten aufgetan, Wohlfahrtsbriefmarken und andere Aktionen gestartet werden, um das Projekt einem breiteren öffentlichen Bewußtsein einzuprägen.

Und warum denn keine Stiftung für das Museum einrichten? Stiftungen wie die des Peter Ludwig zeigen, welche Potenzen beim kurzfristigen Zusammenbringen von hochrangigen Museumsbeständen in unserem reichen Lande vorhanden sind. Es wäre ein eminentes Armutszeugnis, wenn ausgerechnet im Falle des Deutschen Historischen Museums Berlin die Quellen trocken blieben.

Über der Komik ein Schatten von Melancholie: Ein Porträt der Schriftstellerin Christine Brückner

Fürsprecherin sanfter Rebellinnen

Bei der Tagung des internationalen PEN in Hamburg im Sommer las Christine Brückner, die heute 65 Jahre alt wird, ein Kapitel aus ihrem Buch „Desdemona - Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen“. Sie wandelte sich in Luthers Katharina, die dem sonst immer Redenden und Herrschenden eine Gardinenpredigt hält; aus weiblicher Sicht, wie man das heute nennen würde, keineswegs böse oder verhittelt über ihr Hausfrauenlos an der Seite des großen Mannes, sondern anmutig, witzig, weise - mit einer erstaunlich jugendlichen Stimme und gesundem Selbstbewußtsein, gelassen, ohne Groß-Nichts von fanatischem Feminismus, aber doch eine Lektion in Frauenrecht.

Christine Brückner, das merkt man an dieser Lesung wieder einmal deutlich, ist mit beginnendem Alter nicht strenger und härter, sondern weiblicher und weicher geworden. „Desdemona“ wurde in den letzten Jahren ganz zu Recht zur Lieblingslektüre vieler Frauen, die zwar allen Grund hätten, ungehalten zu sein - das ist etwas altmodische Wortpaß vorzüglich zu ihrer Seelenlage - aber sanfter Rebellinnen sind, denen die Männer lieber zuhören als ihren vom Leben enttäuschten Partnerinnen.

Was das Sprachliche und Kompositorische betrifft, so hat Christine Brückner jedoch nichts von ihrer Strenge gegenüber sich selbst verloren - im Gegenteil. Ihre menschlichen Tugenden der Aufrichtigkeit haben sich eher ooch verstärkt. Was sie schreibt, wirkt nie verlogen, inszeniert und künstlich, wie das in der weiblichen Unterhaltungsliteratur so oft der Fall ist. Christine Brückner ist keine Unterhaltungsschriftstellerin, gleichwohl man ihre Bücher meist mit Freude und Vergnügen liest. Sie schreibt diszipliniert und gut, sie macht es nicht leicht, sie überbietet nicht, sie schlägt auch kein literarisches Kapital aus ihren Depressionen. Es ist leichter, negativ als positiv zu schreiben, so ähnlich hat sie einmal gesagt; man wird dann für die zur Selbstanklage neigenden Literaten eher ernst genommen.

Christine Brückners Literatur ist



Balancierte zwischen erster Literatur und Unterhaltung: Christine Brückner, die heute 65 wird. FOTO: PETER PERISCH

ein Musterbeispiel für die „Zwischenlage“ zwischen E- und U-Literatur, die uns in Deutschland fast völlig fehlt. Entweder Kolportage und Kitsch oder Experiment und Kunst, heißt hier die Devisen. Kaum jemand beschreibt das Leben, wie es wirklich ist, eben in der Mittellage, weder von Wunschräumen noch von Suizidstimmungen verzerrt, sondern nüchtern und klar, in einer eigenwilligen, keineswegs kitschbehafteten Sprache.

Brückner ist deshalb so interessant, weil hier ein durchaus legitimes Bedürfnis der Leser nach einem „zweiten“ Leben gestillt wird, das in Deutschland oft unbefriedigt bleibt. In England, auch in Amerika, findet man Beispiele genug für diese ehrliche und gute Literatur, die ein Spiegel der Gesellschaft und der Durchschnittsmenschen ist.

Zur Verleihung der Nobelpreise: Elf Prozent mehr

Geld fließt aus aller Welt

Manchmal muß man es geradezu einen Glücksfall nennen, wenn der Nobelpreis mit einer Verspätung von fünfzig Jahren verliehen wird, wie es jetzt dem Erfinder des Elektronen-Mikroskops Ernst Ruska geschah. Die Schicksale, die er und andere Preisträger heute in Stockholm entgegennehmen, werden einen um elf Prozent höheren Betrag ausweisen als im vergangenen Jahr. Die Stiftung, die der schwedische Chemiker und Industrielle Alfred Nobel nach seinem Tod im Jahr 1896 hinterließ, ist noch neunzig Jahre später ein grundsolides Unternehmen.

Seit 1972 wird die Nobel-Stiftung finanziell von dem früheren schwedischen Diplomaten und Großunternehmer Stig Ramel dirigiert, der im Aufsichtsrat von über einem Dutzend schwedischer Industrie- und Investment-Gesellschaften vertreten ist. Die Verbindungen und Informationen, über die der führende Wirtschaftler verfügt, sind dem Erbe Alfred Nobels offenbar gut bekommen. Nicht immer stand die Stiftung auf so sicheren Füßen wie heute. Lange Zeit war sie in ihrer Anlagepolitik strikten Vorschriften unterworfen. Erst relativ spät ließ man die Bestimmung fallen, daß 31 Millionen Goldkroonen umfassende Fonds-Vermögen ausschließlich in festverzinslichen schwedischen Regierungsanleihen anzulegen, die als die am wenigsten riskante Investition galten.

Als Folge von zwei Weltkriegen zehrte die Inflation und später die inflationäre Politik sozialistischer Regierungen am Nachlaß Alfred Nobels. Bis 1953 war das Stiftungsvermögen auf ein Drittel seines ursprünglichen Wertes zusammengeschrumpft. Die Verluste sind im Lauf der letzten fünfzehn Jahre unter der Direktion Stig Ramels ausgeglichen worden, so daß die finanzielle Basis heute wieder grundsolide ist. Der 59jährige Manager hat die Stiftung in eine moderne Investment-Gesellschaft verwandelt, die in ihren Anlage-Dispositionen beweglicher ist als früher. In der Praxis funktioniert sie nicht anders als die Börsen-Abteilung einer Bank, die je nach Marktlage Wertpapiere laufend abstößt oder dazu erwirbt.

Damit hat sich bei Nobel eine Tendenz durchgesetzt, zu der die meisten Stiftungen übergegangen sind. Anstelle der früheren Anlagepolitik, die ausschließlich auf festverzinslichen Anleihen beruhte, ist jetzt Diversifizierung gefragt. Das Nobel-Kapital besteht heute aus drei verschiedenen Anlageblöcken - schwedischen Aktien und Immobilien sowie internationalen Wertpapieren. Bei dem Immobilien-Erfolg von Waldbesitz auf dem Stockholm Grundstücksmarkt umgeschaltet. Die schwedischen Wertpapiere werden von ihm selbst gemischt. Das Management der internationalen Werte ist bei weiter steigender Tendenz Börsen-Fachleuten der schwedischen Banken überlassen.

HEINZ BARTH

Augsburg: Brechts „Heilige Johanna“ als Singespiel

Bis zum letzten Komma

Zu einem freundlichen Publikumsvergnügen wurde jetzt am Augsburger Theater die Uraufführung einer „Heiligen Johanna“ der Schallacher, nicht wirklich von Brechts im Chicago der zwanziger Jahre spielender Arbeitslosenparabel, sondern von einem „Singespiel“, in das der Zürcher Komponist Victor Fenigstein Brechts Stück umgewandelt hat.

Diese Bezeichnung „Singespiel“ ist nicht einmal eine kokette Untertreibung. Denn die kleine Instrumentalbesetzung (siehe auch Instrumentarium, wobei Bläser und Schlagzeug dominieren, unter der Leitung von Norbert Bihlmaier) sorgt tatsächlich dafür, daß die Gesangsstimme durchweg im Vordergrund steht und das Geschehen führt. Der 1924 geborene frühere Pianist Fenigstein hat sich übrigens des öfteren politischer und sozialkritischer Themen angenommen, zuletzt aber auch einen Zyklus von Shakespeare-Sonetten vertont. Aber kein Zweifel, er gehört zu jenen Künstlern, die das Epitheton „engagiert“ gepachtet haben.

Im vorliegenden Fall widmete er sich dem Jugendstück Brechts mit derartig devoter Hingabe, komponierte „bis zum letzten Komma“ alles aus, daß ein fünfstündiges Mammut-Opus entstand. Dies sei aber, so Fenigstein, „gar nicht für den Konsum bestimmt“. Im schwaben Dargelegten auf wechselnden Schauplätzen vor in einer Fabrik, im Park, zuletzt in einem Theater, die das Publikum ja wandern nacheinander aufsuchen könne, um dort das Geschehen auf sich wirken zu lassen. Mit dieser Arbeit wollte Fenigstein in erster Linie Brechts oft sprödes Stück einem breiteren Auditorium

verständlich machen. Aber da hat er wohl doch die Langmut und Nachsicht des ersehnten „breiteren“ Publikums überschätzt.

GENO HARTLAUB

JOURNAL

Die Suche nach Zadeks Nachfolger beginnt

war Hamburg Jetzt kann sich das Intendanten-Karussell also wieder drehen. Der Aufsichtsrat des Hamburger Schauspielhauses hat Kultursenatorin Helga Schuchardt offiziell den Auftrag gegeben, einen Nachfolger für den bereits nach einem Intendanten-Jahr amtsüßenden Peter Zadek zu suchen. Zadek hatte in der Sondersitzung des Aufsichtsrats noch einmal den Wunsch vorgebracht, bereits mit Ende der laufenden Spielzeit, spätestens aber zum Ende der nächsten Saison, aus seinem Intendanten-Amt auszuscheiden. Für eine Nachfolge-Lösung, die einen kooperativen und Kontinuität wahren Übergang ermöglicht, habe er, wie es aus der Hamburger Kulturbehörde heißt, seine Kooperationswilligkeit signalisiert.

Rilke-Stiftung in der Schweiz gegründet

AP, Bern Kurz vor dem 60. Todestag des Dichters Rainer Maria Rilke (29. Dezember 1926) ist eine Stiftung ins Leben gerufen worden, welche die in Siders im Schweizer Kanton liegenden Dokumente des Poeten verwahren und der Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Zum Präsidenten der Rilke-Stiftung wurde der Vizepräsident der Schweizerischen Landesbibliothek, Rätus Luck, gewählt. Die Rilke-Stiftung hat nach ihrer Gründung die in Besitz der Gemeinde Siders befindlichen Handschriften, Briefe und Originaldokumente des in Prag geborenen Dichters übernommen. Die Gemeinde stellte der Organisation dafür einen ersten Betrag von 20 000 Franken zur Verfügung.

Argentinien bietet Schulaufenthalt an

DW, Hamburg Die gemeinnützige „Kommission für Bildungsaustausch“ (2000 Hamburg 20, Hoheluftchaussee 145) bietet deutschen Oberschülern in der Altersgruppe zwischen 15 und 17 Jahren einen einjährigen Aufenthalt in Argentinien an. Die Unterbringung erfolgt in ausgewählten Familien. Die erforderlichen Spanisch-Kenntnisse können in Argentinien erworben werden. Zu entrichten ist von den Eltern ein Kostenbeitrag von 6500 Mark.

Dänemark stiftet Ballett-Preis

dpa, Kopenhagen Einen internationalen Ballett-Preis hat das Königliche Theater Dänemarks unter dem Namen des dänischen Märchenbenediktors Hans Christian Andersen gestiftet. Am 7. Mai 1988 sollen in Kopenhagen zum ersten Mal vier Preise für den besten weiblichen, den besten männlichen Tänzer, die beste Choreographie sowie ein Ehrenpreis für besondere Leistungen vergeben werden. Die Jury besteht aus dem Leiter des Moskauer Bolschoi-Balletts, Juri Grigorowitsch, dem Leiter des amerikanischen Joffrey-Balletts, Robert Joffrey, sowie dem Direktor des Königlichen Dänischen Balletts, Frank Andersen.

Der Museumsführer nun in dritter Auflage

DW, München Das Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig in Köln ist noch nicht mit neuer Adresse verzeichnet, und auch die von Henri Nannen gestiftete Emderer Kunsthalle kommt noch nicht vor. Aber sonst verzeichnet „Der deutsche Museumsführer in Farbe“ von Clemens Mörmann (W. Krüger Verlag, Frankfurt/M., 1986 S., 650 A., 58 Mark) getreulich in seiner dritten, wiederum erweiterten Ausgabe, was sich seit 1983 in der deutschen Museumslandschaft verändert hat. Rund 200 Häuser oder Sammlungen kamen dazu, so daß der Band jetzt Auskunft über rund 2200 Museen gibt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Eine wohlfeile Weihnachtsgabe für Menschen mit Sinn für tiefinsinnige Nonsense ist die Gedichtsammlung, in deren Universum Palma Kunkel schwelgt, jene Schwester des begnadeten Palmström, dem Erfinder des Theaters mit drehbarem Zuschauerraum, der resignierende Intendanten vielleicht länger an einem Haus hielt, als sie derzeit möglich zu sein scheint. Beim Immer-Wieder-Lesen dieser gemeinten Kürzest-Grotesken stellt man fest, daß dies zum Immer-Wieder-Lesen verführen, weil Nonsense eben unergründlich ist und nur durch Immer-Wieder-Lesen einigermaßen begreifbar wird. Oder auch nicht. „Alles ist vielleicht nicht klar, nichts vielleicht erklärlich...“ heißt es in dem „Täuschung“ überschriebenen Gedicht. Genau das ist der Kern von Fritz Kunkels Pudel. Wer aber ist Fritz Kunkel? DO Christian Morgenstern: „Palma Kunkel Gedichte“, Serie Piper, 71 Seiten, 6,80 Mark

Bonn: Tagung des „DDR“-Literatur-Arbeitskreises

Moderne von vorgestern?

Das Programm der 10. Tagung des Arbeitskreises für Literatur und Germanistik der DDR* (bei der Karl-Arnold-Stiftung, Bonn) umgab ein gewisser Hauch von Sensation: Unter dem Arbeitstitel „Die Schuld der Worte. Sprachbewußtsein und neue Schreibweisen in der Literatur der DDR“ las man eine Reihe von Namen, deren Teilnahme zwar angekündigt wurden - aber dem Interessenten kamen zuerst Erfahrungswerte hoch, kaum Hoffnungsbilder. Denn können sollten auch die in der „DDR“ lebenden Schriftsteller Elke Erb und Gert Neumann aus seiner „idealtypischen Skala“ sowohl in der Nähe der „sprachtraditionellen“ als auch der „sprachdemonstrativen“ Moderne und verknüpfte diese Einordnung mit der Begründung, daß Neumann zum einen „Positionen eines sprachtranszendenten Ichs“ besetze, zugleich aber der Sprache eine „generative Kraft“ zuweise. Diese Differenzierung stand im Zusammenhang mit Saftes provokantem Urteil, daß die literarische Avantgarde der „DDR“ für dortige Verhältnisse sicherlich „erstaunlich“, für uns aber eher „Moderne von vorgestern“, „synkretistische Resteverwertung“ sei.

Glänzende Vorträge hielten Alexander von Bormann (Amsterdam) und Helmut Lethen (Utrecht) sowie der Kunsthistoriker Dieter Schmidt (Heidelberg). Von Bormann untersuchte am Beispiel der Lyrik von Heinz Czechowski die „Krise des dichterischen Bildes“ in der Literatur der „DDR“. Für ihn ist das Ende des (Natur-)Lyrik-Paradigmas gleichbedeutend mit dem Sieg des „kommunikativen“ Ansatzes über den „imagistischen“.

Schließlich ist Helmut Lethens Bemerkung um Karl Mickels Gedicht „Die Elbe“ hervorzuheben. Lethen demonstrierte mit seinem Vortrag, daß die Interpretation von Literatur spannend und amüsant zugleich sein kann und daß eine solche Kombination oft mehr wissenschaftlichen Ertrag bringt als scholastische Spitzfindigkeit, von der auch diese Konferenz nicht verschont blieb.

ULRICH SCHACHT

Bankräuber mit Fortune: N. Tass' Film „Malcolm“

Wozu der Kopf gut ist

Man nehme ein fernlenkbares Auto, einen Sender nebst Empfänger und einen Lautsprecher, eine kleine Kamera - wiederum nebst Sender - und dabei einen Monitor-Bildschirm, schon hat man einen kleinen Roboter. Den kann man beispielsweise zur Milchfrau schicken, wenn man „einen Sprung in der Schüssel“ hat und menschenscheu ist. Und auch sonst kann er sehr nützlich sein; man wird ja sehen. Malcolm (Colin Frels) ist auf die Idee gekommen, denn Malcolm ist ein Tüftler. Und er ist die Titelfigur in einem umwerfend komischen Film der Australierin Nadia Tass.

Malcolm ist Hausbesitzer, und ein Haus kostet nun mal Geld. Aber das kann man sich schließlich beschaffen; man muß nur einen Unternehmer ins Haus nehmen. Man kann ja nicht ahnen, daß man den Kriminellen Frank bekommt (John Hargreaves), der immerfort von einem Banküberfall träumt. Dabei verliert er sich allerdings lieber auf seine Fäuste und auf eine „Kanone“ - und muß von Malcolm lernen, daß man dazu gegebenenfalls auch den Kopf benutzen kann.

Malcolm weiß zwar nicht recht, was er mit einem Mädchen anfangen soll; deshalb erzählt er ihm so lange von Straßenbahn-Modellen, bis es das Weite sucht. Aber er baut ein Auto, das sich in voller Fahrt in zwei Teile zerlegen läßt - und weiterfährt. Er baut eine Ein-Mann-Straßenbahn. Und was seine fernlenkbaren Autos bei der Milchfrau vermochten, das

methoden dieser sprach- und bildmächtigen Dichtung auf den Grund zu kommen. Doch der Dichter, befragt nach der Wirkung solchen - von den konkreten Entstehungsbedingungen abstrahierenden - Bemühens, reagierte eher erschreckt als beglückt und bekannte das für ihn Bedrohliche derartiger Dechiffrierungsleistungen.

Günter Saße (Freiburg) versuchte, an Gert Neumanns Prosa „Elf Uhr“ die „Systematik sprachthematisierender Literatur“ aufzuzeigen. Er ordnete die Literatur Neumanns auf seiner „idealtypischen Skala“ sowohl in der Nähe der „sprachtraditionellen“ als auch der „sprachdemonstrativen“ Moderne und verknüpfte diese Einordnung mit der Begründung, daß Neumann zum einen „Positionen eines sprachtranszendenten Ichs“ besetze, zugleich aber der Sprache eine „generative Kraft“ zuweise. Diese Differenzierung stand im Zusammenhang mit Saftes provokantem Urteil, daß die literarische Avantgarde der „DDR“ für dortige Verhältnisse sicherlich „erstaunlich“, für uns aber eher „Moderne von vorgestern“, „synkretistische Resteverwertung“ sei.

Glänzende Vorträge hielten Alexander von Bormann (Amsterdam) und Helmut Lethen (Utrecht) sowie der Kunsthistoriker Dieter Schmidt (Heidelberg). Von Bormann untersuchte am Beispiel der Lyrik von Heinz Czechowski die „Krise des dichterischen Bildes“ in der Literatur der „DDR“. Für ihn ist das Ende des (Natur-)Lyrik-Paradigmas gleichbedeutend mit dem Sieg des „kommunikativen“ Ansatzes über den „imagistischen“.

Schließlich ist Helmut Lethens Bemerkung um Karl Mickels Gedicht „Die Elbe“ hervorzuheben. Lethen demonstrierte mit seinem Vortrag, daß die Interpretation von Literatur spannend und amüsant zugleich sein kann und daß eine solche Kombination oft mehr wissenschaftlichen Ertrag bringt als scholastische Spitzfindigkeit, von der auch diese Konferenz nicht verschont blieb.

ULRICH SCHACHT



Nach holldändischem Vorbild: S. della Sollos „Frau mit Turban“ FOTO: KATALOG

„In Rembrandts Manier“: Graphik und Zeichnungen in der Kunsthalle Bremen

Gleichklänge mit scharfen Kontrasten

Die überragende Rolle, die Rembrandt als Vorbild für Künstler seiner Zeit und des 18. Jahrhunderts gespielt hat, wird derzeit von der Kunsthalle Bremen mit mehr als 300 Blättern aus eigenem Besitz und einigen Leihgaben in einer Ausstellung nachgewiesen, die unter dem Thema „In Rembrandts Manier“ die vielfältigen Arten der Aneignung durch andere Graphiker untersucht. Mag uns heute die Auffassung, in der Art eines großen Meisters zu arbeiten sei nicht nur lohnreich, sondern sogar ein Qualitätsbeleg, auch suspekt sein, so ist das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts durchaus positiv gesehen worden; das belegen Anne Röver, Leiterin des Bremer Kupferstich-Kabinetts, und Gerhard Kerken, Direktor des Lübecker Museums für Kunst und Kulturgeschichte, in ihrem Katalogtext.

Die Ausstellung setzt mit einer kleinen Auswahl von Rembrandt-Graphiken ein, darunter so berühmte Blätter wie „Landschaft mit den drei Bäumen“, „Christus in Emmaus“ und das „Hundertguldenblatt“. Dazu kommen einige Figurendarstellungen und Selbstbildnisse. Schon unter den niederländischen Zeitgenossen waren die Arbeiten der frühen und mittleren Schaffenszeit Rembrandts bekannt und gerühmt, wie die Aneignung von Motiven und Darstellungsweisen durch Ferdinand Bol und Jan Lievens zeigen. Besonders der zweite hat mit seinen Gestalten einen überraschenden Gleichklang zu Rembrandts „Orientalen“ und „Philosophen“ gefunden. Von den italienischen Zeitgenossen haben vor allem Stefano della Bella und Giovanni Benedetto Castiglione Rembrandts Kunst geschätzt, wie ihre Graphiken beweisen.

JÜRGEN WEICHARDT

HORST ZIERMANN

Ein Traum in Tüll für tausendundeinen Tag

Deutsche Brautmode Renner auf dem arabischen Markt

R. WILLNECKER, Düsseldorf
Die Tendenz ist steigend - die Tendenz zum Heiraten. 1985 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 364 206 Ehen geschlossen, ob im Himmel, wird sich erst bis zum neuerlich errechneten „verfluchten dritten Jahr“ herausstellen. Die Hochzeit ist immer noch ein Tag, an dem im allgemeinen nicht auf den Pfennig, ja nicht mal auf die Geldscheine geschaut wird. So wurden auch im vergangenen Jahr ungefähr 300 Millionen Mark für Brautkleider ausgegeben. Weiß ist wieder der ganz große Traum. Selten kann man so rührende Tränen vergießen wie bei einer romantischen Hochzeit.

Nach Dubai wird Riad zum zweiten Messeplatz

Doch mag die Tendenz einen noch so rosafarbenen Streifen am Heirats-himmel zeigen, die deutsche Braut- und Festmodenindustrie könnte nicht allein davon leben. Hätte sie nicht Kunden, die ihre märchenhaften Kleider zu oft märchenhaften Preisen in märchenhaften Stückzahlen kaufen: die arabischen Staaten. Dort werden die Damen nicht nur zur Hochzeit in prächtige Gewänder gehüllt. Nicht der Anlaß ist hier entscheidend, sondern der Geldbeutel.

So müssen auch die Modemacher aus Deutschland trotz aller bereits vorhandenen Üppigkeit die Kleider für diesen Teil der Welt noch mehr dekorieren, ausschmücken, besticken. Gold, Perlen und Luxur sind die Geheimwaffen, mit denen sie in den Gefilden von Tausendundeiner Nacht antreten - und gewinnen.

Der Kampf um die Gunst der dollarschweren Scheichs findet nicht etwa auf deutschen Messen statt. Dort erspäht man selten Einkäufer aus islamischen Ländern. Wie sagt schon das alte Sprichwort: „Kommt der Prophet nicht zum Berg, so muß der Berg zum Propheten kommen.“ Das geschieht bereits seit acht Jahren. Das Exportinstitut für deutsche Mode präsentiert regelmäßig auf dem vertrauten Messeplatz Dubai eine große Gruppe deutscher Hersteller.

Mit 50 Festmodenherstellern begann alles mal, heute sind es nur noch 30. Der scheinbare Rückgang trägt auf den ersten Blick. Er zeigt nämlich keineswegs von Mißerfolg, sondern ganz im Gegenteil von großem Erfolg. Viele Aussteller haben nämlich inzwischen so gute Kontakte und gute Kunden in der arabischen Welt, daß sich eine feste Agentur vor Ort lohnt.

Und obwohl man in diesem Jahr aufgrund des Dollar-Kursverfalls, des schlechten Ölgeschäftes und des nach wie vor Unsummen verschluck-

kenden iranisch-irakischen Krieges weniger zufrieden mit den Aufträgen ist, bringt Dubai dennoch steigende Exportzahlen. So berichtet der Geschäftsführer des deutschen Exportinstitutes, Reinhard Döpfer. Das Geschäft für deutsche, aber auch für andere europäische Brautmodenhersteller ist sogar so interessant und ausbaufähig, daß man im nächsten Jahr eine zweite Messe veranstalten will. Im März wird die erste Saudi-Fashion in Riad stattfinden.

Arabisches Männer sind ganz wild auf europäische Damenmode - vor- ausgesetzt, man beachtet gewisse Spielregeln. Dazu gehören ganz klare Bekleidungsregeln, die die Frauen in islamischen Ländern nach wie vor - nach außen und Fremden gegenüber - einhalten müssen. Jede Art von Dekolleté ist verboten. Armeelose und kurze Kleider, die Beine und Füße zeigen, sind verboten.

Auf diesen Messen sieht man sehr wenig Frauen. Wenn, sind es Europäerinnen, die durch ihre Ehemänner in diesen Ländern leben und für ihre meist gutgehende Boutique einkaufen. Islamische Frauen warten in einem separierten Teil der Messe. Geduldig und gespannt zugleich, was ihre Männer eingekauft und geordert haben.

Mannequins gar, wie sie auf unseren Messen üblich, ja sogar äußerst wichtig für den Verkauf sind, wird man vergebens suchen. Der Versuch der deutschen Ausstellergruppe am Anfang ihrer Aktivitäten, eine Informationsmodenschau zu veranstalten, scheiterte.

Modenschauen nur noch für weibliche Gäste

Einige Minuten ging es gut, bis ein Kleid mit einem leichten Anflug von Dekolleté über die Bühne ging. Was Europäer gar nicht gesehen hatten, veranlaßte die anwesenden Araber, mit gesenktem Blick die Veranstaltung sofort zu verlassen.

Inzwischen haben sich die Europäer an die Gepflogenheiten gewöhnt. Es werden nur noch Modenschauen für die weiblichen Gäste veranstaltet. Sie dürfen sich ihre Geschlechtsge-nossinnen in aller Offenheit ansehen, denn auch im häuslich-intimen Kreis ist die Frau in arabischen Ländern nicht an ihre totale Verhüllung gebunden. Die arabische Männerwelt begnügt sich, rein reißt sich um Projektmateriale mit europäischen Mädchen. Da sie selten genug so etwas zu sehen bekommt. Allerdings ist es immer die Frage, ob diese - für uns höchst anständigen Modetags - vorher schon durch den äußerst strengen arabischen Zöll ins Land gelassen werden.



Ein Bild aus der Zeit, als das „Grand Hotel Oloffson“ in Port au Prince die erste Adresse auf Haiti war. Heute ist der Pool leer

FOTO: AP

Der prächtige Palast in Port au Prince auf Haiti, in dem einst das Leben bis in die Nächte pulsierte, steht leer. Verschunden sind die exotischen Bilder, die Korb-möbel, die Kunstschätze, die bizarren Spiegel. Stauh bedeckt die massive Mahagoni-Bar, hinter der Joseph César kräftige „Rum Panches“ mixte. Die hestern der Karibik, wie seine prominenten Gäste sagten. Der Pool enthält kein Wasser mehr. Der tropische Garten wirkt verwahrlost. Auf der Zufahrtsstraße liegen verdorrte Palmenwedel.

Hinter der Fassade des Oloffson wohnt nur noch die Erinnerung



Graham Greene (r.) setzte dem „Oloffson“ in seinem Haiti-Roman ein literarisches Denkmal. Nach Gästen wie Anne Bancroft und Marlon Brando wurden die 22 Zimmer benannt

FOTOS: OPA/ROHNERT/CAMERA PRESS

Das „Grand Hotel Oloffson“ ist geschlossen. Dennoch kommen täglich weitere Besucher. Neugierige, die fassungslos das weiße Gebäude besichtigen, dessen verschönernte Fassade einem Schleier gleicht. Sie wollen die Nachricht nicht glauben. Der Augenzeuge Aubelin Joliceur muß mit den Tränen ringen. „Es gab zwei Institutionen in Haiti“, erläutert er, „das „Oloffson“ und Aubelin Joliceur. Jetzt gibt es nur noch eine.“

Das „Oloffson“ gehörte zu den berühmtesten Herbergen der Welt. Graham Greene hat dem Haus ein Denkmal in der Literaturgeschichte gesetzt. „Die Stunde des Komödianten“. Hinter dem Hotel „Trianon“, einem der Schauplätze seines Haiti-Romans, verbirgt sich das „Oloffson“. Der Journalist und Kunstbändler Joliceur stand Modell für die Figur des Petit Pierre. Der schmachtliche Mann, der stets hellen, sommerliche Anzüge trägt, ein Seidentuch um den Hals gewunden hat und einen mit Gold besetzten Spazierstock trägt, verkündet „das Ende einer wunderbaren Ära“.

Joliceur, 62 Jahre alt und von amerikanischen Reisejournalisten „Mister Haiti“ genannt, kannte alle Gäste, das „Oloffson“ war sein zwei-

tes Zuhause. Er frühstückte in dem Hotel, erschien zum Mittagessen und unterhielt abends das Schickervolk. Wenn er sich einmal langweilte, was in den guten Zeiten des „Oloffson“ nur ganz selten der Fall war, spielte er mit den Gästen Backgammon an einem Eckstisch.

„Ich habe alles getan, damit sich die Touristen wohlfühlten“, erzählt Joliceur. Er begrüßte die Haiti-Besucher bereits auf dem Flughafen. Er erteilte Auskünfte und Ratschläge. Er mimte den Zeremonienmeister bei Folkloreveranstaltungen und übernahm zweimal die Rolle des stellvertretenden Fremdenverkehrsministers. Er lieferte der Zeitung „Le Nouvelliste“ eine Katschokolumne, die sich besonders auf die bekanntesten Gäste der Insel konzentrierte,

schienen der Präsident Paul Magloire und seine Mätressen regelmäßig zum Mittagessen. François „Papa Doc“ Duvalier, der sich dann als blutigster Diktator dieses Jahrhunderts erweisen sollte, ließ 1957 eine rauschende Amtseinführungsparty veranstalten. „Wir vermieteten keine Betten, sondern eine Seele“, erläuterte Coster. Er lebt heute in der Bergmetropole Pétionville als Pensionär.

Das 1898 von einem Präsidentensohn errichtete Gebäude, das später den amerikanischen Besatzungstruppen als Offizierskrankenhaus diente und dann nach einer norwegischen Hoteliersfrau namens Oloffson getauft wurde, spürte bereits seit Jahren einen Abstiegstrend. Der halbanische Tourismus, von der Aids-Angst beeinflusst, ging an dem Haus nicht spurlos vorbei. Aubelin Joliceur mußte immer häufiger seine Abende im Grand Hotel mit einsamen Backgammon-Partien verbringen.

„Mick Jagger war Anfang 1965 der letzte berühmte Gast“, berichtet er. Dann ließ die Amerikanerin Sue Seitz, die letzte Pächterin, das Anwesen verkommen. Als sie sich weigerte, eine Erhöhung der monatlichen Miete von 1000 auf 3000 Dollar zu zahlen, kündigte die Sam-Familie als ursprüngliche Besitzerin den Pachtvertrag.

Familiensprecher Max Sam informiert: „Wir suchen einen neuen Pächter, der keine Investitionen scheut. Das Haus soll ein Hotel bleiben.“ Wahrscheinlich wird es jedoch in Zukunft einen anderen Namen haben. Aubelin Joliceur wäre damit einverstanden. „Das alte „Oloffson“ ist tot“, sagt er, „niemand kann es zu neuem Leben erwecken.“

WERNER THOMAS

Schmuggler lieb Zöllner beim Umpacken zusehen

dpa, Düsseldorf

Zum dümmsten Rauschgiftschmuggler 1986 erkoren die Zöllner der Oberfinanzdirektion Düsseldorf (OFD) jetzt einen 18jährigen Bergmann aus Mülheim, der mit 185 Gramm Haschisch am Zollamt Lingsfort bei Straelen bei der Einreise aus den Niederlanden erwischt wurde. Der Kumpel war aufgefallen, als er sein Auto unmittelbar vor der Grenzstation wieder zurücksetzte, die Motorhaube öffnete und unter den Augen des Zolls den „Stoff“ verstaute. Wenige Minuten später fuhr er wieder vor, und prompt wurden die Beamten im Luftfilter Gehäuse fündig. Da der 19jährige bereits zehn Tage zuvor mit 221 Gramm Haschisch im selben Auto am Autobahn-Grenzübergang Niederdorf vor Venlo erwischt worden war, erließ ein Richter Haftbefehl.

BfA: Frist läuft ab

AP, Berlin

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) erinnert alle freiwilligen Beitragszahler daran, daß am 31. Dezember die Frist für die Überweisung ihrer Rentenbeiträge abläuft. Wer diese Frist versäumt, verliert den Versicherungsschutz und damit den Rentenanspruch bei eventueller Erwerbsminderung.

Genetische Beratung

dpa, Moskau

Angesichts der steigenden Zahl nervenkranker Kinder in der Sowjetunion hat jetzt das Gesundheitsministerium Gesetze zur medizinischen Kontrolle aller jungen Paare vor der Eheschließung verabschiedet. Die jungen Eheleute sollen sich künftig einer „vollständigen medizinischen Untersuchung und einer genetischen Beratung“ unterziehen. Für Alkoholikerinnen und drogensüchtige Frauen solle die Schwangerschaftsverhütung zur Pflicht gemacht werden.

Erneut untersucht

AP, Falda

Die des Mordes an ihren beiden Kindern verdächtige Krankenpflegerin Monika Weimar, die seit dem 27. Oktober in Haft ist, wird erneut psychiatrisch untersucht. Es soll geklärt werden, inwieweit die 28jährige zum Zeitpunkt der Tat schuldlos war. „auch unter Berücksichtigung ihres Verhältnisses“ zu einem amerikanischen Soldaten, ließ die Staatsanwaltschaft wissen.

Falsche Diagnose

dpa, München

Vier Münchner Notärzte müssen sich seit gestern vor dem Landgericht München wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Unabhängig voneinander hatten die vier bei einem 42 Jahre alten Patienten im April 1985 die Diagnose „schwere Bronchitis“ gestellt. Der Mann war wenige Tage später an einer Malaria mit Hirnödemen gestorben.

Massenmord ohne Motiv

dpa, Oakland

Ohne erkennbares Motiv sind ein Mann und eine Frau in Oakland (Kalifornien) in ein Wohnhaus eingedrungen und haben dort sechs Menschen erschossen und zwei schwer verletzt. Die mutmaßlichen Täter, ein 28jähriger Mann und eine 24jährige Frau, wurden gefaßt.

Urteil zu Wundermitteln

AP, Karlsruhe

Wer sogenannte Wundermittel zur Abmagerung, Verjüngung oder Raucherentwöhnung verkauft, obwohl er von deren Wirkungslosigkeit überzeugt ist, macht sich auch dann strafbar, wenn er bei Reklamationen den vollen Kaufpreis zurückerstattet. Das hat der Bundesgerichtshof in einem gestern veröffentlichten Grundurteil entschieden. (Az.: 3 StR 228/86)

Serie von Angriffen

dpa, Frankfurt

Ohne ersichtlichen Grund hat ein 23jähriger Arbeitsloser in Frankfurt seit Samstag auf offener Straße mehrere Menschen angegriffen und fünf von ihnen mit Messerstichen verletzt. Wie die Polizei gestern mitteilte, wurde der Mann am Montag festgenommen und in einer psychiatrischen Anstalt untergebracht.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Sie liebt lange Spaziergänge zu Lande und am Meer, mit Freund und ihrem unzertrennlichen Schnauzer-Terrier-Mischling „Biene“ - Es stand in der WELT.“

WETTER: Freundlich und trocken

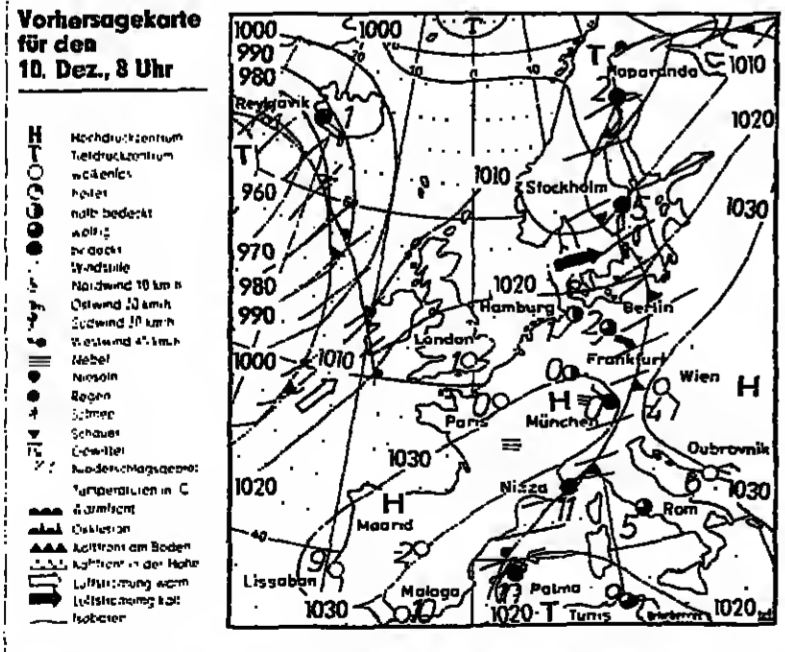
Lage: Die nach Deutschland eingeflossene kühle Meeresluft gelangt erneut unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden heiter bis wolkig, nur an der Küste und in Schleswig-Holstein vereinzelt leichte Schauer, sonst niederschlagsfrei. Im Süden anfangs stark bewölkt, später Auflockern und weitgehend trocken. Höchsttemperaturen 3 bis 8, nachts im Norden bei 3 Grad. In der Mitte

und im Süden plus 2 bis minus 3 Grad. Schwacher Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Im Norden freundlich und trocken, im Süden in den Niederungen zunehmend neblig-trüb. Verhört Nachtfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Donnerstag 8.17 Uhr; Untergang: 16.14 Uhr. Mondaufgang: 13.45 Uhr. Untergang: 3.04 Uhr (*MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13. Uhr (MEZ):

Deutschland:	Liibeck	6 w	15	Ostende	9 be
Berlin	Mannheim	4 w <td>12 <td>Palermo</td> <td>11 be </td></td>	12 <td>Palermo</td> <td>11 be </td>	Palermo	11 be
Bielefeld	München	4 be <td>8 <td>Paris</td> <td>9 w </td></td>	8 <td>Paris</td> <td>9 w </td>	Paris	9 w
Braunlage	Münster	10 be <td>5 <td>Peking</td> <td>8 w </td></td>	5 <td>Peking</td> <td>8 w </td>	Peking	8 w
Bremen	Nordsee	9 w <td>1 <td>Rio de Janeiro</td> <td>11 be </td></td>	1 <td>Rio de Janeiro</td> <td>11 be </td>	Rio de Janeiro	11 be
Darmstadt	Nürnberg	9 w <td>1 <td>Rodos</td> <td>10 be </td></td>	1 <td>Rodos</td> <td>10 be </td>	Rodos	10 be
Düsseldorf	Oberstdorf	9 w <td>1 <td>Rom</td> <td>14 be </td></td>	1 <td>Rom</td> <td>14 be </td>	Rom	14 be
Dresden	Passau	3 w <td>1 <td>Sankt Petersburg</td> <td>5 be </td></td>	1 <td>Sankt Petersburg</td> <td>5 be </td>	Sankt Petersburg	5 be
Duisburg	Regensburg	9 w <td>1 <td>Singapur</td> <td>29 w </td></td>	1 <td>Singapur</td> <td>29 w </td>	Singapur	29 w
Erfurt	Saarbrücken	9 w <td>1 <td>Stockholm</td> <td>4 w </td></td>	1 <td>Stockholm</td> <td>4 w </td>	Stockholm	4 w
Halle	Speyer	9 w <td>1 <td>Taipei</td> <td>11 be </td></td>	1 <td>Taipei</td> <td>11 be </td>	Taipei	11 be
Hamburg	Trier	9 w <td>1 <td>Tel Aviv</td> <td>16 be </td></td>	1 <td>Tel Aviv</td> <td>16 be </td>	Tel Aviv	16 be
Hannover	Zugspitze	-5 be <td>1 <td>Tokio</td> <td>16 be </td></td>	1 <td>Tokio</td> <td>16 be </td>	Tokio	16 be
Kassel	Wien	10 w <td>1 <td>Tunis</td> <td>16 w </td></td>	1 <td>Tunis</td> <td>16 w </td>	Tunis	16 w
Köln	Zürich	10 w <td>1 <td>Valencia</td> <td>14 be </td></td>	1 <td>Valencia</td> <td>14 be </td>	Valencia	14 be
Köln-Bonn	Amsterdam	13 w <td>1 <td>Varna</td> <td>2 be </td></td>	1 <td>Varna</td> <td>2 be </td>	Varna	2 be
Köln-Tanz	Brüssel	12 w <td>1 <td>Warschau</td> <td>8 be </td></td>	1 <td>Warschau</td> <td>8 be </td>	Warschau	8 be
Köln-Tanz	Genève	10 w <td>1 <td>Wien</td> <td>4 be </td></td>	1 <td>Wien</td> <td>4 be </td>	Wien	4 be
Köln-Tanz	Lissabon	12 w <td>1 <td>Zürich</td> <td>4 be </td></td>	1 <td>Zürich</td> <td>4 be </td>	Zürich	4 be
Köln-Tanz	London	12 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Madrid	9 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Moskau	14 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Nairobi	14 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Rio de Janeiro	11 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Singapur	29 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Stockholm	4 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Taipei	11 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Tel Aviv	16 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Tokio	16 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Tunis	16 w <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Valencia	14 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Varna	2 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Warschau	8 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Wien	4 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		
Köln-Tanz	Zürich	4 be <td>1 <td></td> <td></td> </td>	1 <td></td> <td></td>		

Honda-Rückruf mit Fragezeichen

wat, Bonn

Honda hat eine Rückrufaktion gestartet. Die Firma kündigte an, die alte Seitenrückenkonstruktion, die mit mehreren Todesfällen in Verbindung gebracht worden ist, auszu-tauschen. 300 000 Halter von Honda-Motorrädern werden angeschrieben. Der Umbau soll kostenlos sein. Nur die Umrüst-Termine wurden auf den Januar und Februar festgelegt, eine Zeit also, in der mehr als 90 Prozent aller Motorradfahrer ihre Maschinen abgemeldet haben. Glaubt man, daß die Betroffenen im Frühjahr dann den Umtausch auf eigene Kosten durchführen lassen?

„Affäre Gregory“ bald vor Gericht

SAD, Nancy

In der „Affäre Gregory“, die seit zwei Jahren Frankreichs Öffentlichkeit beschäftigt, ordnete die Straf-kammer des Appellationsgerichts von Nancy gestern einen Schwurgerichtsprüfung an. Gegen Christine Villemain, die Mutter des ermordeten vierjährigen Gregory, dessen Leiche am 18. Oktober 1984 in einem Flußchen in den Vogesen gefunden wurde, war im Juli 1985 Mordanklage erhoben worden. Der Ehemann der Angeklagten sitzt seit März 1985 wegen Erschießung seines Cousins ein. Villemain hatte diesen für den Mörder seines Sohnes gehalten.

Klausuren werden neu geschrieben

dpa, Köln

284 Polizeikommissar-Anwärter in Nordrhein-Westfalen müssen zwei Prüfungsarbeiten, die sie im Herbst vorgelegt hatten, neu schreiben. Diese Entscheidung gab das Verwaltungsgericht Köln gestern bekannt. 55 Polizeibeamte hatten geklagt, weil das Landesprüfungsamt insgesamt vier Klausuren annulliert hatte. An einem der fünf Prüfungsorte waren versiegelte Umschläge mit den Klausurfragen von Unbekannten geöffnet worden, bei einem der Prüflinge hatte man die Lösungsskizze einer Aufgabe gefunden. (Az.: 6 L 1583/86)

LEUTE HEUTE

Etikette

Der ehemalige französische Verteidigungsminister und Altsenator Charles Hernu will bürgerliche Etikette auch bei seinen Genossen salonfähig machen. Den Angestellten des Rathauses von Villersbonne, wo er als Bürgermeister amtiert, verbot er, sich weiterhin zu duzen. Das würde ihre Autorität erheblich vermindern.

Memoiren

Unter dem Titel „Laterna Magica“ veröffentlicht Ingmar Bergman im nächsten Herbst seine Memoiren. Für die Erinnerungen erhält der 68jährige schwedische Regisseur umgerechnet 1,1 Millionen Mark. Wer allerdings Enthüllungen über seine fünf Ehen oder seine Partnerschaft mit Liv Ullmann erwartet, wird enttäuscht sein. Bergman hält dicht.

Ehrentag

Wie einen normalen Arbeitstag be-ging der Dorfpfarrer von Ahres in Asturien seinen Geburtstag. Er predigte von der Kanzel zu seinen Gläubigen. Daß es sich diesmal um einen ungewöhnlichen Ehrentag handelte, erfuhr die Gemeinde erst, als die Verwandten von Alvaro Fernandez sich nach der Messe zum Festessen mit dem nunmehr 106jährigen versammelten. Fernandez beschloß das Menü mit Cognac und einer Zigarre.

Umfrage

Gar nicht „charming“ äußerten sich die Teilnehmer einer Telefonumfrage des britischen Boulevardblatts „Sun“. Auf die Frage, ob die deutsch-stämmige Prinzessin von Kent, die frühere Baroness Marie-Christine von Reibnitz, ihre offenbar kriselnde Ehe auflösen und England verlassen solle, antworteten angeblich 6975 von fast 10 000 Anrufern mit „Ja“. Die 41jährige ist seit acht Jahren mit Prinz Michael von Kent, einem Vetter der Queen, verheiratet. (DW.)

Mit Münz-TV und grimmigem Hund

Im Taxi ist der Fahrgast gegen Überraschungen nicht gefeit / Ein Welt-Vergleich

Geschäftsleute auf Reisen sind meist gezwungen, ein Taxi zu nehmen. Auf der Basis der jüngsten Untersuchung des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Fortune“ gibt die WELT eine Übersicht über die Leistungen des Taxi-Gewerbes in sechs Metropolen.

London: Die Stadt an der Themse ist der Urboden der Taxifahrerzunft. Die Mehrzahl der 13 000 Fahrzeuge ist mit Leihlampen und Extra-Heizung im Fahrgastraum ausgestattet. Für eine Fahrt von einem Kilometer bezahlt man umgerechnet 2,60 Mark, eine Fahrtstrecke von fünf Kilometern kostet etwa sieben Mark. Die Fahrer erwarten ein Trinkgeld von zehn bis 15 Prozent.

Paris: Weniger Beinfreiheit hat der Fahrgast in den Kompaktwagen der Marken Peugeot und Citroën in Frankreichs Metropole. Die Taxifahrer sind häufig mürrisch, und manchmal sitzt sogar ein grimmiger Hund auf dem Beifahrersitz. Taxen kann man in Paris herbeiwinken, oder man findet sie an einem der rund 600 Taxi-

stände vor Luxushotels, Sehenswürdigkeiten oder großen Geschäfts- und Bürohäusern. Eine Fahrtstrecke von fünf Kilometern kostet etwa 6,40 Mark. Hinzu kommt ein obligates Trinkgeld von zehn Prozent.

Rom: Roms Taxifahrer legen bei ihrer Arbeit südlichen Schwung vor. Sie kennen Roms Straßen meist wie ihre Hosentasche und kutschieren ihre Fahrgäste souverän durch das Verkehrsgewühl der Innenstadt. Taxistände gibt es vor allem in der Innenstadt. Kurze Fahrtstrecken sind teuer, größere Distanzen sind eher preiswerter. Eine Fahrt von fünf Kilometern kostet umgerechnet 7,20 Mark. Trink-gelder werden nicht erwartet.

Tokio: Die Taxis in Tokio zollen der Bequemlichkeit des Fahrgastes typisch japanische Aufmerksamkeit. Hydraulische Türen öffnen sich leicht und schließen automatisch. Die Sitze sind mit frischen weißen Schonbeu- len bespannt, viele Taxis sind mit kleinen Münz-TV-Geräten ausgestattet. Man kann in Tokios Straßen ein Taxi herbeiwinken, es an einem der

Taxistände besteigen oder sich ein Funktaxi rufen lassen. Nur wenige Taxifahrer in Tokio sprechen Englisch. Trinkgelder werden nicht bezahlt. Eine Fahrtstrecke von einem Kilometer kostet etwa neun Mark.

Singapur: In Singapurs Taxis trifft man auf den gleichen Komfort wie in Japan, der jedoch nicht so teuer bezahlt wird. Die Taxikosten liegen für einen Kilometer Fahrtstrecke bei umgerechnet etwa 1,50 Mark und 2,70 Mark für fünf Kilometer. Trinkgelder sind gesetzlich untersagt. Wie in Tokio kann man ein Taxi in Singapurs Straßen herbeiwinken, per Telefon rufen lassen oder an einem der Taxistände in der Innenstadt finden.

New York: Taxis in der Millionenmetropole sind knapp. Seit 49 Jahren liegt ihre Zahl konstant bei 11 787. Dafür sind ihre Dienste, dank einer Anweisung des Bürgermeisters Ed Koch, vergleichsweise billig zu haben. Eine Drei-Kilometer-Strecke kostet etwa 5,50 Mark. Preiswerter fährt man in den Vereinigten Staaten nur noch in Detroit Taxi. (DW.)